



Landtag von Baden-Württemberg

93. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 19. März 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 12:58 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	5531	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5557
1. Aktuelle Debatte – Grüne Straßenbaupolitik – verschenkte Bundes-Millionen sind blamabler Schaden und inakzeptables Armutszeugnis für Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	5531	Ministerin Theresia Bauer	5558
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5531, 5542	Minister Andreas Stoch	5559
Abg. Nicole Razavi CDU	5533, 5543	Beschluss	5560
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	5534, 5544	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes (UIG) – Drucksache 15/3515	5560
Abg. Hans-Martin Haller SPD	5536, 5545	Abg. Gabi Rolland SPD	5561
Minister Winfried Hermann	5538, 5546	Abg. Ulrich Lusche CDU	5561
2. Aktuelle Debatte – Unsere Hebammen und ihre Arbeitsbedingungen – der Bund muss jetzt diesen wesentlichen Pfeiler der Geburtshilfe stabilisieren! – beantragt von der Fraktion der SPD	5547	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	5562
Abg. Anneke Graner SPD	5547, 5551	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	5563
Abg. Elke Brunnemer CDU	5548	Minister Franz Untersteller	5563
Abg. Bärbl Mielich GRÜNE	5549, 5552	Beschluss	5565
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5550, 5552	5. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Anspruch und Wirklichkeit: Die Gemeinschaftsschulen und ihre Schülerzahlen – Drucksachen 15/3524 (Geänderte Fassung) und 15/3913 – Ergänzende Stellungnahme (Geänderte Fassung)	5565
Ministerin Katrin Altpeter	5550	Abg. Ulrich Müller CDU	5565, 5574
3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Baden-Württemberg braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerbildung – Drucksache 15/3322 (Geänderte Fassung)	5553	Abg. Sandra Boser GRÜNE	5567
Abg. Sabine Kurtz CDU	5553	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	5568
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	5555	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5570
Abg. Helen Heberer SPD	5556	Minister Andreas Stoch	5571
		Beschluss	5575
		Nächste Sitzung	5576

Protokoll

über die 93. Sitzung vom 19. März 2014

Beginn: 9:02 Uhr

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 93. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Peter Schneider und Herrn Abg. Willi Stächele erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Karl-Wolfgang Jägel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Frau Ministerin Bilkay Öney.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweise ich auf eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e*, die vervielfältigt auf Ihren Tischen liegt. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 20. Februar 2014 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksache 15/4733

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 5. März 2014 – 19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – Drucksache 15/4910

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Grüne Straßenbaupolitik – versenkte Bundes-Millionen sind blamabler Schaden und inakzeptables Armutszeugnis für Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

(Unruhe)

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben: Baden-Württemberg hat kräftig gegen Falschfahrer aufgerüstet. An allen 150 Autobahnauffahrten sind inzwischen Richtungspfeile zur Vermeidung von Falschfahrern angebracht. Leider fehlen im Verkehrsministerium die entsprechenden Richtungspfeile für eine erfolgreiche Verkehrspolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es kann doch nicht angehen, dass man es als einen Erfolg verbucht, wenn man einen Spatenstich verhindert statt ihn durchzuführen. Statt in Baden-Württemberg die wichtige Lebensader der Verkehrsinfrastruktur fit zu machen für die Zukunft, droht ein schleichender Verkehrskollaps. Damit einher gehen eine schleichende Deindustrialisierung und ein Verlust von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Hör auf!)

Man muss dennoch festhalten: Von den Bundeszuweisungen in Höhe von 700 Millionen € – das ist eine ganze Menge; so hoch waren sie in den letzten Jahren nicht –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Hört, hört!)

wurden immerhin 675 Millionen € verbaut. An dieser Stelle zunächst einmal Dank, Respekt, Lob und Anerkennung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Ingenieure und sonstigen Fachleute der Straßenbauverwaltung bzw. der Straßenbaubehörden für diese Leistung, dass sie diese Mittel in Baden-Württemberg erfolgreich verbaut haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber 2013 wurden erstmals von diesen Bundeszuweisungen Mittel aus Baden-Württemberg zurückgegeben. Darüber hinaus wurden die Swingmittel, also die Mittel, die der Bund am

(Jochen Haußmann)

Jahresende zusätzlich zur Verfügung stellt – wir reden von einer Größenordnung von bis zu 100 Millionen € –, erstmals in Baden-Württemberg nicht genutzt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Blamage und ein Imageschaden für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Am 15. Februar 2012 haben alle Landtagsfraktionen den gemeinsamen Beschluss gefasst, die Landesregierung aufzufordern und sie darin zu unterstützen, mehr Bundesmittel einzufordern. Jetzt haben wir die Situation, dass der Bund mehr Mittel bereitstellt, sie aber vom Land nicht abgerufen werden. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, da leidet die Glaubwürdigkeit der Verkehrspolitik weit über das Land Baden-Württemberg hinaus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich hatte die Gelegenheit, am Montag vor acht Tagen die Festrede von Ministerpräsident Kretschmann im Festzelt in Schriesheim zu hören.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zeltrede!)

Der Ministerpräsident hat dazu gesagt: „Nun ist das nicht ganz gut gelaufen mit den Mitteln vom Bund.“

(Oh-Rufe von Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist gewiss wahr!)

Die Reaktion der Festgäste spricht Bände; die braucht man nicht weiter zu kommentieren. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit dieser Aussage geben sich die Menschen in Baden-Württemberg nicht mehr zufrieden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aus allen Teilen des Landes hagelt es Protestbriefe. Beispielsweise hat die Stadt Wertheim in Sachen A-3-Ausbau von einer „unerträglichen Blockadepolitik“ von Minister Hermann gesprochen und fordert Sie auf, sich um diese Baustelle Verkehrsministerium zu kümmern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Chefsache!)

Da stellen sich mir zwei zentrale Fragen: Wieso gelingt es Bayern, 140 Millionen € dieser Mittel abzurufen, wieso gelingt es Niedersachsen, 80 Millionen € dieser Mittel abzurufen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

während es uns nicht gelingt – Baden-Württemberg hat null Euro abgerufen –, diese Mittel wie in den Vorjahren abzurufen?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Bayern hat keinen grünen Verkehrsminister!)

Die zweite Frage, die sich mir stellt, ist: Droht uns möglicherweise das gleiche Schicksal in diesem Jahr und in den folgenden Jahren?

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nur bis 2016!)

Diese zwei Fragen gilt es heute von unserem Verkehrsminister beantwortet zu bekommen.

Die Ursache dafür, dass diese Straßenbaumittel nicht abgerufen wurden, liegt also nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Straßenbaubehörden, sondern an einer völlig verfehlten und ideologischen grünen Straßenbaupolitik des Verkehrsministers.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das ist keine Politik!)

Was wir jetzt brauchen, sind eine offene Fehleranalyse und vertrauensbildende Maßnahmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vierspurige Fahrradwege!)

Finanz- und Wirtschaftsminister Schmid hat in der gestrigen Pressekonferenz noch einmal bestätigt: „Am Personal lag es letztlich nicht wirklich.“ So hat er es wörtlich gesagt.

Es zeigt sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es falsch war, keine neuen Straßen mehr zu planen. Es zeigt sich, dass es falsch war, diese starre Trennung zwischen Erhaltungsmaßnahmen und Aus- und Neubaumaßnahmen zu ziehen. Denn damit ist die Flexibilität der Straßenbaupolitik in Baden-Württemberg verloren gegangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: So sieht es aus!)

Es zeigt sich, dass es wahrscheinlich auch falsch war, die Priorität bei den Neueinstellungen auf das Verkehrsministerium zu legen anstatt auf die Ingenieure und anderen Fachleute der Straßenbauverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Wer hat das Abbauprogramm beschlossen?)

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass wir heute von einem „Radverkehrsministerium“ sprechen. Es ist Ihnen gelungen, in den letzten drei Jahren dieses Image des Verkehrsministeriums von Baden-Württemberg aufzubauen.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Im Sinne des Landes Baden-Württemberg, im Interesse der Menschen und der Wirtschaft unseres Landes muss die Straßenbaupolitik korrigiert werden. Projekte erst zu beginnen, wenn sie voll durchfinanziert sind, führt zu einer verkehrspolitischen Geisterfahrt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das funktioniert vielleicht bei Radwegen, bei Radaktionstagen und bei Radmodenschauen. Aber selbst bei der Organisa-

(Jochen Haußmann)

tion der Einheitsfeier funktionierte es nicht, dass sie voll durchfinanziert war, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Für eine gute Straßenbaupolitik können wir uns keine ideologischen Experimente leisten. Was wir brauchen, sind gute Fachleute, u. a. Ingenieure, und eine Politik, die sich um eine gute Finanzausstattung für den Straßenbau kümmert. Ihr Einsatz ist gefragt, sehr geehrter Herr Verkehrsminister.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Pleiten, Pech und Pannen, Tricksen, Täuschen, Tarnen – nennen Sie es, wie Sie wollen, es passt immer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Heute lesen wir in der „Südwest Presse“: „Kretschmann will neue Panne verhindern“. Das zeigt zumindest, dass der Ministerpräsident erkannt und eingeräumt hat, dass dies eine echte Panne war. Geld für den Straßenbau in Höhe von 100 Millionen € in den Wind zu schlagen, nicht zu verbauen, zurückzugeben und es für andere Länder zur Verfügung zu stellen ist ein Skandal ersten Ranges. Das ist grob fahrlässig. Das ist weit mehr als nur peinlich, wie es die SPD ausdrückt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das, meine Damen und Herren, gab es in diesem Land noch nie, und der Aufschrei geht durchs ganze Land. Ob kommunale Straßen, ob Landesstraßen, ob Bundesfernstraßen, die Regierung untergräbt den Straßenbau. Sie lässt ihn ausbluten. Sie dreht Zug um Zug den Geldhahn zu. In dieser Landesregierung geht eine neue Angst um, die heißt: Bund beglückt Land mit Geldsegen.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf von der SPD: Oje!)

Hier versagt der Verkehrsminister, hier versagt die komplette Landesregierung, und hier versagt auch der Ministerpräsident. Sie planen nicht, Sie kämpfen nicht um Geld, und Sie bauen nicht. Ihre Prioritätenliste – das sagt uns das Bundesverkehrsministerium – ist wertlos, weil sie nach anderen Kriterien als denen, die der Bund vorgibt, bemessen wurde. Diese Politik schadet den Menschen, sie schadet dem Land, und sie schadet unserem Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was steckt dahinter? Ist es Unvermögen, oder ist es Verweigerung? Ich sage: Es ist beides. Die Behauptung, die CDU hätte die 100 Millionen € erfunden, sie seien blanke Spekulation, und der Bund sei an allem schuld, stimmt einfach nicht.

(Zuruf von der SPD: Doch, stimmt!)

Denn die Fakten liegen schwarz auf weiß auf dem Tisch. Die Summe ist auch ganz einfach nachzurechnen; man muss ei-

gentlich nur drei Zahlen zusammenzählen. Es geht um reguläre Mittel und um Ausgleichsmittel, die nicht genutzt wurden. Woher wissen wir das? Wir reden mit dem Bundesverkehrsministerium – im Gegensatz zu Ihnen.

Die neue Staatssekretärin, Frau Bär, schreibt uns – ich zitiere –:

Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen dem Land über den Verfügungsrahmen hinaus zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt für Bundesfernstraßeninvestitionen bereitgestellt werden konnten, lagen die Investitionsausgaben im Jahr 2013 um rund 26 Millionen € unter den Sollansätzen.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Unglaublich!)

Zur Verfügung standen 701 Millionen €, ausgegeben wurden nur 675 Millionen €. Dazu kommt eine im Jahr 2013 vorgezogene Tilgungsrate der privat vorfinanzierten B 31, Ortsumfahrung Freiburg-Ost, in Höhe von 25 Millionen €. Ansonsten wäre der Betrag der nicht verausgabten Investitionsmittel in Baden-Württemberg noch höher ausgefallen, nämlich 51 Millionen €.

Jetzt zu den Ausgleichsmitteln des Bundes, den sogenannten Swingmitteln. Der Bund sagt, der Verteilung dieser Mittel gingen zunächst immer Bedarfsabfragen bei den Ländern voraus. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen dem Land Baden-Württemberg über den Verfügungsrahmen hinaus im Rahmen des Mittelausgleichs zusätzliche Mittel in der Größenordnung von 50 bis 80 Millionen € aus dem Bundeshaushalt hätten bereitgestellt werden können – und jetzt zuhören –, hätte das Land hierfür im Jahr 2013 keinen Bedarf angemeldet.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Untreue! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Ich wiederhole es noch einmal: Baden-Württemberg meldete keinen Bedarf an.

Die Zahlen haben bei den Menschen im Land großen Unmut ausgelöst und bei der Landesregierung Panik. Sie haben in den letzten Tagen mit großem Aktionismus, großer Nervosität versucht, sich zu rechtfertigen und herauszureden. Schuld sind immer die anderen. Aber der Ministerpräsident muss sich an seinen eigenen Worten messen lassen. Er hat gesagt – ich zitiere –:

Wenn der Bund mehr Geld zur Verfügung stellt, wird man auch früher und mehr bauen. Das ist doch logisch.

Das, Herr Ministerpräsident, ist jetzt Makulatur.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Ministerpräsident, der Verkehrsminister, die gesamte Landesregierung verstricken sich hemmungslos in Widersprüche. Was Sie uns vorspielen, ist mittlerweile absurdes Theater. Sie beklagen auf der einen Seite die Unterfinanzierung durch den Bund. Auch hier im Parlament sagte Minister Hermann am 27. Februar letzten Jahres:

Kennzeichnend ist über all die Jahre eine Unterfinanzierung. ... Wir haben einen immensen Bedarf und zu wenig Mittel.

(Nicole Razavi)

Jetzt sind Sie nicht in der Lage, die angeblich viel zu geringen Mittel zu verbauen.

Im Jahr 2013 stockte der Bund die Mittel auf. Alle Länder kämpften um ihren Anteil, nur eines nicht: Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Skandal!)

Wir müssen vom Bund gezwungen werden, vier neue Maßnahmen zu beginnen, übrigens die ersten Neubeginne, seit Sie an der Regierung sind. Auch dies hat es noch nie gegeben. Sie, Herr Minister, sagen, Sie könnten gar keinen Straßenbau verhindern, weil der Bund ansagt: „Jetzt wird gebaut.“ Zum Glück ist das so. Aber Sie wollten sich einfach nicht noch einmal zwingen lassen. Deswegen haben Sie vorgesorgt und keinen Bedarf angemeldet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unglaublich! Standortschädigung ohne Ende!)

Zweitens haben Sie die Verwaltung durch Personalabbau so geschwächt, dass sie gar nicht mehr planen und bauen kann.

(Beifall des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Das, meine Damen und Herren, hat Methode.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann sagen Sie ganz einfach: Die Vorgängerregierung ist an allem schuld. Das ist mal etwas ganz anderes, etwas ganz Neues, immerhin nach drei Jahren Ihrer Regierungszeit. Sie sagen, wir hätten das Personal abgebaut. Aber wie kann das sein? Sie sind doch die Ersten, die das zur Verfügung gestellte Geld nicht verbauen können und es zurückgeben. Sie haben 2011 90 Stellen abgebaut und dafür an anderer Stelle mindestens 180 geschaffen. Was soll die Forderung nach mehr Geld, wenn Sie gleichzeitig Personal abbauen? Meine Damen und Herren, das ist eine eiskalte Strategie.

Heute lesen wir wieder etwas anderes in der Zeitung. Der Personalabbau passt nicht mehr zur Erklärung; man hat wohl gemerkt, dass das unlogisch ist. Jetzt ist nicht mehr der Personalabbau schuld, sondern der Bund. Finanzminister Schmid sagt, das Land habe alles getan, der Bund sei schuld; der habe die Anträge des MVI abgelehnt, und es liege auch gar kein Personalmangel vor. Was denn jetzt? Gestern war es noch der Personalmangel, heute schon nicht mehr.

Ich zitiere Minister Schmid in der „Südwest Presse“:

Hermann habe sich bemüht, „aber der Bund hat uns nicht gegeben, was wir gefordert haben“.

Tatsache ist: Sie haben nichts gefordert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann nur davon ausgehen, Herr Schmid, dass der Verkehrsminister Ihnen einen ordentlichen Bären aufbindet.

Und was sagt der Ministerpräsident heute in der „Südwest Presse“?

Der Ideologieverdacht ist ... absurd, wir stehen zu Unrecht in der Kritik.

Schuld seien komplexe Umstände,

(Lachen bei der FDP/DVP)

fehlende Baufreigaben. Was soll das denn? Heißt das etwa, Bayern und Berlin kommen mit diesen komplexen Umständen zurecht, aber wir in Baden-Württemberg nicht mehr?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann nur sagen: Das, was Sie über das Personal in der Straßenbauverwaltung an Vorwürfen ausschütten, ist schlicht und ergreifend unhaltbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stattdessen profitieren andere von unserem Geld. SPIEGEL ONLINE berichtete am 8. März:

Wer hat, dem wird gegeben: Hunderte Millionen Euro an Bundesmitteln für Fernstraßen, die größtenteils arme Länder nicht verbauten, wurden an reichere ... umverteilt.

In der Überschrift hieß es: „Bayern profitiert von Armut anderer Bundesländer“ – und zwar mit einem Plus von 140 Millionen €.

Das heißt, wir sind erstens mittlerweile also ein armes Land, und zweitens leisten wir jetzt einen „Länderfinanzausgleich“ an Bayern. So stelle ich mir die Politik in Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident, nicht vor.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Haußmann hat das Beispiel Wertheim schon erwähnt. Dazu wäre noch viel zu sagen – vielleicht an anderer Stelle.

Ich schließe mit einem Lieblingszitat von Erich Honecker.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oje! – Lebhaftige Unruhe)

An Sie gerichtet sage ich: Schon er hat gewusst:

*Es ist nichts so fein gesponnen,
es kommt doch ans Licht der Sonnen.*

Sie wollen keine Straßen bauen. Aber das darf nicht sein, und das Land hat es gemerkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Schwarz.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist der Schwarzseher! – Unruhe)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Zitaten von Erich Honecker sollten wir in einem demokratisch gewählten Parlament nicht arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Unruhe)

Die Vorwürfe muss ich entschieden zurückweisen.

(Andreas Schwarz)

(Vereinzelte Beifall – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte mich jetzt gern der Sache widmen.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Anhaltende Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten Jahr wurde in Baden-Württemberg die Rekordsumme von 728,9 Millionen € in den Straßenbau investiert – es war mit 728,9 Millionen € tatsächlich eine Rekordsumme. Ich bin unserem Verkehrsminister Hermann sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Straßenbauverwaltung dafür dankbar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn wenn man schaut, wie hoch die entsprechende Summe im letzten Jahr der CDU-geführten Regierung war, stellt man fest: Es waren 695 Millionen €.

(Zuruf von den Grünen: So wenig? – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Das heißt, seitdem Minister Hermann amtiert, haben die Investitionen in den Straßenbau zugenommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Die Mittel, die Grün-Rot im Straßenbau verbaut, liegen Jahr für Jahr über den Mitteln, die von der Vorgängerregierung investiert wurden.

(Vereinzelte Beifall – Zurufe der Abg. Dr. Reinhard Löffler und Volker Schebesta CDU)

Und es wären noch mehr gewesen. Das Land Baden-Württemberg hat dem Bund 18 baureife Bundesfernstraßen gemeldet.

(Zurufe von den Grünen: Hört, hört!)

Das waren 18 Projekte, bei denen wir sofort hätten loslegen können. Da hätte sofort der Bagger kommen können, und wir hätten gebaut,

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Unruhe)

wenn der Bund die Baufreigabe erteilt hätte.

(Vereinzelte Beifall – Zurufe von der CDU)

Aber, Frau Kollegin, der Bund hat die Baufreigabe nicht erteilt. Es liegt nicht an Minister Hermann,

(Zurufe von der CDU, u. a.: Nein, natürlich nicht! – Das glauben Sie doch selbst nicht! – Lebhaftige Unruhe)

es liegt an Minister Dobrindt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Regen Sie sich doch nicht so auf.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn Sie 100 Millionen € in den Sand setzen, regen wir uns zu Recht auf!)

Sie können die Wahrheit wohl nicht hören. Die Wahrheit tut eben weh.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Anhaltende lebhaftige Unruhe)

Darunter sind, Herr Kollege, Projekte, die doch auch Ihren Anspruch haben. Nehmen wir etwa das Thema Pforzheim; nehmen wir die B 464 in Holzgerlingen;

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das steht doch gar nicht zur Debatte!)

nehmen wir die B 31 bei Friedrichshafen. Das sind doch Projekte, die auch Sie wollen. Warum sind Sie denn nicht gemeinsam mit Herrn Minister Hermann zum Bund marschiert und haben die Baufreigaben gefordert? Warum unterstützen Sie ihn denn nicht, damit wir Baufreigaben erhalten und diese Projekte hier realisieren können?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Das, was Sie von der CDU-Fraktion in den letzten Wochen gemacht haben, war eine bewusste Irreführung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU meldet sich.)

– Ich möchte dies weiter ausführen; danach können die Fragen beantwortet werden.

Herr Köberle hat gefordert, man müsse den Molldieter-Tunnel in Ravensburg finanzieren. Der Kollege Schreiner hat gefordert, man müsse die Ortsumfahrung Grimmelshofen finanzieren.

(Zuruf: Richtig!)

Liebe Kollegen, Sie wissen doch ganz genau, dass es für diese Projekte noch keine fertige Planung gibt. Die Planungen für diese Vorhaben sind noch nicht abgeschlossen. Wie sollen wir diese Projekte denn überhaupt abfinanzieren können?

(Zurufe von der CDU)

Das, was Sie gemacht haben, war eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben in den Raum gestellt, der Minister würde diese Projekte verhindern. Tatsächlich ist die Planung für diese Projekte noch nicht abgeschlossen.

Das grandiose Theaterstück, das Sie betrieben haben, ging aber noch weiter. Sie haben wider besseres Wissen eine bewusste Täuschung der Bürgerinnen und Bürger vorgenommen. Kollege Schwehr hat die Ortsumfahrung Winden gefordert, Frau Dr. Stolz hat die Querspange Erbach gefordert, Kollege Müller die besagte B 31 bei Friedrichshafen und Kolle-

(Andreas Schwarz)

ge Mack die Ortsumfahrung Mögglingen. Ganz großes Kino war das von Ihnen – ganz großes Kino!

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Bei diesen Projekten hat der Bund keine Baufreigabe erteilt. Hören Sie noch einmal zu: Der Bund hat für diese Projekte keine Baufreigabe erteilt. Der Minister konnte diese Projekte also gar nicht abfinanzieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

– Ich möchte zum Ende kommen. – Was Sie gemacht haben, war eine bewusste Irreführung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Sie haben getäuscht. Sie haben Projekte vorgegaukelt, die man hätte finanzieren können, für die es jedoch keine Baufreigaben gibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Ja, hätte man die 100 Millionen € nun bekommen können oder nicht?)

Die Bremser für den Straßenbau sitzen nicht in Stuttgart, sie sitzen in Bonn oder in Berlin, im Bundesverkehrsministerium. Darauf müssen wir einwirken.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Volker Schebesta CDU: Hätte man die 100 Millionen € bekommen können oder nicht?)

Jetzt möchte ich noch etwas zur Straßenbauverwaltung sagen; hierzu ist immer wieder etwas in den Raum gestellt worden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Keine Antwort ist auch eine Antwort! – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Es gab noch keine Planung! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

2005 gab es noch 1 552 Stellen in der Straßenbauverwaltung. In Ihrer Regierungszeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sind 155 Stellen in der Straßenbauverwaltung abgebaut worden; 155 Stellen haben Sie abgebaut. Man kann das auch gern noch einmal an den entsprechenden Namen festmachen: Zwischen April 2005 und Februar 2010 wurden unter der Hausleitung der Kollegen Rech und Köberle 141 Vollzeitstellen abgebaut.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Da können Sie doch nicht Minister Hermann vorwerfen, dass Sie Stellen in der Straßenbauverwaltung abgebaut haben!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Volker Schebesta: Man muss das Geld in die Hand nehmen!)

Die anderen Themen – eine 20-prozentige Effizienzrendite in der Straßenbauverwaltung, das 1 480-Stellen-Einsparprogramm – sind ebenfalls Themen, die auf Ihr Konto gehen.

Schauen wir uns jetzt einmal an, was die Kollegen von SPD und Grünen gemacht haben:

(Anhaltende Unruhe)

39 zusätzliche Stellen in der Straßenbauverwaltung, 30 Stellen davon unbefristet. Diese Stellen wurden unbefristet ausgeschrieben, um gute Bewerberinnen und Bewerber für die Straßenbauverwaltung zu gewinnen. Daran können Sie sehen: Es ist ein Ziel dieser Koalition, ein Ziel auch des Verkehrsministers, zum Ersten die Straßenbauverwaltung gut auszustatten und

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

zum Zweiten alles dafür zu tun, auch in diesem Jahr alle Bundesgelder zu vereinnahmen. Drittens werden wir weiterhin für ein modernes und ein funktionierendes Straßennetz in unserem Land eintreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE begibt sich zu seinem Platz. – Zurufe: Es gab noch Fragen, Herr Kollege!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Schwarz, gestatten Sie noch die Zwischenfragen? – Der Kollege Schwarz beantwortet offenbar keine Fragen mehr.

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich nun Herrn Abg. Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Razavi, auch von meiner Seite eine Empfehlung: Man kann ja Honecker zitieren. Schauen Sie aber doch einmal in Ihre eigene Ahnenreihe, etwa zu den Herren Teufel, Oettinger und Mappus, ob Sie da vielleicht etwas Zitierfähiges finden,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wäre ja für Sie noch schlimmer!)

damit Sie hier nun nicht auf die alten Kommunisten zurückgreifen müssen. Das ist einfach immer ein bisschen peinlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte nun ein Lob aussprechen

(Abg. Nicole Razavi CDU: Für mich?)

– das kommt auch noch –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

nämlich ein Lob für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung, weil deren Arbeit in den letzten zehn Jahren eine einzige Konstante hatte, nämlich den Wandel. Erinnern wir uns: Zuerst hatten wir 32 Straßenbauämter, dann sollten es unter Minister Müller 18 werden, dann kam aber Herr Teufel und sagte: Nein, wir brauchen 45. Darauf erfolgte die Zuordnung zu den Regierungspräsidien. Das war eine einzige Baustelle. Die Verkehrsabteilung war einmal im Umweltministerium, dann im Innenministerium, dann wieder im Umweltministerium und dann in einem Verkehrsministerium. Meine Damen und Herren, diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben angesichts dieser Rahmenbedingungen Großartiges geleistet.

(Hans-Martin Haller)

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Zum Thema Personalabbau zeigt Ihnen diese Grafik alles: Die rote Linie stellt die Zahl der Mitarbeiter dar, die blaue die der Investitionen. Sprich: Es ergibt sich ganz klar, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Person immer mehr Umsatz leisten müssen. Wir sind inzwischen bei ca. 700 000 € pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter. Das ist eine herausragende Leistung.

Jetzt zum Vergleich ein anderes Bundesland, und zwar Bayern: Die haben eine sehr voluminöse Straßenbauverwaltung mit ca. 400 000 € Umsatz pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter. Das zeigt schon das Problem und das Dilemma, in dem wir stecken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten –

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Nein, ich will meine Gedanken zu Ende bringen. Danach gern, wenn die Zeit noch reicht.

Wir haben den Zustand, dass wir erstmals Geld nicht abrufen konnten. Ich habe klar erklärt: Das ist eine Situation, die so nie mehr vorkommen darf; das muss einen Einmaligkeitscharakter haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das, was geschehen ist, ist nicht erfreulich; man kann auch begründen, warum das so ist, aber es gibt eine ganz klare Zielvorstellung: Das kommt so nicht mehr vor. Wir müssen alle Gelder abnehmen können, die uns der Bund anbietet, auch wenn die Methode und das Vorgehen des Bundes noch so chaotisch sind; darauf müssen wir uns eben einstellen.

Wir fordern natürlich trotzdem ganz klar, dass der Bund seine Verlässlichkeit drastisch erhöht; denn sonst kommen wir nicht zuwege. Eines habe ich, aber hat auch unser Fraktionsvorsitzender, Herr Schmiedel, immer und immer wieder erklärt: Dort, wo Bagger stehen, wo die Bauarbeiter stehen, wo die Maschinen rollen, da fühlen wir uns zu Hause, das heißt im Straßenbau.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit)

Nun noch einmal zu den Zahlen: Ich weiß allmählich nicht mehr, auf welche Zahlen ich mich eigentlich verlassen soll. Das Ministerium hat klar gesagt, es habe ca. 15 Millionen € Verfügungsmittel nicht verbauen können; das sagt es ja offen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Deshalb wird es doch nicht besser!)

Das Bundesverkehrsministerium, auf das Sie sich berufen, sagt – ich zitiere aus einer Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Bär –, es seien nur 6,3 Millionen € gewesen. Der Bund erklärt also, das Land habe weniger zurückgegeben, als der Herr Verkehrsminister selbst darlegt. Sie erklären, es seien 100 Millionen € gewesen. Was gilt jetzt eigentlich? Angesichts dieses Zahlenwirrwarrs ist klar zu erkennen, dass

vom Bund keine Verlässlichkeit und daher keine Grundlage für eine sinnvolle Planung gegeben ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Die Zahlen, die im Raum stehen, sind aus unserer Sicht zum Teil also einfach willkürlich gegriffen, sie sind nicht nachvollziehbar.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie Verantwortung für dieses Land wahrnehmen würden, würden Sie mit Ihren Argumenten nicht hinterdrein kommen wie eine evangelische Fasnacht,

(Heiterkeit bei der CDU)

sondern dann hätten Sie uns, wenn Ihnen das Wohl dieses Landes am Herzen liegt, wenn Sie in Berlin regieren und wenn Sie so tolle Connections haben, rechtzeitig vor der Gefahr warnen müssen, dass wir Schwierigkeiten haben werden, dieses Geld abzunehmen, statt jetzt, wenn das Kind sozusagen in den Brunnen gefallen ist, ein großes Trara zu machen.

Dass Sie ein großes Trara machen, meine Damen und Herren von der CDU, hat der Kollege Schwarz schon angedeutet. Ich will einfach noch einmal vorlesen: Mit den angeblichen 100 Millionen € haben Sie eine wunderbare Geldvermehrung geschafft. Wer einmal Pi mal Daumen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, zusammenaddiert, was Ihre Abgeordneten aus Bund und Land mit dem Geld hätten bauen wollen, kommt locker auf die Summe von knapp 900 Millionen €.

(Zurufe von der SPD: Oi!)

Jeder hat erklärt: Damit hätte meine Straße gebaut werden können. Der Kollege Bareiß baut in Überlingen – in Unlingen wird ja gebaut –, der Kollege Fuchtel baut die Hochbrücke, den Tunnel in Calw, den Tunnel in Freudenstadt. Das summiert sich auf 900 Millionen €.

Sie nehmen das Bemühen nicht wahr, hier noch einen ernsthaften Wandel herbeizuführen, sondern verfolgen Ihre alte Linie: Fordern, was gar nicht realistisch ist. Auch darauf hat der Kollege Schwarz hingewiesen. Sie fordern, Straßen zu bauen, die nicht planfestgestellt oder gar baureif sind.

Zusammengefasst: So etwas darf nie mehr vorkommen; das ist eine klare Forderung von uns allen. Aber wir müssen lernen, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung mitnehmen, dass wir die Straßenbauverwaltung letztendlich auch besser ausstatten und dass wir ehrlich mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehen und nicht immer und immer wieder Dinge versprechen, die nicht realisiert werden können. Mit Ihren 100 Millionen € können Sie nicht für 800 Millionen € Straßen bauen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Es gab noch Fragen! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gestatten Sie die Zwischenfrage des Herrn Abg. Joachim Kößler?

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Kollege Haller, es ist ja so: Es sind nicht nur Stellen gestrichen worden, sondern zugleich sind Planungs- und Ingenieuraufgaben nach außen gegeben worden.

(Unruhe)

Wenn man die Zahlen schon nennt, sollte man das auch ansprechen. Ich bitte den Verkehrsminister, uns nachher zu sagen, in welchen Zeiträumen und in welchem Umfang Ingenieuraufgaben nach außen gegeben wurden; denn nur dann können wir beurteilen, welche Arbeitsbelastung es im Verkehrsbereich tatsächlich gab.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben zwar keine Frage gestellt, sondern eine Bitte an den Verkehrsminister gerichtet, aber methodisch lasse ich das durchgehen.

(Heiterkeit bei der CDU – Vereinzelt Beifall)

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Kollege Haller, ich wollte Sie darauf hinweisen, und jetzt können Sie darauf antworten, wie Sie im Grunde genommen die Verlagerung von Aufgaben nach außen sehen.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das ansprechen, denn ich habe es schlicht vergessen. Es ist richtig: Es wurde verlagert. Ich kenne die Zahlengrundlage für diese Millionen nicht. Aber das ist genau der Punkt, den auch wir eigentlich für falsch hielten und halten. Denn diese Privatisierung der Planungen ist einerseits ein Zeichen des Misstrauens gegenüber den vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und sie ist andererseits viel, viel teurer als die eigene Verwaltung und die Straßenbauverwaltung mit den eigenen Möglichkeiten und Mitteln.

Ich nenne dazu nur eine Zahl: An der A 8 kostet die Bauleitung 800 000 € pro Jahr. Soviel ich weiß, sind damit vier Ingenieure aus der Privatwirtschaft beschäftigt. Auf die Zahl vier setze ich jetzt nicht, aber auf jeden Fall könnten Sie für die 800 000 € locker zehn Ingenieure beim Land in der Straßenbauverwaltung einstellen. Genau das war auch ein Fehler, dass wir nämlich nicht ausreichend Vertrauen in eigenes Personal hatten,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE, zur FDP/DVP deutend: Die, nicht wir!)

sondern Sie – vor allem die FDP/DVP – gesagt haben: „Privatisierung! Privatisierung!“

(Unruhe)

Letztendlich müssen die Mitarbeiter immer noch die Aufgaben der Bauüberwachung und der Baukontrolle wahrnehmen. Das kann Ihnen jeder Ingenieur in der Straßenbauverwaltung sagen; auch die ehemaligen Verkehrsminister und Staatssekretäre aus Ihren Reihen können dies. Herr Köberle, geben Sie bitte dem Kollegen im Detail Auskunft.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Verkehrsminister Hermann.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte gibt mir die Gelegenheit, noch einmal deutlich zu machen, was im Unterschied zu der Verkehrspolitik der Vorgängerregierung die Grundzüge grün-roter Verkehrspolitik sind.

(Lachen bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie noch so oft darüber sprechen: Sie können nicht bestreiten, dass in jedem der letzten drei Jahre, seit wir die Verantwortung im Bereich Verkehr und Infrastruktur übernommen haben, mehr Geld vom Bund abgerufen und für die Umsetzung von Maßnahmen verwendet worden ist als in all den Jahren zuvor, mit Ausnahme des Jahres 2009.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Vorwurf, ich würde etwas verhindern, ist absurd. Die Zahlen sprechen dagegen. Nehmen Sie Ihr Brett vor dem Kopf weg, dann haben Sie den Zugang zur Wahrheit.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rück: Jetzt aber! Unverschämtheit! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, die Prinzipien unserer Politik sind klar. Wir wissen, dass ein Industrieland eine moderne, funktionsfähige Infrastruktur braucht, und in Baden-Württemberg sind die Straßen von allergrößter Bedeutung. Rund 90 % des Personenverkehrs und 70 % des Güterverkehrs erfolgen über die Straße. Deshalb ist doch völlig klar, dass man sich um den Zustand der Straßen kümmern muss. Das hat diese Koalition im Vertrag festgelegt und von Anfang an ernsthaft angegangen und verfolgt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU: Oi, oi, oi!)

Wir haben in Baden-Württemberg in der Verkehrspolitik einen Paradigmenwechsel eingeleitet,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

und ich sage Ihnen dazu: Wir haben diesen Paradigmenwechsel auch auf Bundesebene eingeleitet, und in den anderen Bundesländern kann man ebenso sehen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei den Grünen)

Was sind die Prinzipien dieser neuen, anderen, modernen Straßenverkehrspolitik?

Erstens: Erhalt ist sehr viel wichtiger als Aus- und Neubau.

Zweitens: Wir brauchen dafür insgesamt eine nachhaltige Finanzierung.

Drittens: Wir brauchen einen Sanierungstopf, wir brauchen Sanierungsmittel, um die aufgelaufenen, nicht durchgeführten Sanierungen nachzuholen.

Viertens brauchen wir einen maßvollen, einen bezahlbaren Aus- und Neubau. Dafür brauchen wir Priorisierungen und

(Minister Winfried Hermann)

ein transparentes Verfahren, das auch über Kriterien fachlich gestützt ist.

All das haben wir vorangetrieben.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir haben Schluss gemacht mit der Straßenbaupolitik nach Gutsherrenart: mal da geben, mal dort geben, mal da ein Spatenstich, mal dort, ohne System. Das haben wir geändert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dort, wo wir die Möglichkeit hatten, umzustellen, haben wir nicht nur für Transparenz, sondern auch für Verlässlichkeit und Planbarkeit gesorgt. In einer langen Linie haben wir auf zehn Jahre hin klargemacht, was wir im Landesstraßenbau vorhaben, wie wir sanieren wollen, wo wir ausbauen wollen.

Das, was wir noch nicht geschafft haben, wofür ich aber kämpfe, seit ich Minister bin, und wofür ich auch schon als Bundestagsabgeordneter und als Vorsitzender des Bundestagsverkehrsausschusses geworben habe, ist: Wir brauchen endlich auch seitens des Bundes eine klare, nachhaltige Finanzierung, die auch für die Länder planbar ist, und nicht mal hoch, mal runter, mal ein Impulsprogramm, mal ein Konjunkturprogramm, dann mal wieder eine Absage aus Einsparungsgründen. So kann man nicht planen, so kann man nicht kontinuierlich arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wer mal kurz vor Jahresende Millionen anbietet, ohne dass man die Möglichkeit hat, diese Gelder zu verbauen,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

bietet im Grunde einen Anlass, dass Geld verbrannt und nicht sinnvoll und sparsam eingesetzt wird.

Ich werde jetzt gleich noch einmal zu Ihrer Politik kommen. Sie haben in all den Jahren unglaublich viele Versprechungen hinterlassen, und zwar in allen Bereichen – bei Bundesstraßen, bei Landesstraßen und bei Kommunalstraßen –, die ganz und gar nicht finanziert waren. Wir sind seit drei Jahren dabei, alle Ihre Versprechungen abzuarbeiten, und haben das noch nicht geschafft, weil sie so groß waren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist doch unwahr! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Ihr wichtigstes Element war das Versprechen, Ihr wichtigstes Instrument war der Spaten, und der Spaten hat genau zum Stich gereicht, aber durchfinanziert waren Ihre Projekte selten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben aber kein Geld liegen lassen!)

Wir ändern das.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, einen Höhepunkt meiner Tätigkeit im letzten Jahr gab es am 7. Mai 2013 in Bad Mergentheim.

Da ist es mir gelungen, ein Versprechen von Hans Karl Filbinger – Gott hab ihn selig! – einzulösen,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

der vor 40 Jahren – vor 40 Jahren! – die Ortsumfahrung für die B 19 versprochen hat. Dort konnte ich den Spatenstich machen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jeder hat seine Höhepunkte!)

So war Ihre Politik des Versprechens. Nichts finanziert, alles ewig hinausgeschoben. Wir haben das beendet. Wir arbeiten diese Listen ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Köberle?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Zurufe der Abg. Volker Schebesta CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Unruhe)

– Auch die Opposition muss bisweilen zuhören.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Regierung nicht?
– Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das ist der Respekt vor dem Ausschussvorsitzenden gewesen! Großes Kino! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, auf Landesebene gab es Jahre, in denen die von Ihnen bereitgestellten regulären Haushaltsmittel bei nahezu null lagen. Sie haben das stets mit immer neuen Konjunktur- und Sonderprogrammen aufgestockt. Was ist dabei herausgekommen?

Wir haben von Ihnen sehr viele Schulden übernommen. Weit über 500 Millionen € an kreditfinanziertem Straßenbau müssen wir heute Jahr für Jahr abtragen. Das war Ihre Politik, Ihre Verschuldungspolitik – nicht nur in Geld, sondern auch noch in vorgezogenen Straßenbaumaßnahmen, die Sie nicht finanziert hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir haben auch hier einen klaren Paradigmenwechsel vorgenommen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Kommen Sie noch zum Thema?)

Wir haben gesagt, wir werden in den nächsten zehn Jahren den Sanierungsstau im Landesstraßenbaubereich kontinuierlich abbauen. Wir haben die Mittel Jahr für Jahr auf hohem Niveau gehalten, im Vergleich zu Ihnen verdoppelt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist doch unwahr! – Abg. Volker Schebesta CDU: Kommen Sie irgendwann noch zum Thema, oder lassen Sie das ganz aus?)

(Minister Winfried Hermann)

Wir haben die Mittel für die Sanierung verdoppelt. Das haben Sie nie hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie haben systematisch die Verkehrsinfrastruktur im Land, insbesondere die Straßenverkehrsinfrastruktur, aufgebraucht, Vermögensverzehr betrieben. Damit haben wir Schluss gemacht.

Ferner ist eines nicht zu bestreiten – das ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden; ich wollte das heute nicht so in den Mittelpunkt stellen –: Sie haben im Vergleich zur Situation Anfang der Neunzigerjahre, obwohl Sie immer gesagt haben, Sie seien die Straßenbaupartei, den Stellenbestand der Straßenbauverwaltung in den Regierungspräsidien und im Ministerium glatt halbiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Reden Sie auch noch einmal über Ihre eigene Politik?)

Seit 2005, seit der teuflischen Verwaltungsreform, haben Sie 30 % der Stellen abgebaut.

Dann kommt Frau Razavi immer wieder und sagt: Aber wir haben doch einen Korridor, wir haben doch die Korridor-Stellen. Das sind alles k.w.-Stellen für drei Jahre.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Warum haben Sie die nicht verlängert? – Abg. Volker Schebesta CDU: Haben wir Geld liegen lassen oder Sie?)

Die haben Sie aber in keinsten Weise kompensiert, weil Sie im großen Stil abgebaut haben. Sie haben die Zahl der Stellen in der Verwaltung drastisch reduziert und wundern sich jetzt, dass die Verwaltung am Anschlag ist. Gleichzeitig haben Sie uns noch beschimpft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommen wir einmal zu Ihren 100 Millionen €, zu Ihren Phantommillionen, zu dieser Luftnummer.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! Der Minister kommt zum Thema!)

Ich meine, erstens ist ja schon interessant, dass heute der Bundestagsabgeordnete Bilger sagen muss: Es sind wahrscheinlich nur 50 Millionen €, wie ihm die Staatssekretärin gesagt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wenig?)

Also müssen Sie sich einmal einigen, welche Zahl Sie überhaupt meinen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Tatsächlich waren wir in diesem Jahr nicht in der Lage,

(Zurufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

zusätzliche Ausgleichsmittel abzurufen. Aber wir lagen schon mit den regulären Aufgaben und Mitteln, die wir hatten, weit über dem Niveau, das in all den Jahren zuvor mit den Aus-

gleichsmitteln erreicht worden ist. Auf höchstem Niveau hat die Verwaltung gearbeitet und war damit am Anschlag.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wenn dann der Bund zum Ende des Jahres, nachdem er das ganze Jahr jede Art von Baufreigabe verhindert hat, kommt und fragt: „Könntet ihr noch etwas abnehmen?“,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

dann ist das wirklich eine Nummer, die nicht funktionieren kann. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie – –

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, der Minister gestattet keine Zwischenfrage.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich möchte gern im Zusammenhang reden, denn genau an diesem Punkt wird deutlich, wie halbgar, auch wie „unfähig“ Ihre Argumentation an der Stelle ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo da die Unfähigkeit liegt, sieht man deutlich!)

Wenn Sie landauf, landab umherlaufen und wenn selbst Mitglieder des Verkehrsausschusses, selbst ehemalige Regierungsmitglieder, selbst Mitglieder der Bundesregierung und Mitglieder des Bundestagsverkehrsausschusses behaupten, wir könnten als Land bei Bundesfernstraßen problemlos Baustellen beginnen, dann sage ich ganz deutlich: Nein, das können wir nicht. Nur der Bund kann Baustellen beginnen. Der Bund hat uns in den letzten zwei Jahren systematisch jede Bitte abgeschlagen. Zur A 3, die auch heute wieder in Rede stand, habe ich sogar an den bayerischen Verkehrsminister geschrieben und gesagt: Wir sind bereit, wir würden gern beginnen. Was war die Antwort? „Wir sehen derzeit keine Finanzierungsmöglichkeit.“

Zum Teil haben Sie als Abgeordnete geschrieben. Ich habe all diese Briefe. Sie haben auf all diese Briefe die gleiche Antwort bekommen: Geht derzeit nicht, keine Finanzierungsspektive.

So war die Politik des Bundes: Alles verhindern, alles an Neubauten verhindern mit der Ansage: „Wir haben kein Geld“, und dann am Ende des Jahres mit der Frage kommen: „Könnt ihr noch etwas abnehmen?“

Wir haben dem Bund etwas angeboten: 45 Millionen € können wir sofort abnehmen, nämlich für den privat vorfinanzierten Engelbergertunnel im Zuge der Bundesautobahn A 81. Das ist eine von Ihren Maßnahmen. Dafür zahlen wir pro Jahr immer noch 45 Millionen € ab. Da haben wir gesagt: Das ist etwas, was wir jederzeit sofort abwickeln können. Das hat der Bund abgelehnt.

(Minister Winfried Hermann)

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und was ist mit Freiburg?)

– Freiburg hat er zugesagt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aha!)

Das andere hat er abgelehnt.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wenn er uns das Geld hätte geben wollen, dann hätte er es uns geben können. Das hat er aber nicht gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Nicole Razavi CDU)

Ich halte fest: Erstens: Es gibt bei Bundesfernstraßen keinen Baubeginn ohne eine Genehmigung des Bundes,

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

und wenn der Bund eine Genehmigung gibt, fangen wir an. Wir haben nach wie vor –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was ist mit den baureifen und den im Bau befindlichen Maßnahmen, Herr Minister?)

– Schreien Sie nicht immer dazwischen, sondern hören Sie einmal zu!

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir dürfen ja keine Zwischenfragen stellen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Nach wie vor haben wir Baumaßnahmen mit einem Volumen von 500 Millionen €,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

laufende Bauprojekte, bei einem angekündigten Finanzierungsvolumen des Bundes von pro Jahr unter 100 Millionen €.

Zweitens: Wir haben zusätzlich baureife, rechtskräftig planfestgestellte Straßen mit einem Volumen von etwa 800 Millionen € – von wegen, wir hätten nichts in der Schublade.

(Zurufe der Abg. Volker Schebesta und Nicole Razavi CDU)

Das macht zusammen 1,3 Milliarden €. Dafür haben wir noch nicht in einem einzigen Fall die Baugenehmigung bekommen, und Sie erwecken immer den Eindruck, als könnte man bauen und müsste nur anfangen. Das ist rechtlich überhaupt nicht möglich. Sie täuschen die Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Volker Schebesta CDU: Sehen Sie das jetzt anders als Herr Haller, dass das nicht mehr vorkommen darf, was im letzten Jahr passiert ist? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da sind wir uns doch einig! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir sind uns darin einig: Wenn die Mittel knapp sind, muss man versuchen, vom Bund möglichst alles zu holen, was man haben kann.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht „möglichst“! – Abg. Peter Hauk CDU: Alles!)

Aber Voraussetzung dafür, dass man Mittel in Maßnahmen umsetzen kann, ist erstens, dass man die Baufreigabe hat, und zweitens, dass man die Mittel rechtzeitig bekommt, um sie überhaupt verarbeiten zu können. Drittens muss man auch planen können, damit das Ganze seriös ist. Denn nur schnell einmal Geld zum Jahresende ausgeben ist Geldverbrennen. Diese verantwortungslose Politik mache ich nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Volker Schebesta CDU: Die Straßen sind alle notwendig!)

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der neuen Planung, der Bundesverkehrswegeplanung deutlich gemacht: Wir wollen auch in Baden-Württemberg weiter Aus- und Neubauten von Straßen durchführen. Aber wir haben auch klare Kriterien. Wir haben das in einem umfangreichen Beteiligungsverfahren – übrigens mit Abgeordneten, Bürgermeistern, Landräten – bearbeitet und an den Bund gemeldet. Das ist eine Liste, die ein Volumen von 11 Milliarden € umfasst. Um sie abzuarbeiten, dauert es bei den Ansagen des Bundes ziemlich lang: 50 bis 100 Jahre.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Dann sind Sie nicht mehr Verkehrsminister!)

Auch hier haben wir uns die Mühe gemacht, dass man priorisiert, dass man fachliche Kriterien anwendet und sagt, was geht und was nicht geht.

Ich würde Ihnen dringend raten, von Ihrer Versprechenspolitik einmal Abstand zu nehmen. Ich kann aus dem Ganzen sonst eigentlich nur schließen, dass Sie nie damit rechnen, das, was Sie als Opposition versprechen, je einlösen zu müssen.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Da kennen Sie sich besser aus!)

Es ist Ihnen noch nicht klar geworden, dass diese Milliardenversprechen, die nicht finanziert sind, Sie alle einmal einholen könnten, wenn Sie je die Chance auf die Beteiligung an der Regierung haben.

Wir haben im Bereich der Landesstraßen in den nächsten Jahren ganz klar die Sanierung in den Vordergrund gestellt. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen gehandelt. Wir haben nicht nur herumgeschwätzt, sondern wir haben gehandelt und ein Konzept erstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben uns, um die Situation zu besprechen, in dieser Woche auch mit allen vier Regierungspräsidenten – mit den Präsidenten der Straßenbauabteilungen – getroffen.

(Zuruf von der CDU: Krisensitzung!)

Es war sehr eindeutig, dass alle gesagt haben: Es ist richtig und wichtig, dass wir die Wende zum Erhalt hinbekommen. Es muss klar sein – das ist in den nächsten Jahren sehr aufwendig, auch personalaufwendig –, dass die Zeit des schnellen Geldausgebens mit großen Maßnahmen und großen Pla-

(Minister Winfried Hermann)

nungen vorbei ist. Man muss komplizierte Ingenieurbauwerke langfristig planen, man muss auch die Bearbeitung langfristig planen. Das bedeutet einen hohen Zeitaufwand und sehr hohe Kosten.

Auch ist allen klar – das ist ein gemeinsames Bekenntnis aller Beteiligten gewesen –: Wir werden beim Straßenbau und bei der Sanierung zuallererst auf Qualität setzen und nicht über schnell erbrachte Quantitäten pseudogute oder schlechte Leistungen abliefern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie werfen mir vor, ich würde mich nicht kümmern. Heute Abend findet in der Landesvertretung in Berlin eine schon von langer Hand geplante große Veranstaltung zur nachhaltigen Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur statt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Daran werden teilnehmen: Herr Bodewig, Herr Daehre, Herr Barthle, der haushaltspolitische Sprecher der Union. Wir werden bei dieser Veranstaltung darüber sprechen, wie man den Strukturmangel im System –

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

die Mittel fließen unkalkulierbar – beheben kann und wie man bei der Infrastruktur auf Dauer auf zuverlässige, planbare Finanzierungsströme setzt und damit auch deutlich macht, dass man in der Infrastrukturpolitik eine Politik der langen Hand braucht, wenn man wirklich etwas erreichen will.

Ihre vordergründige Millionendebatte erweckt lediglich den Eindruck, als wäre genügend Geld da, man müsste es nur nehmen. Tatsache ist, dass pro Jahr im Sanierungsbereich aller Verkehrsinfrastrukturen 7,2 Milliarden € fehlen. Die fehlen! Sie fehlen Jahr für Jahr, und jedes Jahr wird im Bereich der Infrastruktur Vermögen verzehrt. Wir brauchen dringend mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt, wir brauchen dringend eine Nutzerfinanzierung.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Zurufe von der CDU)

Das ist das, was Sie nicht begreifen: Ihre Summen sind nicht die Lösung für die wirklich grundlegenden Probleme.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja allmählich lächerlich!)

Wir brauchen eine grundlegende Reform der Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur und der Abwicklung der Verkehrsströme.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Diese Landesregierung baut und saniert Landesstraßen und Bundesstraßen auf Rekordniveau, auf deutlich höherem Niveau als unter der Vorgängerregierung.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte?)

Die Landesverwaltung, insbesondere die Straßenbauverwaltung hat in den letzten Jahren eine Spitzenleistung auf höchstem Niveau erbracht – mit niedrigstem Personaleinsatz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Trotz Ihnen!
– Abg. Volker Schebesta CDU: Das will bei diesem Minister etwas heißen! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Wir haben alle Möglichkeiten genutzt. Der Bund hat uns mit der Ansage „Es gibt nicht mehr Geld, es gibt keine Baufreigaben“ alle Möglichkeiten, etwas zu bauen, aus der Hand genommen – außer in Unlingen, was für eine Lachnummer.

(Abg. Helmut Rau CDU: Das ist ja schizophren!)

Wir kämpfen dafür, dass es endlich ein Prinzip der Überjährigkeit gibt, dass es einen Sanierungstopf gibt, der kalkulierbar ist.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU meldet sich.)

All das zusammen macht eine neue, moderne Straßenbaupolitik aus, die auf Nachhaltigkeit basiert und die ganz anders ausgerichtet ist als Ihre Politik nach Gutsherrenart.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Frage! – Abg. Thomas Blenke CDU: Bei der SPD klatschen zwei Leute! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Aber nicht laut! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, der Herr Verkehrsminister hat gesagt, dass er keine Zwischenfrage beantwortet.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Selektive Nichtwahrnehmung!)

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst kurz zum Kollegen Schwarz: Sie haben kritisiert, CDU und FDP/DVP würden Sie beim Einsatz, beim Engagement nicht unterstützen. Ich darf noch einmal an den Beschluss erinnern, den wir im Landtag am 15. Februar 2012 gefasst haben. Darin unterstützen alle Fraktionen den Verkehrsminister und die Landesregierung unisono, wenn es darum geht, mehr Mittel zu beantragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Der Verkehrsminister hat von einem Paradigmenwechsel gesprochen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da hat er recht!)

Ich hätte mir eine Antwort auf meine beiden zentralen Fragen gewünscht, Herr Verkehrsminister. Die erste Frage lautet: Wieso haben es Bayern, Hessen und Niedersachsen geschafft,

(Jochen Haußmann)

140 Millionen €, 47 Millionen € bzw. 80 Millionen € abzurufen?

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie haben auch die zweite Frage nicht beantwortet. Vielleicht meinten Sie den Paradigmenwechsel. Aber mein Bauchgefühl ist da ein anderes. Was ist denn 2014? Droht uns auch für dieses Jahr, dass Sie auf die Ausgleichsmittel verzichten? Sie haben erklärt, es handle sich um „Geldverbrennen“. Insofern gehe ich davon aus – das haben wir heute zu interpretieren –, dass Sie auch 2014 keine Ausgleichsmittel in Anspruch nehmen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frechheit! – Abg. Claus Schmiedel SPD und Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Quatsch!)

Finanzminister Schmid sagte gestern, Herr Kollege Sckerl, in Zukunft wolle man die Anträge beim Bund offensiver stellen. Also liegt doch da der Hase im Pfeffer, Kollege Sckerl.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das Ganze geht darauf zurück, dass man es mit einer verfehlten, mit einer ideologiegetriebenen Politik versäumt hat,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

diese Spielregeln zu beachten. Das ist, glaube ich, der Hauptgrund, dass wir diese Ausgleichsmittel nicht bekommen haben. Das ist ein enormer Schaden für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zum Personal: Ich darf aus der Antwort auf die Große Anfrage der FDP/DVP-Fraktion zum Thema Verkehrsinfrastrukturfinanzierung zitieren. Uns ist dieses Thema auch wichtig. Es ist nicht so, dass wir nicht in einem Boot sitzen würden, was das Personal der Straßenbauverwaltung betrifft.

Ich zitiere:

Der Bereich der Straßenverkehrsinfrastruktur war in der Vergangenheit von Stelleneinsparungen nicht ausgenommen. Nur durch eine verstärkte Einbindung privater Dritter bei Planung und Bauleitung konnte bislang sichergestellt werden, dass vorhandene Investitionsmittel trotz Personalabbaus von der Straßenbauverwaltung umgesetzt werden konnten.

Weiter heißt es:

Für diese Genehmigungsfunktion

– von Planfeststellungsverfahren –

steht ausreichend Personal zur Verfügung.

Es kann also nicht an diesem Thema liegen, dass die Ausgleichsmittel nicht in Anspruch genommen werden. Wichtig ist vielmehr, die bisherige Praxis fortzuführen, mehr Straßenbauprojekte zu planen, mehr in der Schublade zu haben. Das haben Sie mit Ihrer Politik versäumt. Sie sagen: „Erst, wenn

das Ganze durchfinanziert ist, gehen wir das Thema an.“ Sie wissen doch, wie es in Berlin läuft. Sie waren doch Bundestagsabgeordneter. Jetzt machen Sie hier eine ganz andere Politik. Das passt überhaupt nicht zusammen. Hören Sie auf die Experten der Straßenbauverwaltung, sehr geehrter Herr Herrmann, und machen Sie Spatenstiche zu Ihrem persönlichen Erfolgserlebnis.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, ehrlich gesagt, Ihre Reden werden für mich und für uns zunehmend unerträglich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau!)

Das Schöne ist: Je länger Sie reden, desto absurder wird das Ganze.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Schlimme ist, dass Sie auch noch glauben, was Sie sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Positive ist aber, dass dies immer weniger Menschen in diesem Land tun.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Abg. Nicole Razavi CDU: Nein!

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: ... des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Abg. Nicole Razavi CDU: Nein. – Ach, doch! Kollege Reinhart.

(Lebhafte Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Also Ihr Fraktionskollege.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Redezeit wird dadurch noch verlängert!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn es nicht auf Kosten meiner Redezeit geht.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sie haben doch die Geschäftsordnung geändert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Geschäftsordnung ist geändert worden!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Okay.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Kollegin, nachdem der Herr Minister die Zwischenfrage nicht zugelassen hatte, frage ich Sie:

Der Herr Minister hatte sich ja darauf berufen, dass notwendige Planungsmittel nicht vorhanden gewesen seien, wegen des Personals. Ist bekannt, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg mit Bayern einen Vertrag geschlossen hat, wonach das Teilstück der A 3 mit einer Länge von etwa 7 km sowieso, sozusagen im Auftrag, von Bayern ausgeführt wird? Ein einziger Brief des Verkehrsministers von Baden-Württemberg nach Berlin hätte genügt, um zu erreichen, dass die vorgesehenen Mittel weitergeleitet werden und die A 3 damit vollständig hätte ausgebaut werden können. Teilen Sie diese Auffassung?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Kollege, diese Auffassung teile ich voll und ganz. Aber was ich dazu sage, ist gar nicht so wichtig. Zu Ihrer Frage kann ich Ihnen mit Zitaten aus einem Brief des bayerischen Verkehrsministers Herrmann antworten. Er heißt auch Herrmann, aber das ist das Einzige, was die beiden miteinander verbindet.

(Unruhe bei der CDU)

Ich zitiere aus dem Brief des bayerischen Verkehrsministers und Innenministers vom 28. Februar 2014, also vor wenigen Tagen, an den OB von Wertheim:

Voraussetzung dafür

– für einen Baubeginn, wie geplant, 2014 –

wäre eine Freigabe des Baubeginns und die Übertragung der Haushaltsmittel durch Baden-Württemberg in 2013 gewesen, was beides nicht erfolgt ist. Es

– Baden-Württemberg –

hält nach wie vor an seiner landeseigenen Priorisierung der Bedarfsplanprojekte fest, wonach nicht vor 2017 begonnen werden soll.

Da ergänze ich: Hierzu muss man wissen, dass der Planfeststellungsbeschluss für diese 7 km im Jahr 2017 verfällt. Da frage ich mich schon, Herr Minister: Wie kommt es denn, dass Sie dann in Ihrer so hochgelobten Priorisierungsliste gerade diese Maßnahme ganz weit hinten, mit Baubeginn frühestens 2017, einstufen? Da kann ich nur sagen: Nachtigall, ick hör' dir trapsen. Sie spekulieren darauf, dass dieser Planfeststellungsbeschluss verfällt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das kann er nicht wirklich wollen! Das wäre unvorstellbar!)

Das ist übrigens immer noch die Beantwortung der Frage.

(Unruhe)

Noch ein Aspekt zur Beantwortung der Frage des Kollegen Reinhart: Klar ist auch, dass vereinbart ist, dass die Bauverwaltung in Bayern plant und baut. Das heißt, für diesen 7 km

langen Abschnitt in Baden-Württemberg hätten wir nicht einmal Personal gebraucht. Der Herr Minister hätte nur in Berlin den Finger heben und sagen müssen: „Au ja, ich nehme das Geld, die 60 Millionen €, gebe dieses Geld den Bayern, wie es vereinbart war, und die hätten in diesem Jahr anfangen können zu bauen.“

Allein an diesem Beispiel, Herr Minister, wird deutlich, welche Strategie Sie fahren und dass alles, was Sie tun, Methode hat. Das, was Sie hier vorn erzählen, ist nicht nur absurd, sondern es ist schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Bravo!)

Jetzt noch ein Aspekt zu der Behauptung, Sie würden – das ist fast schon Hohn – als der Minister des Landes in die Geschichte eingehen, der am meisten Straßenbaumittel ausgibt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der geht ein, ohne Geschichte!)

Kommunaler Straßenbau: mutwillig reduzierte Mittel. 36 Millionen € bleiben in den Regierungspräsidien liegen, weil keine anderen Maßnahmen begonnen werden können.

Landesstraßenbau: Der Maßnahmenplan wird reduziert auf einen Finanzierungsplan. Sie beschränken die Mittel künstlich auf 400 Millionen € für zehn Jahre, also 40 Millionen € pro Jahr, und packen da genau das hinein, was Sie in dieser Zeit bauen können. Das nenne ich „künstlich verarmt“.

Im Bundesfernstraßenbau machen Sie genau das Gleiche. Erzählen Sie uns also keine solchen Märchen. Die kann keiner mehr hören, die will keiner mehr hören, und die glaubt auch niemand mehr.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE – –

(Fortgesetzter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

So, jetzt ist – –

(Fortgesetzter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

(Fortgesetzter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Vielen Dank für den Eingangsapplaus der CDU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich möchte gern ein paar Dinge klarstellen. Zum Ausbau der A 3: Der bayerische Verkehrsminister Joachim Herrmann

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

(Andreas Schwarz)

und der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann haben am 12. Dezember 2012

(Unruhe – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Hört doch mal zu!)

an den damaligen Bundesverkehrsminister Ramsauer geschrieben. Frau Razavi, ich mache Ihnen da jetzt keinen Vorwurf. Er ist ja von der CSU. Vielleicht gibt es auch nicht immer Klarheit zwischen der CDU und der CSU im Bund. Da will ich Ihnen gar keinen Vorwurf machen. Jedenfalls haben die beiden Verkehrsminister Folgendes geschrieben:

Die zentrale Bedeutung der A 3 zwischen Aschaffenburg und dem Autobahnkreuz Biebelried begründet aus unserer Sicht eine entsprechende Schwerpunktsetzung im Bundesfernstraßenhaushalt.

(Unruhe bei der CDU)

Unser Verkehrsminister hat sich für den Ausbau der A 3 starkgemacht und hat erst kürzlich, im Frühjahr 2014, ein neuerliches Schreiben an den Bundesverkehrsminister Dobrindt verfasst. Er ist für den Ausbau der A 3, um das hier noch einmal ganz klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Aber er tut nichts! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er ist halt ein Jahr zu spät dran!)

Zweites Thema: Abgeordnete meiner Fraktion haben sich für den Ausbau der B 28 Rottenburg–Tübingen eingesetzt.

(Zuruf von der CDU: Haben sie einen Leserbrief geschrieben?)

Sie haben dazu Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium geführt. Was schrieb dann der Bundesverkehrsminister am 2. Mai letzten Jahres? Ich zitiere:

Sosehr ich Ihren Wunsch nach Nennung eines verbindlichen Termins für den Baubeginn des Vorhabens B 28 Rottenburg–Tübingen nachvollziehen kann, bleibt die Feststellung, dass gegenwärtig keine Spielräume für weitere Neubeginne von Bedarfsplanmaßnahmen gegeben sind, sofern sich die Finanzierungssituation nicht dauerhaft ändert.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn Sie nicht einmal das Geld abnehmen, das Sie haben!)

Der Bund hat dem Land Baden-Württemberg hier einen Neubeginn untersagt. Der Bund hat selbst meinen Abgeordnetenkollegen, die für die Straße vor Ort eintreten, gesagt: Diese Straße kommt nicht; es gibt keine Spielräume für Neubeginne. Der Bremser ist nicht der Landesverkehrsminister, sondern der Bremser ist der Bundesverkehrsminister Dobrindt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rapp?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gern.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Kollege Schwarz, Sie haben jetzt wortreich erklärt, dass der Verkehrsminister angeblich alles richtig macht. Jetzt frage ich Sie: In Sachen B 31 West – Kaiserstuhl – war das Planfeststellungsverfahren kurz vor der Fertigstellung, und Verkehrsminister Hermann hat genau dieses Straßenbauprojekt – das vom Bund übrigens gewollt war, wie durch zwei Schreiben aus dem Jahr 2012 und aus dem Jahr 2013 belegt ist – im Prinzip gestoppt. Wie stehen Sie dazu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Danke für die Frage, Herr Kollege. Auch zu diesem Projekt habe ich vom Bund bis jetzt keine verbindliche Zusage gehört.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die Planung ist gestoppt! Sie müssen einfach einmal zuhören! – Unruhe)

Zum Schluss möchte ich noch etwas ansprechen, was für den Straßenbau in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt wichtig ist. Das Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt doch darin, dass wir enorme Schwankungen in der Mittelzuführung haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist aber nichts Neues!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir im Straßenbau zu einer besseren Planbarkeit der Mittel kommen müssen.

Ich möchte es noch einmal vorlesen – nicht nur Sie, auch wir stehen natürlich mit dem Bund in Kontakt –: Frau Staatssekretärin Bär aus dem Bundesverkehrsministerium schrieb mir am 10. März, dass „die endgültige Mittelbekanntgabe für Baden-Württemberg erst im Juli dieses Jahres erfolgen“ wird.

Das heißt, erst im Juli dieses Jahres wird Baden-Württemberg wissen, wie viele Mittel wir tatsächlich für dieses Jahr vom Bund erhalten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da muss man halt in Vorleistung gehen!)

– Ja, Frau Kollegin, die Sie auch stark für den Straßenbau eintreten, das müssen wir ändern. Es kann doch nicht sein, dass wir erst im Juli Bescheid bekommen, wie viele Gelder endgültig zur Verfügung stehen. Hier müssen wir eine vorausschauende Planung bekommen, damit die Straßenbauverwaltung dann tatsächlich alles verbauen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Schwarz dankbar, dass er noch einmal die Sache mit der A 3 klargestellt hat, dass beide „Her(r)manns“ dies gemeinsam vom Bund gefordert haben. Bei diesem Pillepalle-Durcheinander auf Bundesebene wird allmählich deutlich: Es ist problematisch, was der Bund eigentlich will.

Ich will dazu aus zwei Schreiben des Bundes zitieren.

(Hans-Martin Haller)

Der damalige Bundesverkehrsminister Ramsauer hat am 3. August 2012 als Antwort auf die Forderung, mit den Baumaßnahmen zu beginnen, erklärt:

Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Herr Hermann,

– sagte Herr Ramsauer –

... nach der neuen Finanzierungsplanung stehen dem Land Baden-Württemberg für den Zeitraum 2012 bis 2016 ... lediglich rund 450 Millionen € für Bedarfsplanmaßnahmen zur Verfügung. ... Insofern kann ich die von Ihnen vorgeschlagene Zeitschiene,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

in der Baubeginne von fünf Maßnahmen im Jahr 2014 vorgesehen sind, bei der derzeitigen Finanzplanung nicht bestätigen.

Zudem hieß es in einem Schreiben des Bundesverkehrsministeriums vom November letzten Jahres – Stichwort Winden; Ihnen allen bekannt –:

Wie bereits bei der Planbesprechung im Mai und Oktober in Freiburg besprochen

– das bestätigt nochmals den Minister –

stimme ich der vorzeitigen Ausführung der beiden Bahnbrücken im Zuge der Ortsumgehung Niederwinden nicht zu, da ein Baubeginn für die Gesamtmaßnahme derzeit finanziell nicht darstellbar und ... nicht absehbar ist.

Meine Damen und Herren von der CDU, dann fordern Sie, damit hätte man beginnen können, obwohl der Bundesverkehrsminister gleichzeitig sagt: „Nein, das mache ich nicht.“

So können wir nicht miteinander umgehen. Hier muss mehr Ehrlichkeit ins Spiel.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Noch etwas. Herr Haußmann, wir haben kein Problem bei der Planfeststellung. Wir haben eine Planfeststellungshalde. Wir haben – wie viele sind es? –

(Minister Winfried Hermann: 1,3 Milliarden €!)

Planfeststellungen im Umfang von insgesamt 1,3 Milliarden €. Wir arbeiten alle Planfeststellungen, die laufen, korrekt ab. Das tut diese Bauverwaltung. Da können Sie jeden Abteilungsleiter fragen. Das ist nicht das Problem. Wenn eine Straße planfestgestellt ist, braucht man noch ein knappes Jahr, um sie baureif zu machen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es gibt aber schon viele baureife!)

Genau in diesem Timelag liegt das Dilemma, wenn der Bund am Jahresende kommt und sagt: „Hoppla, jetzt bekommt ihr noch einmal geschwind Geld.“

Zusammengefasst: Sie können darauf setzen, dass wir, die SPD und die grün-rote Regierung, alles tun werden, damit jeder Euro für den Straßenbau eingesetzt wird. Wir haben noch nie so viel Volumina umgesetzt wie dieses Jahr. Dann kom-

men Sie daher und sagen, wir wollten keine Straßen bauen. Es ist ein Höhepunkt an Absurdität, wenn man für Straßen Geld ausgibt wie noch nie, dass Sie uns erklären, man wolle die Straßen nicht bauen, nur weil es einmal nicht gelungen sei, diese Gelder abzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das schminken Sie sich ab. Wir können gern streiten, jedoch auf der Basis einer ehrlichen Grundlage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Dankenswerterweise habe die beiden Abgeordneten klargelegt, was wir alles unternommen haben. Übrigens: Auch der Ministerpräsident hat mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer über die A 3 gesprochen und deutlich gemacht, dass wir bereit sind, die Straße zu bauen, wenn wir eine Baufreigabe bekommen. Deswegen noch einmal der Brief.

Nicht nur wegen dieses Projekts, sondern auch wegen anderer Projekte bin ich nächste Woche bei Bundesminister Dörbrink. Sie können sicher sein: Wir sind in regelmäßigem Kontakt mit dem Bund. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen auch viel mit dem Bund zusammen machen.

Des Weiteren ist nach den Fremdvergaben gefragt worden, weil bisweilen immer wieder gesagt wird, man könne doch nach außen vergeben, dann könne man das abwickeln. Wir haben im Bereich der Planungen bereits 90 % Fremdvergaben. Da ist man absolut an der Grenze. Wir haben im Bereich der Baubegleitung, des Baumanagements, also Bauleitung, 40 bis 50 %. Auch da sagen viele Experten: Mehr geht kaum.

(Glocke der Präsidentin)

– Nein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was heißt eigentlich „nein“? Sie nehmen sich sämtliche Redezeit und lassen keine Zwischenfragen zu!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Deswegen die Ansage: Wenn wir weiterhin kontinuierlich und verlässlich Straßenbau betreiben wollen, dann werden wir nicht umhinkommen, die Frage zu beantworten, mit welchem Personal und wie wir das machen wollen.

Ich sage schon jetzt: Wir brauchen qualifiziertes Personal, damit wir diese Ansprüche einlösen können.

Letzter Punkt: Es ist immer wieder gefragt worden: Warum haben Sie die Mittel nicht abgerufen? Es ist und bleibt ein Hauptpunkt, ob ich Baustellen offen habe, in die ich hineinbauen kann. Wenn Sie dann fragen, warum es die anderen geschafft haben: Sie hatten offenbar Genehmigungen, das zu bauen, und haben das ausnutzen können.

(Minister Winfried Hermann)

Im Übrigen ist die Statistik der Ausgleichsmittel für Baden-Württemberg in all den Jahren so schlecht nicht. Wir haben im letzten Jahr 74 Millionen € zusätzlich abgenommen; 2011 waren es 69 Millionen €. 2010 – noch zu Ihrer Zeit – haben Sie übrigens 79 Millionen € abgerufen, jedoch 2009 beispielsweise nur 16 Millionen €. Zu Zeiten, als Herr Mappus in diesem Ministerium noch etwas zu sagen hatte, waren es schon einmal 0,9 Millionen € an Ausgleichsmitteln. War das sehr erfolgreich?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wann war das?)

– Das war 2004 und 2005. Da waren es gerade einmal 15 Millionen €.

Diese Mittel waren nie kalkulierbar, sie haben immer geschwankt. Ich mache Ihnen da keinen Vorwurf. Jedoch so zu tun, als hätte man das Geld fest in der Hand, ist ein großer Fehler. Das ist eine Täuschung, und davon sollten Sie Abstand nehmen. Nehmen Sie überhaupt Abstand von Ihrer Versprechungspolitik. Kehren Sie um zu einer ordentlichen, seriösen Finanzierung von Infrastruktur.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eine Unverschämtheit! Er nimmt sich einfach Redezeit und lässt niemanden mehr dran! Das geht doch gar nicht!)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Unsere Hebammen und ihre Arbeitsbedingungen – der Bund muss jetzt diesen wesentlichen Pfeiler der Geburtshilfe stabilisieren! – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Graner das Wort.

Abg. Anneke Graner SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn mit Erlaubnis der Präsidentin aus der Hebammenberufsordnung zitieren:

Hebammen ... haben Schwangeren, Gebärenden, Wöchnerinnen und Neugeborenen Hilfe zu leisten und Rat zu geben. Dabei ist die Gesundheit der Schwangeren, Müt-

ter und Neugeborenen zu schützen und zu erhalten. Bei der Beratung sind neben medizinischen auch soziale und psychische Faktoren zu berücksichtigen.

Bis vor wenigen Jahren habe ich mir über die näheren Umstände einer Geburt wenig Gedanken gemacht. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich jetzt sagen: Hebammen leisten vor, während und nach der Geburt unersetzliche Hilfe.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Für sicherlich alle Frauen ist eine Geburt eine Ausnahmesituation. Dabei hat die Hebamme eine einzigartige Vertrauensposition inne. Mir wurde auch bewusst, dass es nicht leicht ist, überhaupt eine Hebamme zu finden, die Vor- und Nachsorge übernimmt. Diese Erfahrung machen leider immer mehr Frauen.

Deshalb begrüße ich die heutige Debatte außerordentlich und hoffe, dass wir uns fraktionsübergreifend für den Erhalt des Berufsstands der Hebammen einsetzen werden – denn um nicht weniger geht es.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die originäre Tätigkeit der Hebammen ist die Geburtshilfe. Sie arbeiten als Beleghebammen sowie in Geburtshäusern und betreuen Hausgeburten. Sie bereiten jedoch auch Eltern – Mütter und Väter – gezielt auf die Geburt und die Elternschaft vor. Zur Pflege des Neugeborenen, zur Nachsorge der Frau kommen die Hebammen zu den Familien nach Hause. Dabei erhalten sie Einblicke in das familiäre Umfeld und können so zu einem sehr frühen Zeitpunkt weiter gehende Hilfe veranlassen. Dies ist für mich ein nicht zu unterschätzender Beitrag zum präventiven Kinderschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Bei der Nachsorge unterstützen die Hebammen Frauen aus allen Gesellschaftsschichten. Sie bieten gerade Familien mit schwierigem sozialen Hintergrund niedrigschwellige und diskriminierungsfreie Hilfestellung.

Das bislang flächendeckende Angebot der Hebammen sowohl in der Geburtshilfe als auch in der Vor- und Nachsorge müssen wir erhalten. Dazu gehört auf jeden Fall eine angemessene Vergütung der Leistungen der Hebammen. Unumgänglich ist aber auch für alle Hebammen eine Haftpflichtversicherung.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Denn ohne diese können sie schlicht nicht arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

In den letzten Jahren sind die Versicherungsprämien für freiberufliche Hebammen in der Geburtshilfe enorm angestiegen. Im Jahr 1981 waren es gerade einmal 30 €, im Jahr 2000 waren es schon rund 400 €, und in diesem Jahr ist eine Steigerung auf 5 091 € pro Jahr angekündigt worden. Begründet wird diese Entwicklung insbesondere mit den steigenden Schadenssummen und den schwer kalkulierbaren Kosten für Spätfolgen. Diese Prämie kann kaum eine Hebamme erwirtschaften.

(Anneke Graner)

Verschärft wird die Situation dadurch, dass ein Versicherer seinen Ausstieg aus den zwei Konsortien angekündigt hat, die den Versicherungsschutz für alle Hebammen in Deutschland anbieten. Ob es künftig überhaupt noch einen Anbieter für die Berufshaftpflichtversicherung der Hebammen gibt, ist ungeklärt.

Die Lage ist also ernst, und der Handlungsbedarf ist akut.

Es ist eine politische Entscheidung, ob wir Müttern weiterhin die Wahl zwischen einer Hausgeburt, einer Geburt im Geburtshaus und einer Geburt in einer Klinik ermöglichen. Wenn wir uns dafür entscheiden – dafür treten wir ein –, dass Frauen weiterhin diese Wahlfreiheit haben, dann muss die Frage der Haftpflichtversicherung geklärt werden, und zwar zügig und nachhaltig. Denn sonst machen nach und nach die Hebammenpraxen zu. Es ist bald schlicht zu spät, und dann wird unsere gute Infrastruktur auch und gerade im Bereich des präventiven Kinderschutzes zerstört sein.

Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass Ministerin Altpeter bereits reagiert und mit einem Antrag über den Bundesrat an den Bundestag appelliert hat. Der Abschlussbericht der interministeriellen Arbeitsgruppe im Bund zu diesem Thema soll in den nächsten Wochen vorgelegt werden. Dann muss auf Bundesebene zügig und entschlossen gehandelt werden. Wir unterstützen den Vorschlag einer Haftungsobergrenze und eines staatlich finanzierten Hilfsfonds für darüber hinausgehende Schäden.

Herr Gröhe, finden Sie baldmöglichst eine grundsätzliche und nachhaltige Lösung!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Brunnemer.

Abg. Elke Brunnemer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Graner hat ein Thema aufgegriffen, das nicht nur uns hier bewegt, sondern das die Große Koalition auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat. Am vergangenen Freitag wurde dieses Thema aktuell im Bundesrat diskutiert.

Meine Damen und Herren, wir sind uns fraktionsübergreifend einig, dass die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe sowie eine angemessene Vergütung der Hebammen wichtig sind; wir alle unterstützen das.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Denn klar ist: Die Hebammen leisten eine sehr anspruchsvolle und sehr wertvolle Arbeit, die unverzichtbar ist. Hebammen begleiten die Schwangerschaft, leisten Geburtshilfe, helfen den jungen Müttern, mit der neuen Situation zurechtzukommen. Das muss erhalten bleiben, und das muss ausgebaut werden.

Deswegen ist es auch für uns, die CDU, sehr wichtig, dass die Entscheidung bei der werdenden Mutter liegt, ob sie zu Hau-

se, in einem Geburtshaus oder – ambulant oder stationär – in einem Krankenhaus entbinden möchte. Um den Wunsch der werdenden Mutter zu erfüllen, brauchen wir die freiberuflichen Hebammen.

(Beifall des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Es geht um deren finanzielle Situation. Wir müssen ein besonderes Augenmerk auf die Haftpflichtversicherung legen. Frau Graner hat es gesagt: Die Berufshaftpflichtversicherungsprämien für Hebammen steigen seit Jahren. Derzeit sind nur wenige Versicherungsunternehmen bereit, solche Haftpflichtversicherungen abzuschließen. Zu befürchten ist, dass bald gar kein Versicherungsunternehmen mehr dazu bereit ist.

Es geht immerhin um eine Summe von etwa 4 000 bis 5 000 € pro Jahr, die die Haftpflichtversicherung die freiberuflichen Hebammen kostet. Eine Erhöhung dieser Prämien um etwa 15 bis 20 % ist zu befürchten. Das können die Hebammen kaum tragen; das ist für sie nicht mehr wirtschaftlich.

Deshalb brauchen wir – und zwar schnellstmöglich – eine Lösung. Denn die Unsicherheit, in der sich die Hebammen im Moment befinden, ist nicht akzeptabel. Wir brauchen eine nachhaltige Lösung dieser Haftpflichtproblematik, damit die Versorgung durch Hebammen dauerhaft gesichert ist.

Derzeit laufen in Berlin Gespräche. Denn dort gilt es zu handeln. Es gibt im Moment eine interministerielle Arbeitsgruppe. Sie stimmt gerade den Abschlussbericht ab. Das Ergebnis soll in Kürze vorgelegt werden. Der Gesundheitsminister ist mit den Verantwortlichen – das sind die Hebammenverbände, das ist die Versicherungswirtschaft, und das ist der GKV-Spitzenverband – im Gespräch.

(Das Handy des Abg. Ulrich Müller CDU klingelt. – Zuruf von der SPD: Das ist der Wecker! – Unruhe)

Schließlich hat auch der Bundesrat eine Entschließung an die Bundesregierung gerichtet.

Ich glaube, die ersten Schritte sind getan. Jetzt geht es zunächst einmal darum, dass die Hebammen eine kurzfristige Lösung in Form eines stabilen Gruppentarifs erhalten. Aber es geht auch darum, eine langfristige Lösung zu finden. Hierzu wäre zu prüfen, ob durch die Schaffung einer erweiterten Trägerhaftung oder die Schaffung eines steuerfinanzierten Haftungsfonds eine Absicherung des Haftungsrisikos in der Geburtshilfe erreicht werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fazit ist: Das Thema ist in Berlin in der Mache. Es gilt, dort jetzt schnellstmöglich eine taugliche Lösung zu finden. Wir, die Vertreter unserer Fraktion, drängen in Berlin darauf. Denn wir wollen eine schnelle, eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik, damit die Versorgung mit Hebammen dauerhaft gesichert ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Mielich.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist dies – das erkennt man, wenn man meine Vorrednerinnen Frau Graner und Frau Brunnemer gehört hat – ein überfraktionelles, ein interfraktionelles Thema, und es gibt die Bereitschaft, sich damit konstruktiv auseinanderzusetzen. Das ist gut so.

Die heutige Debatte hat das Thema „Unsere Hebammen und ihre Arbeitsbedingungen“ mit dem Zusatz: „Der Bund muss jetzt diesen wesentlichen Pfeiler der Geburtshilfe stabilisieren!“ Ja, das muss der Bund in der Tat, und es wird allerhöchste Zeit.

Seit 2010 besteht diese prekäre Situation bei den Hebammen. Der Berufsverband weist immer wieder mahnend darauf hin, dass die Haftpflichtprämien so hoch steigen, dass eine wirtschaftliche Tätigkeit überhaupt nicht mehr möglich ist; das ist nicht sinnvoll und nicht zu vertreten. Die Konsequenz ist, dass immer mehr junge Frauen aus diesem Beruf aussteigen, ihre Tätigkeit frühzeitig beenden, und dass auch immer weniger Personen die Ausbildung machen.

In Stuttgart ist das gerade konkret diskutiert worden. Beispielsweise drohte dem Geburtshaus in Stuttgart-Mitte die Gefahr, nicht mehr weiterarbeiten zu können, weil nicht mehr genügend Hebammen da sind, weil nicht mehr genügend Hebammen bereit sind, diese Arbeit zu machen; denn diese Tätigkeit ist wirtschaftlich nicht mehr auskömmlich.

Damit sind wir an einem Punkt angekommen, an dem die Politik ganz deutlich sagen muss: Hier ist Handlungsbedarf, hier müssen wir alle aktiv werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle Frau Ministerin Altpeter zunächst einmal dafür danken, dass es gelungen ist – auch mit Unterstützung von Baden-Württemberg –, die Bundesratsinitiative am vergangenen Freitag zu einem wirklich großen Erfolg zu führen.

Im Zusammenhang mit dieser Bundesratsinitiative hat sich insgesamt herausgestellt, dass dies nicht nur in Baden-Württemberg ein Thema ist, sondern dass es überall ein Thema ist: Es ist an der Nordseeküste genauso brisant wie bei uns hier. Das hat dazu geführt, dass es eine überwältigende Mehrheit für diese Bundesratsinitiative gegeben hat.

In der Tat ist das Thema – wie Frau Brunnemer eben ausgeführt hat – zum Glück auch in der Bundesregierung angekommen; offensichtlich ist das anders als bei den letzten Bundesgesundheitsministern der FDP. Zumindest Bundesgesundheitsminister Gröhe macht dies zu seinem Thema und versieht es mit dem entsprechenden Nachdruck. Das geschieht also parteiübergreifend, und das ist gut so.

Warum wollen wir die Hebammen stärken? Warum brauchen wir Hebammen? Hebammen und Geburtshilfe – das hat Frau Graner eben schon sehr deutlich ausgeführt – sind untrennbar miteinander verbunden. Darum ist das Wegbrechen dieser Berufsgruppe in der Tat nicht vergleichbar mit einer Diskussion darüber, wie es um andere Berufsgruppen steht. Hebammen sind mit ihrer Tätigkeit ein Garant für die ganzheitliche Be-

gleitung und Unterstützung von schwangeren Frauen. Hebammen sind auch das Symbol für das beginnende Leben und in ihrer Struktur eine Ermutigung für Frauen, Kinder zu bekommen. Darum ist die mentale Botschaft in dieser Debatte ganz zentral.

Wie viel ist uns eine ganzheitliche, natürliche Geburtshilfe wert? Wie wollen wir Frauen im Land weiterhin die Entscheidungsmöglichkeit zugestehen, auf welche Weise sie ihre Kinder bekommen? 97 % der Frauen – das wissen wir – gehen dafür in die Klinik. Aber auch sehr viele Frauen, die in der Klinik entbinden, brauchen die Unterstützung von Hebammen. Die Beleghebammen in den Kliniken sind natürlich ein ganz wichtiger Bestandteil und eine Garantie für die ganzheitliche Begleitung.

Das muss erhalten werden. Wir sind angetreten, dies zu tun. Insgesamt kann man sagen, dass die freie Wahl in der Gesundheitsversorgung ein ganz zentraler Bestandteil ist, den wir alle auch immer hochhalten. Wir sprechen von einer freien Arztwahl, wir sprechen von einer Therapiewahl, und wir sprechen z. B. auch von einer freien Klinikwahl. Das ist unstrittig, und das wird auch angenommen.

Wir wollen, dass die Wahlfreiheit auch bei der Geburtshilfe möglich bleibt. Deshalb brauchen wir eine politische Lösung, die sowohl kurzfristig als auch mittelfristig und langfristig die Botschaft vermittelt: „Wir sehen das Problem; wir wollen, dass die Akteure an einen Tisch kommen.“ Wir wollen zunächst eine kurzfristige Lösung, wir brauchen aber auch ganz dringend eine mittel- und langfristige Lösung.

Wir glauben, dass es notwendig ist, sehr schnell zu handeln, und dass deutlich geworden ist, was passiert, wenn nicht gehandelt wird. Dann nämlich wird dieser Berufsstand in Gänze perspektivisch wegbrechen, und zwar schon sehr bald, nämlich zum 30. Juni 2015. Es ist also ein Handlungsdruck entstanden, der auch notwendig ist, damit sich alle Akteure bewegen. Genau das ist wichtig.

Wir wollen mit dieser Bundesratsinitiative das Signal setzen, dass es uns wichtig ist, die Geburtshilfe insgesamt zu stärken. Ich möchte in diesem Rahmen noch einmal auf die Kampagne zur Stärkung der natürlichen Geburt hinweisen, die hier im Landtag beschlossen worden ist, die wir nächste Woche starten werden und die genau das zum Ziel hat: Wir wollen die natürliche Geburt stärken. Hier in Baden-Württemberg konnte ein Zusammenschluss aller Akteure im Gesundheitswesen erreicht werden; sowohl die Frauenärzte als auch die Ärztekammer, die Krankenhausgesellschaft und natürlich die Hebammen und die Krankenkassen sind dabei: Sie haben mit unserer Unterstützung diese Kampagne gemeinsam auf den Weg gebracht mit dem Ziel, die natürliche Geburt zu stärken.

Die natürliche Geburt kann nur gestärkt werden, wenn auch die Hebammen gestärkt werden. Wie wir das machen können, sage ich in der zweiten Runde.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, bei diesem Thema herrscht große Einigkeit. Ich darf daran erinnern, dass wir am 3. Mai 2012 im Sozialausschuss einen Antrag der Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel zur Hebammenversorgung in Baden-Württemberg, Drucksache 15/1168, beraten haben. Meine Anregung war, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden, die ich gern vorlese:

Der Ausschuss

– der Sozialausschuss –

fordert die Krankenkassen auf, die Verhandlungen mit dem Hebammenverband wieder aufzunehmen mit dem Ziel, eine Vergütung zu vereinbaren, die auch die gestiegenen Betriebskosten und Haftpflichtprämien abbildet.

Vielleicht war es ein zeitlicher Zufall, dass genau einen Tag später, nämlich am 4. Mai 2012, der ehemalige Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr das Gutachten zur Versorgungs- und Vergütungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe veröffentlicht hat. In der Bewertung heißt es, dass Hebammen einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag für die medizinische Versorgung Schwangerer, junger Mütter und Familien leisteten; wichtig sei die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammenhilfe einschließlich der Möglichkeit – das wurde von meinen Vorrednerinnen mehrfach angesprochen – der freien Wahl des Geburtsorts. Daher ist dies hinsichtlich der Vergütung von besonderer Bedeutung.

Dieses Gutachten weist in seiner Bewertung drei wesentliche Elemente auf: Erstens gibt es – dies bezieht sich auf das gesamte Bundesgebiet – trotz sinkender Geburtenzahlen mehr Hebammen, und diese weisen eine höhere Arbeitszeit auf. Zweiter Punkt: Im Bereich der Vergütung gibt es Herausforderungen. Hier bedarf es der Differenzierung; insgesamt aber muss es zu Verbesserungen kommen. Drittens wird als ganz elementares Thema die Berufshaftpflichtversicherung genannt. Im Jahr 2012 betrug die Berufshaftpflichtversicherungsprämie pro Jahr noch 3 700 €, im Jahr 2013 4 240 €, und in diesem Jahr – wir haben es vorhin von Frau Kollegin Graner gehört – wird sie voraussichtlich über 5 000 € betragen. Sofern schon einmal ein Haftpflichtfall vorlag, steigt der Betrag nochmals um einiges. Man sieht, dass dieser Punkt die größte Herausforderung darstellt.

Jetzt ist es aber nicht so, Frau Kollegin Mielich, dass der ehemalige Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr nichts getan hätte. Es wurde das GKV-Versorgungsstrukturgesetz verabschiedet. § 134 a SGB V wurde insoweit geändert, als die Krankenkassen – die Problematik betrifft ja immer auch das Verhältnis der Hebammen zu den Krankenkassen – die Möglichkeit erhielten, auch die Aufgaben der Berufshaftpflichtversicherungen mit abzudecken. Das haben sie bisher natürlich nicht in dem Umfang getan.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das haben sie nicht gemacht!)

Aber diese Möglichkeit sieht § 134 a SGB V vor. Wir sehen, dass es bisher sowohl bei den Berufshaftpflichtversicherungsprämien als auch bei der Vergütung nicht so einfach ist. Wir

wissen, dass die Verhandlungen – nicht nur, was die Hebammen betrifft, sondern auch in vielen anderen Bereichen – nicht immer einfach sind.

Beispielsweise wurde hinsichtlich der Vergütung die Schiedsstelle angerufen. Es hat lange gedauert, einen Schiedsspruch zur Vergütung zu erreichen. Schon das war nicht ganz einfach. Da hat sich im letzten Jahr einiges getan, was die Vergütung anbelangt. Aber nach wie vor bleibt das Problem der Versicherungsprämien – ein ganz entscheidendes Problem – bestehen.

Frau Kollegin Brunnemer hat darauf hingewiesen, dass Daniel Bahr eine interministerielle Arbeitsgruppe einberufen hat. Die Ergebnisse werden jetzt in den nächsten Tagen vorliegen. Ich glaube, ein wichtiger Handlungsauftrag für den neuen Bundesgesundheitsminister wird sein, diese Bewertungen mit einfließen zu lassen.

Wir begrüßen die Bundesratsinitiative und die Entschließung des Bundesrats, die zum Ausdruck bringt, dass wir, wenn die Kassen in diese Thematik nicht einsteigen, dringend andere Lösungen brauchen, beispielsweise, wie im Bundesratsbeschluss vorgeschlagen, einen steuerfinanzierten Haftungsfonds. Denn sonst wäre die Folge, dass es irgendwann kaum noch Hebammen gibt, da ihre Leistungen kaum noch zu finanzieren sind.

Frau Kollegin Mielich hat das Geburtshaus in Stuttgart angesprochen. Ich freue mich, heute in der Zeitung zu lesen, dass man jetzt einen Weg sucht, um dort weiterzumachen. Zwingende Voraussetzung, um dies auch langfristig aufrechtzuerhalten, ist jedoch, dass das Problem der Berufshaftpflichtversicherung und der hohen Beiträge gelöst wird. Wenn die Krankenkassen dies nicht machen – was zu befürchten ist –, dann ist dies aus meiner Sicht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

In Baden-Württemberg und in Deutschland wollen wir Kinder. Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, bezüglich der Hebammen andere Lösungen zu finden. Da haben Sie die FDP/DVP-Landtagsfraktion an Ihrer Seite.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Sozialministerin Altpeter das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beruf der Hebamme ist ein angesehener und wichtiger Beruf mit einer langen Tradition und Geschichte, zum Teil sogar mit einer längeren Tradition als mancher ärztliche Beruf.

Die Arbeit der Hebammen wird von Frauen und ihren Familien sehr geschätzt. Sie leisten während der Schwangerschaft, während der Geburt sowie in den Wochen danach wichtige Arbeit. Nicht zuletzt als Familienhebammen haben sie darüber hinaus eine wichtige soziale Arbeit, insbesondere im Bereich der frühen Hilfen und des Kinderschutzes, zu leisten.

(Ministerin Katrin Altpeter)

Man könnte also meinen, hinsichtlich der gesellschaftlichen Anerkennung und der Ausweitung der Aufgaben im Bereich „Frühe Hilfe und Kinderschutz“ sei alles in Ordnung. Doch das ist mitnichten der Fall.

Hebammen brauchen für mögliche Schadensfälle eine Haftpflichtversicherung. Die Prämien für freiberuflich in der Geburtshilfe tätige Frauen sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Während 2004 der Betrag noch bei ca. 1 300 € pro Jahr lag, wird die Versicherungsprämie ab 1. Juli 2014 über 5 000 € kosten.

Der Grund dafür liegt nicht in einem Anstieg der Schadenshäufigkeit, sondern in der Tatsache, dass Gerichte in einzelnen Fällen eine immer höhere Schadensersatzzahlung festschreiben. Das ist für mich ein ganz wichtiges Argument. Denn wenn der Grund in einer höheren Schadenshäufigkeit liegen würde, so würde das implizieren, dass in diesem Bereich zunehmend weniger professionell gearbeitet würde. Das ist jedoch mitnichten der Fall. Vielmehr werden immer höhere Schadensersatzzahlungen von den Gerichten festgeschrieben.

Eine Versicherung hat nun angekündigt, zum 1. Juli 2015 aus dem letzten noch verbliebenen Konsortium auszusteigen, das Haftpflichtversicherungen für in der Geburtshilfe freiberuflich tätige Hebammen anbietet. Daher besteht die Gefahr, dass ab dem genannten Zeitpunkt die Hebammen keine Möglichkeit mehr haben, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, und damit auch keine Möglichkeit, ihren Beruf auszuüben, insbesondere was Hilfeleistungen während der Geburt anbelangt.

In den letzten Jahren haben sich wegen des Anstiegs der Haftpflichtversicherungsprämie bereits viele freiberuflich tätige Hebammen entschlossen, keine geburtshilflichen Leistungen mehr anzubieten. Manche haben den Beruf sogar ganz aufgegeben. Dadurch hat sich die Versorgung mit Hebammenleistungen bereits deutlich verschlechtert.

Falls ab dem 1. Juli 2015 hierfür tatsächlich keine Versicherung mehr angeboten würde, dürften freiberufliche Hebammen keine Geburtshilfeleistungen mehr anbieten. Dann wäre die Wahlmöglichkeit der Frauen eingeschränkt. Denn sie könnten nicht mehr frei wählen, ob sie ihr Kind in der Klinik, im Geburtshaus oder zu Hause zur Welt bringen. Hausgeburten wären praktisch nicht mehr möglich. Geburtshäuser – in dem bereits erwähnten Fall in Stuttgart hat man jetzt eine Lösungsmöglichkeit gefunden – müssten dann schließen.

Es stünde natürlich zu befürchten, dass dann noch mehr freiberufliche Hebammen ihren Beruf ganz aufgeben. Dadurch wäre mit Sicherheit die flächendeckende Versorgung mit Hebammenleistungen erheblich gefährdet, wenn nicht sogar überhaupt nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Eine tragfähige Lösung dieses Problems ist im Hinblick auf eine flächendeckende Sicherstellung der Geburtshilfe dringend nötig. Wir wissen aber auch, dass dies nur auf Bundesebene zu regeln ist. Aus unserer Sicht wäre deshalb eine Anhebung der Vergütung der Hebammen durch die Krankenkassen, die auf Bundesebene ausgehandelt wird, wünschenswert. Erhöhungen gab es zwar bereits 2012 und erneut zum 1. Januar 2014. Diese Erhöhungen haben allerdings den Anstieg der Versicherungsprämien nicht ausgleichen können.

Aus unserer Sicht müssen aber auch andere Lösungen gefunden werden, so z. B. die Schaffung eines Haftungsfonds mit der Einhaltung einer bestimmten Haftungsobergrenze. Dessen Finanzierung über die Steuer wäre für mich erst der zweite Weg. Ich finde vielmehr, dass sehr wohl zu überlegen ist, ob es nicht Aufgabe der Krankenkassen oder auch der Gesundheitskassen – wie sie heute heißen – ist, die Geburtshilfe durch Hebammen zu stärken. Denn eine Vergütung erfolgt auch, wenn die Geburtshilfe durch einen Arzt, speziell einen Gynäkologen, durchgeführt wird. Bei dem, was bei den Hebammen an Fachwissen vorauszusetzen ist, dürfte kein Unterschied gemacht werden hinsichtlich Kassenleistung oder Steuerfinanzierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Bundesgesundheitsminister Gröhe hat nun – natürlich auch aufgrund des gemeinsamen Antrags von Schleswig Holstein, Baden-Württemberg und anderen Ländern im Bundesrat – erkannt, dass für Abhilfe gesorgt werden muss. Bis heute liegen uns allerdings keine konkreten Angaben vor. Ich bin der Meinung: Den Worten müssen jetzt Taten folgen.

Insbesondere wäre es wichtig, nun die Vorschläge der interministeriellen Arbeitsgruppe zu präsentieren, sie entsprechend zu bewerten und dann rasch entsprechende Lösungsansätze zu finden und diese zügig umzusetzen. Denn die Hebammen können nicht ewig in Unsicherheit über den weiteren Verlauf ihrer Berufstätigkeit gelassen werden. Ich denke, dies ist nicht nur im Sinne der Berufsgruppe der Hebammen, sondern auch im Sinne aller Frauen, ja aller Menschen, die in Erwägung ziehen, Kinder zu bekommen. Das wollen wir alle. Lassen Sie uns daher alles tun, sie dabei zu unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Graner das Wort.

Abg. Anneke Graner SPD: Bei allem Respekt, Herr Kollege Haußmann, aber wenn der ehemalige Bundesgesundheitsminister Bahr in diesem Bereich so erfolgreich tätig gewesen wäre, würden wir diese Debatte heute nicht führen. Darauf möchte ich an dieser Stelle hinweisen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ansonsten freue ich mich über die Signale, die aus Baden-Württemberg fraktionsübergreifend nach Berlin gehen. Ich bedanke mich bei der Frau Ministerin für die Bundsratsinitiative. Ich glaube, sie ist ein ganz wichtiger Schritt, um in dieser Angelegenheit voranzukommen. Die fraktionsübergreifende Zustimmung bei diesem Thema tut den Hebammen gut, sie wertschätzt die Hebammen und ist letztlich ein gesellschaftspolitisches Signal in die richtige Richtung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Mielich das Wort.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte noch kurz auf die Rolle der FDP eingehen. Die Verlagerung der Leistung der Hebammen aus der Reichsversicherungsordnung in das Sozialgesetzbuch V war wirklich überfällig. Nur dies hat natürlich die Voraussetzung dafür geschaffen. Man muss es sich wirklich einmal vorstellen: Die Leistung der Hebammen war die einzige Gesundheitsleistung, die immer noch in der Reichsversicherungsordnung und nicht im Sozialgesetzbuch verankert gewesen ist. Daher ist das wirklich keine herausragende Leistung gewesen.

Es geht doch darum – das ist, finde ich, bei dieser Debatte sehr deutlich geworden –, dass wir dabei einen gesamtgesellschaftlichen Konsens hinbekommen. Zu diesem gesamtgesellschaftlichen Konsens gehören alle Akteure. Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der politisch Verantwortlichen, die Akteure zusammenzubringen und die Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken. Nur wenn das gelingt, werden z. B. die Kostenträger in den Vergütungsverhandlungen mit den Hebammen die Bereitschaft zu kostendeckenden und existenzsichernden Vergütungen zeigen.

Wir haben festgestellt, dass Hebammen als Berufsanfängerinnen gerade einmal 1 800 € brutto im Monat verdienen, gleichzeitig aber Haftpflichtversicherungsprämien von bis zu 5 000 € pro Jahr bezahlen sollen. Das muss man sich einmal vorstellen. Das würde bedeuten, dass eine Hebamme allein vier Monate im Jahr arbeiten muss, nur um ihre Versicherung zu bezahlen. Das kann ja wohl nicht sein.

Hier muss eine vernünftige Balance erreicht werden. Dazu braucht es in der Tat die politische Aufmerksamkeit und das politische Engagement. Das bekommen wir auf diese Weise ganz gut hin, und darüber bin ich sehr froh.

Darüber hinaus müssen wir im Land deutlich machen, dass Hebammen ein unverzichtbarer Bestandteil zur Sicherung der Versorgungsstruktur in unserem Land sind. Es wird zunehmend die Debatte darüber geführt, dass in der Versorgungslandschaft Brüche entstehen werden. Diese gibt es schon, und sie werden sich noch verstärken. Wir können nicht alle Klinikstandorte halten. Es gibt zunehmend Schließungen von Praxen niedergelassener Ärzte. Im Südschwarzwald gibt es mittlerweile so große Versorgungslücken, dass Frauen zur Entbindung ihres Kindes 100 km weit fahren müssen. Es bedarf also eines hohen organisatorischen Aufwands, um rechtzeitig an den für die Entbindung des Kindes vorgesehenen Ort zu gelangen.

Eine Aufgabe, die wir, das Land, leisten müssen, ist, dafür zu sorgen, flächendeckend eine dezentrale Geburtshilfe – und zwar nicht nur in Kliniken, sondern z. B. auch in Geburtshäusern – sicherzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir müssen für eine angemessene Anerkennung dieser Leistungen sorgen. Die Hebammen müssen zu gleichberechtigten, selbstbewussten Playerinnen im Gesundheitswesen werden. Das bedeutet auch, dass wir die Debatte über die Akademisierung des Hebammenberufs stärker voranbringen müssen. Das ist eine Forderung, die die Hebammen schon sehr lange an uns herantragen und der wir im Land Rechnung tragen müssen. Mit einer Akademisierung des Hebammenberufs können

wir auch die Gesundheitsberufe insgesamt auf ein höheres Niveau stellen und vielleicht auch erreichen, dass schon während der Ausbildung, während des Studiums eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen Medizinerinnen und Hebammen möglich ist. Auf diesem Weg lernen sie sich kennen und können voneinander lernen und sich wertschätzen.

Ziel der heutigen Debatte muss sein, dass wir feststellen: Wir brauchen die Hebammen als unverzichtbaren Bestandteil der Versorgungsstruktur und als unverzichtbaren Bestandteil der Geburtshilfe.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich nicht mehr ans Rednerpult treten. Die Debatte verlief fast harmonisch, weil wir das gleiche Ziel haben. Aber Kollegin Graner und Kollegin Mielich haben mich bewogen, jetzt noch einmal kurz ans Rednerpult zu treten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Trau, schau, wem!)

Wir nehmen ja viel Asche auf unser Haupt. Wir haben auch die Verantwortung des Defizits von 11 Milliarden € im Gesundheitswesen übernommen, das die vorherige Bundesregierung der Koalition von CDU/CSU und FDP hinterlassen hat.

(Vereinzelte Beifall – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Da will ich gar nicht tiefer einsteigen.

Aber ich will einfach noch einmal darauf hinweisen: Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz im Zusammenwirken mit der Regelung in § 134 a SGB V hat die Möglichkeit eröffnet, die Vergütungen zu verbessern, auch im Hinblick auf die Haftpflichtversicherungsprämien. Am 4. Mai 2012 wurde das Gutachten veröffentlicht. Es gab dann langwierige Verhandlungen. Die Kassen hatten sich da nicht bewegt. Es gab dann ein Schiedsverfahren, das bis April 2013 gedauert hat. Ich erwähne das, um die Historie ein bisschen zu beleuchten. Der dann erfolgte Schiedsspruch beinhaltete eine Erhöhung der Vergütung um 15 %. Das reicht natürlich nicht, um die Versicherungsprämien abzudecken. Im Jahr 2015 kommen noch einmal 5 % hinzu, wenn man sich auf Qualitätssicherungsstandards einigt. Ferner hat man sich auf eine Steigerung der Betriebskostenpauschale – das ist ein blödes Wort, aber es heißt halt so – von 550 auf 700 € pro Geburt geeinigt.

Jetzt geht es natürlich weiter. Jetzt kommen wir zum Thema. Ich teile da die Meinung der Sozialministerin: Es ist zunächst einmal Aufgabe der Kassen, die Prämien zu zahlen. Nur stellt sich die Frage: Wie lange warten wir? Wenn wir da noch einmal ewig warten, dann riskieren wir, dass in Baden-Württemberg und bundesweit viele Hebammen ihre Tätigkeit nicht mehr weiterführen können und z. B. das Stuttgarter Geburtshaus nicht mehr weitergeführt wird. Deswegen müssen wir natürlich nach Alternativen suchen. Denn da geht es um die Versorgung von schwangeren Frauen, von jungen Müttern und

(Jochen Haußmann)

Familien. Deswegen müssen wir die Alternative durchaus auch unterstützen. Wenn es mit den Kassen nicht vorangeht und lange dauert, müssen wir vielleicht über steuerfinanzierte Haftpflichtfonds nachdenken.

Gestatten Sie mir deswegen die Anmerkung, dass Sie vieles auf die FDP schieben können, aber wirklich nicht alles.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Okay, okay, okay!)

In diesem Fall trifft der Vorwurf mit Sicherheit nicht zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Baden-Württemberg braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerbildung – Drucksache 15/3322 (Geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung des Antrags erteile ich Frau Abg. Kurtz für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie erinnern sich sicherlich alle hier im Haus: Die Landesregierung hatte eine Expertenkommission zur Lehrerbildung unter dem Vorsitz von Frau Volkholz aus Berlin eingerichtet. Diese Dame hat uns empfohlen, in Baden-Württemberg den Einheitslehrer einzuführen. Dieses fatale Vorhaben ist jetzt zum Glück vom Tisch. Aber wir, die CDU, sind immer noch in Sorge darüber, was die Landesregierung bei der Lehrerbildung eigentlich vorhat. Denn es scheint uns weiterhin ein ziemlich unausgeglichenes Stückwerk zu sein, was bisher bekannt wurde. Noch immer scheint es bei der Lehrerbildung hauptsächlich um die Umsetzung der Gemeinschaftsschule zu gehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Lehrerinnen und Lehrer sollen zu Lernbegleitern werden; das haben wir schon häufig gehört. Wir sind froh, dass es wohl weiterhin ein eigenständiges Gymnasiallehramt geben soll und auch das Sonderschullehramt erhalten bleiben soll. Das entspricht zwei ganz zentralen Forderungen, die die CDU-Fraktion gestellt hatte.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Trotzdem haben wir es gemacht!)

Aber das ist schon fast alles, was wir dazu wissen. Wir wissen noch, dass das Lehramtsstudium auf das System mit Bachelor und Master umgestellt werden soll.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Es wird in diesem Bereich also kein Erstes Staatsexamen mehr geben. Aber mehr scheint die Regierung auch nicht zu wissen.

Meine Damen und Herren, die jungen Menschen, die Lehrerinnen bzw. Lehrer werden wollen, werden derzeit völlig im Unklaren darüber gelassen, wie sich diese Ausbildung zukünftig gestalten soll. Wer demnächst ein Studium in diesem Bereich aufnimmt, weil er Kinder unterrichten will, weiß nicht genau, wie dieses Studium ablaufen soll.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was?)

So werden nach den Schülerinnen und Schülern nun auch die Studierenden in diesem Land zu Versuchskaninchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Sie müssen ein Studium aufnehmen, ohne genau zu wissen, wie sich das abspielt.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das stimmt schlichtweg nicht! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie kommen nicht in den Himmel! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die Regierung will dann nach und nach einmal schauen, was sie wie verändern will. Der Ministerpräsident selbst hat bei der Pressekonferenz am 3. Dezember, bei der er die Eckpunkte zur Lehrerbildung vorgestellt hat, gesagt: Der Prozess soll jetzt erst einmal anlaufen. Wir arbeiten alles nacheinander ab, aber nicht parallel. Jetzt kommt erst einmal die Struktur. – Also wieder einmal geht es Grün-Rot um Struktur

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und nicht um Inhalte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist wirklich fatal.

Es soll einen sogenannten polyvalenten Bachelor geben, und erst im Masterstudium geht es darum, sich wirklich auf den eigentlichen Beruf als Lehrer vorzubereiten. Aber es ist noch völlig unklar, wie der Übergang vom Bachelor auf den Master im Einzelnen gestaltet werden soll. Fehlanzeige – keine Ahnung. Gibt es da ein Nadelöhr, einen Flaschenhals? Wer darf eigentlich weiterstudieren?

Wie gelingt es uns – da waren wir uns alle einmal einig –, die Studierenden schon ganz früh und noch besser auf ihren Beruf vorzubereiten? Wie bekommen wir mehr Didaktik, Pädagogik und Bildungswissenschaft in das Studium, und zwar von Anfang an? Auch dazu gibt es keine Aussagen.

Über die Frage: „Wie gewinnt man die Besten eines Jahrgangs für diesen Beruf?“ machen Sie sich anscheinend gar keine Gedanken. Die Regierung hat extra eine Reise nach Finnland unternommen, um sich dort zu informieren. Sie wissen: Dort gibt es einen sehr aufwendigen Auswahlprozess zu Beginn des Studiums, und nur die Besten werden Lehrerinnen und Lehrer. Bei uns macht man sich noch nicht einmal Gedanken darüber, so etwas einmal auszuprobieren.

(Sabine Kurtz)

Unklar bleibt auch völlig – neben dem Übergang vom Bachelor zum Master –, wie der Übergang vom Studium zum Referendariat gestaltet werden soll. Es gibt dann kein Staatsexamen mehr. Über die Dauer des Referendariats macht man sich ebenfalls keine Gedanken, ebenso wenig darüber, ob die 18 Monate dann noch reichen,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Frage ist doch, ob die heutige reicht!)

all das im Referendariat unterzubringen, was man an Didaktik, Pädagogik und Bildungswissenschaft im Studium nicht machen kann. Auch das ist völlig unklar.

Die Referendare müssen dann verschiedene Schularten durchlaufen, damit sie auf die Gemeinschaftsschule vorbereitet sind. Es wird keine Aussage darüber gemacht, wo das stattfinden soll und wie lange ein Referendar jeweils an einer Schule bleibt. Das sind wirklich ernsthafte Fragen, aber Sie lassen uns und auch die Öffentlichkeit dabei völlig im Dunkeln. Das Einzige, was Sie noch verraten haben, betrifft wieder die Strukturen: Die Studierenden sowohl von den Pädagogischen Hochschulen als auch von den Universitäten sollen im Masterstudium zusammengefasst werden, sollen gemeinsam studieren – wie auch immer.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Gemeinsam ist doch nicht schlecht!)

Da ist die Rede von Schools of Education oder von anderen Formen der Kooperation. Aber wie sich das genau gestalten soll – keine Ahnung. Wer soll das entwickeln? Und eine weitere sehr wichtige Frage: Wer soll das bezahlen? Sie schauen immer auf den Bund und erwarten Hilfe aus einem bundesweiten Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Das ist sicherlich ein guter Ansatz; aber das sind keine dauerhaften Mittel, mit denen wir rechnen können.

Ich sage es ganz deutlich: Wir von der CDU halten es grundsätzlich für eine gute Idee, das, was an Kompetenz und Profil an den Pädagogischen Hochschulen und an den Universitäten vorhanden ist, zu bündeln, um es allen Studierenden zugutekommen zu lassen. Denn wir brauchen einerseits eine wirklich fundierte fachwissenschaftliche Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, aber wir brauchen andererseits auch das andere, nämlich das, was insbesondere an den Pädagogischen Hochschulen vorgehalten wird.

Schon heute gibt es Kooperationen zwischen den beiden Hochschultypen. Wenn man jedoch genau hinschaut, sind das meist Hochschulen, die in unmittelbarer Nachbarschaft liegen. Da ist es kein Problem, dass entweder die Studierenden oder die Lehrenden pendeln.

Das gilt aber nicht für alle Hochschulen im Land. Wir haben eine breit gefächerte Hochschullandschaft, und wir sind sehr stolz darauf, dass wir auch Hochschulen im ländlichen Raum und abseits von Ballungsgebieten haben. Dort sind solche Kooperationen jedoch nicht möglich.

Man fragt sich schon: Wie stellen Sie sich das im gesamten Land vor? Haben wir dann Lehrerausbildung mit unterschiedlichem Niveau? Haben wir dann in Baden-Württemberg eine Lehrerausbildung erster und zweiter Klasse? Soll es vielleicht

an einigen Standorten nur noch möglich sein, das Bachelorstudium für das Lehramt zu absolvieren? All das ist völlig unklar, und Fragen dazu werden in der Stellungnahme zu unserem jüngsten Antrag nicht beantwortet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wissen es selbst nicht! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die CDU war immer dagegen, dass es einen Flaschenhals gibt. Wir haben immer großen Wert darauf gelegt, dass das Lehramtsstudium ein einheitliches ist und auch das Referendariat mit umfasst. Aber jetzt wird es wohl diesen Flaschenhals, dieses Nadelöhr, an zwei Stellen geben. Das halten wir nicht für klug.

Sie entlassen die Lehramtsstudenten möglicherweise mit einem Bachelorabschluss auf einen Arbeitsmarkt, den es noch gar nicht gibt, oder nehmen in Kauf, dass sie andere Kräfte aus ihrem bisherigen Wirkungsfeld verdrängen.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Bisher finden wir das Konzept ganz und gar nicht rund und schlüssig. Frau Ministerin, Herr Minister, da liegt einfach sehr vieles im Vagen und ist völlig unausgegoren. Man hat den Eindruck, dass der Kultusminister sich ziemlich zurückhält. Bisher ist alles nur Sache der Wissenschaftsministerin. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der hat andere Sorgen!)

Ich finde, Sie haben auch für Ihre zukünftigen Beamten eine Art Fürsorgepflicht. Sie haben gestern bei der Vorstellung des IQB-Ländervergleichs selbst gesagt und auch bestätigt bekommen, dass der Lehrer für den Unterricht elementar wichtig ist. Es kommt also auf den Lehrer an. Denn nur der Lehrer bzw. die Lehrerin machen den guten Unterricht, den wir für die entsprechenden Ergebnisse brauchen. Aber Ihnen fällt nichts anderes ein, als sich nur zu Strukturfragen zu äußern. Der Inhalt bleibt wieder völlig außen vor.

Noch einmal: Wir sind froh, dass Sie sich vom Einheitslehrer verabschiedet haben und es das eigenständige Gymnasiallehramt

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist noch nicht sicher!)

und das Sonderschullehramt weiterhin geben wird. Da haben Sie klug entschieden und sind unseren Vorschlägen gefolgt. Auch mit der grundsätzlichen Umstellung auf Bachelor und Master können wir leben. Sie sind aber wieder auf halber Strecke stecken geblieben. Auf jeden Fall lassen Sie die Öffentlichkeit völlig im Unklaren über Ihre Vorhaben. Vielleicht erfahren wir heute mehr. Das Thema steht auf der Tagesordnung, damit Sie die Gelegenheit haben, die staunende Öffentlichkeit über Ihre Vorhaben zu informieren.

Ansonsten machen wir uns wirklich große Sorgen über die Attraktivität des Lehrerberufs – und das in Zeiten, in denen sich alle Berufszweige Sorgen machen müssen, wie sie ihren Nachwuchs rekrutieren. Der Lehrerberuf muss attraktiv bleiben. Denn wir brauchen gute Lehrer für guten Unterricht für

(Sabine Kurtz)

bestens qualifizierte Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kurtz, nehmen wir die Daueraufregung der Opposition im Bildungsbereich,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Nicht nur der Opposition! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aller Lehrerverbände! – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

also das Grundrauschen, das seit fast drei Jahren mit den Schlagwörtern „Einheitsschule, Einheitslehrer, Gleichmacherei“ durchs Land geht, das alle bildungspolitischen Debatten überschattet

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Überlagert!)

wie ein Filter, weg und schauen uns an, was der CDU-Landesvorstand letztes Jahr beschlossen hat. Ich zitiere:

Junge Lehrerinnen und Lehrer sehen sich aber häufig unzureichend auf ihren beruflichen Alltag vorbereitet. Trotz der Praxisanteile im Studium stellt sich die erste Erfahrung im Beruf für sie neu und anders dar. Die Universitäten orientieren sich zu wenig an den Anforderungen des späteren Berufs der Lehramtsstudierenden; die Pädagogischen Hochschulen sind dagegen fachwissenschaftlich nicht in dem Maße ausgewiesen. Eine Vorbereitung auf die wachsende Inklusion an den Regelschulen gibt es bislang nicht.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Wo ist Ihre Antwort?)

Die Eignungsüberprüfung für den Lehrerberuf findet noch immer nicht systematisch statt.

In diesem Papier kann ich viel unterschreiben.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das habe ich doch auch gerade gesagt!)

Es liest sich aber so, als ob Sie 50 Jahre in der Opposition gewesen wären, Frau Kurtz. Das ist aber nicht so.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das ist schon verwunderlich, und deshalb auch meine Bitte, diese Aufgeregtheit aus der Bildungspolitik herauszunehmen.

(Zuruf von der CDU: Wer hat sie denn hineingebracht?)

Es ist klar, Sie sind nicht der Ansicht, dass man eine Gemeinschaftsschule einführen und entsprechend die Lehrerbildung mit einbeziehen soll.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das kann ich verstehen. Aber Sie sind doch in der Lehrerbildung 2010 selbst so vorgegangen, als Sie die Realschullehrerbildung mit der Haupt- und Werkrealschullehrerbildung zusammengeführt haben. Damit haben Sie sich selbst vom dreigliedrigen Schulsystem verabschiedet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch ein bisschen ehrlicher! Wir sind bei diesem Thema, was die Lehrerbildung betrifft, mit Blick auf diesen Konsens, der in den Eckpunkten gefunden wurde, gar nicht so weit auseinander. Das muss man doch ehrlicherweise sagen.

Ich muss Ihnen auch sagen: Wir Grünen wären beim Thema Lehramt gern noch mutiger vorangeschritten.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie blockieren sich gegenseitig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind die Sozialdemokraten die Bremser?)

– Herr Röhm, auch Sie wissen, dass man sich innerhalb einer Koalition politisch immer wieder verständigen muss. Ich muss auch sagen: Es ist gut, dass wir bei diesen Punkten eine Verständigung erreicht haben.

Einen Punkt hat die CDU offensichtlich noch nicht verstanden; Frau Kurtz, dies gilt auch für den vorliegenden Antrag. Die CDU hat noch nicht verstanden, wie wichtig die Umstellung der Studienabschlüsse vom Staatsexamen auf Bachelor und Master ist. Diese Umstellung trägt nämlich dazu bei, dass wir in der Lehrerbildung nun tatsächlich Polyvalenz bekommen. Jeder, der selbst in der Lehrerbildung tätig ist oder war oder mit der Problematik der Unterrichtsversorgung durch die Kolleginnen und Kollegen befasst ist, weiß, dass diese Polyvalenz der entscheidende Dreh- und Angelpunkt ist, um die Lehrerbildung tatsächlich zu reformieren. Denn wir müssen diese Ausbildung so reformieren, dass sie keine Sackgasse mehr ist. Frau Kurtz, die Lehrerbildung darf nicht in eine Sackgasse führen; ein Lehrer muss die Möglichkeit haben, sich in anderen Bereichen zu qualifizieren, um auch eine berufliche Tätigkeit außerhalb der Schule ausüben zu können.

(Unruhe)

Ich möchte Ihnen hierbei auch die vielen Untersuchungen, die es zum Thema Lehrergesundheit bereits gibt, ans Herz legen. Dabei geht es auch um die Frage, wie sehr sich Lehrer überfordert fühlen und inwieweit sie in ihrem Beruf tatsächlich angekommen sind. In der Lehrerbildung müssen Alternativen geschaffen werden.

Durch die Reform der Lehrerbildung, wie wir sie nun vornehmen, wird genau dieser zentrale Punkt auf den Weg gebracht. Ich würde mir – auch vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Bildungslandschaft – wünschen, dass alle von uns diese Prozesse mit begleiten. Denn wir alle können kein Interesse daran haben, dass, wie es die Schaarschmidt-Untersuchung ergeben hat, die Lehrerschaft zu einem Drittel ausgebrannt ist und sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in ihrem Beruf eigentlich nicht mehr zurechtfinden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann verlängern Sie doch das Referendariat!)

(Siegfried Lehmann)

Wir müssen die große Vielfalt und die Heterogenität, die wir heute vorfinden – ich verweise auch auf das Thema Inklusion –, vernünftig in die Lehrerausbildung einbauen. Das ist ein zentraler Punkt, an dem wir arbeiten. Auch was die Fachdidaktik und die Bildungswissenschaften angeht, müssen diese Bereiche an den Hochschulen gestärkt werden. Dies ist im vorliegenden Antrag gefordert worden, und dabei sind wir uns auch einig – so, wie wir uns auch einig sind, dass an den PHs der fachwissenschaftliche Aspekt gestärkt werden muss.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Just do it!)

Das brauchen wir.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Dann tun Sie es!)

An diesem Punkt sind wir uns auch einig. Daher meine Bitte: Lassen Sie die Aufgeregtheit, und verabschieden Sie sich bitte endlich einmal von den Grabenkämpfen, die Sie hier seit drei Jahren betreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Heberer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Künstlerin!)

Abg. Helen Heberer SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Kurtz, ich möchte zunächst noch einmal auf den von Ihnen immer wieder angeführten Begriff des „Einheitslehrers“ eingehen. Ich will diesen Begriff nicht verteidigen; ich finde ihn selbst unpassend. Aber mit welcher Ausschließlichkeit Sie auf einem Ausdruck herumreiten, der – in der Tat unglücklich gewählt – von einer einzelnen Person geprägt wurde, um sich in dieser Sache den guten Argumenten zu verschließen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen doch eine Schule für alle!)

das muss man allmählich schon als einseitig bezeichnen.

Sie fordern differenzierte Bildungsangebote und spezifisch ausgebildete Lehrkräfte. Da sind wir uns völlig einig. Wenn nicht immer wieder der sogenannte Einheitslehrer bei Ihnen herumspuken würde, der aus Ihrer Sicht stupide und ungebildet ist und mit Scheuklappen daherkommt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat doch keiner gesagt! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Das stimmt doch nicht! Das habe ich nie gesagt!)

dann kämen wir der Sache inhaltlich näher, und wir könnten uns tatsächlich den Themen widmen, die hier zu diskutieren sind.

Meine Damen und Herren, es gibt eine sehr interessante, länderübergreifende Studie des Bildungsforschers John Hattie, der über einen Zeitraum von 15 Jahren hinweg der Frage nachgegangen ist, welche Faktoren das Lernen erfolgreich machen und welche nicht. Hattie wertete dabei 50 000 Einzelstudien aus, an denen mehr als 250 Millionen Schüler beteiligt waren – ein immenses Pensum über 15 Jahre. Von den 138 Einflussfaktoren, die er ausmachen konnte, kristallisierte sich in allen Untersuchungen genau ein einziger Faktor als der wichtigste

heraus: Für den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern ist die Persönlichkeit des Lehrers bzw. der Lehrerin entscheidend verantwortlich.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hat Sie das überrascht? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die des Lehrers und nicht des Lernbegleiters! Des Lehrers! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

– Des Lehrers; ich habe vom Lehrer gesprochen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen den Lernbegleiter!)

Es klappt, wenn der Lehrer bzw. die Lehrerin sich als eine Art Regisseur in der Klasse versteht und den Unterricht auch mit den Augen der Kinder sehen kann und wenn er oder sie eine echte Beziehung zu den Kindern aufbaut – und natürlich das eigene Fach beherrscht. Es klappt, wenn es gelingt, Antworten auf Fragen zu finden wie: Was bedeutet Lernen im 21. Jahrhundert?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das muss in die Ausbildung hinein!)

Wie können Kinder sich das aneignen, was nötig ist, damit sie ihr Leben selbstständig und verantwortungsvoll gestalten können?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?)

Wie kann das lebenslange Lernen erlernt werden?

Wir sind mit dem Ziel angetreten, die Lehrerbildung weiterzuentwickeln, um das hohe Niveau unserer Lehrerausbildung zu halten und gleichzeitig auf die gestiegenen Herausforderungen im Schulalltag zu reagieren, also eine erstklassige Lehrerbildung sicherzustellen, und zwar mit starken Lehrerpersönlichkeiten, die im eben beschriebenen Sinn Impulse für ein erfolgreiches Lernen geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es geht also um eine Reform mit Augenmaß.

Um die angehenden Lehrkräfte besser auf die veränderten Bedingungen des Lernens und des Lehrens an der Schule vorzubereiten, sollen deren fachwissenschaftliche, fachdidaktische und pädagogische Kompetenzen natürlich weiter ausgebaut werden, und zwar in allen Studiengängen. Wir wollen, dass die zukünftigen Lehrer die Herausforderungen, die beispielsweise durch die Inklusion auf sie zukommen, gut bewältigen können, und wollen sie hierauf ganz gezielt vorbereiten.

Deshalb ist es richtig, dass Lehramtsstudenten eine sonderpädagogische Grundbildung vermittelt wird. Gleichzeitig ist uns aber auch bewusst, dass es vielfältige Formen von Behinderungen gibt, die spezielle Maßnahmen und Kommunikationsformen erfordern. Dazu ist eine spezielle Ausbildung erforderlich. Deshalb haben wir, die SPD, uns auch für den Erhalt des eigenständigen Studiengangs Sonderpädagogik eingesetzt und freuen uns, dass das nun auch so kommen wird.

Alle Lehramtsstudiengänge sollen auf ein gestuftes Studium mit Bachelor- und Masterabschluss umgestellt werden. Damit

(Helen Heberer)

können für Studierende neue Spielräume eröffnet werden; es wird eine Erhöhung der Polyvalenz und der Durchlässigkeit erreicht.

Die Eigenständigkeit der Lehramtsstudiengänge mit ihren spezifischen Profilen soll beibehalten werden: Zukünftige Gymnasiallehrer machen ihren Bachelor an der Universität, die anderen erwerben ihn an der PH. Auch künftig ist das Studium für das Lehramt am Gymnasium laut KMK – Lehramtstyp 4 – auf die Klassenstufen 5 bis 12 bzw. 5 bis 13 ausgerichtet. Also, es besteht kein Grund zur Aufregung. Darüber, wie lange die Regelstudienzeit für die Sekundarstufen sowie für die Grundschule jeweils sein soll, haben wir auch gesprochen.

Insgesamt geht es uns um ein differenziertes Bildungssystem mit differenziert ausgebildeten und gut vorbereiteten Lehrern. Dabei ist von der von Ihnen immer wieder angeführten „Einseitigkeit“ keine Rede. Vielmehr streben wir eine den pädagogischen Bedürfnissen entsprechende Vielseitigkeit der zukünftigen Lehrer an. Es geht bei den künftigen Lehrern um das kreative Potenzial

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und um die Persönlichkeit, die der Lehrer hat; diese Faktoren sollen gestärkt werden. Die Lehrkräfte sollen in ihrem Mut bestärkt werden, Verantwortung zu übernehmen.

Deshalb sind aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang auch Elemente kultureller Bildung von allerhöchster Bedeutung. Denn genau da werden diese Potenziale gefördert.

Ich stelle fest, dass ich meine Redezeit eingehalten habe, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man sollte schon bei der Wahrheit bleiben, sehr geehrter Herr Kollege Lehmann und sehr geehrter Herr Käppeler. Der Begriff „Einheitslehrer“ ist kein CDU-Begriff,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

und er ist erst recht kein FDP-Begriff. Er ist vielmehr ein grün-roter Begriff, den Ihre Expertenkommission im Abschlussbericht verwendet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe: Jawohl!)

In Ihrer Bildungspolitik macht dieser Begriff „Einheitslehrer“ auch Sinn. Denn man muss nur den „Einheitslehrer“ ausbilden,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Da kommt wieder die Ideologie zum Vorschein!)

dann gibt es von einem Einheitsschulsystem auch keinen Weg mehr zurück.

Dass es – Gott sei Dank – nicht zu dieser Entwicklung kam, ist in erster Linie denjenigen zu verdanken, denen die Bildung der Kinder in unserem Land anvertraut ist, nämlich den Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg. Sie haben zusammen mit ihren Verbänden nicht nur anhaltenden Widerstand geleistet, sondern sie haben Ihnen von Grün-Rot hoffentlich auch klargemacht, dass Bildungspolitik den Menschen zu dienen hat, der Entwicklung und dem Fortkommen jedes Einzelnen, und dass nicht umgekehrt die Menschen durch Bildungspolitik in den Dienst eines utopischen grünen Weltbilds gestellt werden dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

An diesem Beispiel wird im Übrigen auch augenfällig, dass die Bildungspolitik in Baden-Württemberg momentan in allererster Linie eine grüne Bildungspolitik ist. Der Kollege Lehmann hat es ja gerade gesagt: Wäre es nach ihm gegangen, wäre es noch viel radikaler geworden.

Während die Lehrerbildung zu Zeiten der christlich-liberalen Landesregierung eine Gemeinschaftsaufgabe von Kultus- und Wissenschaftsministerium war, haben sich mit Grün-Rot die Machtgefüge vollständig verschoben. Da sie die strategische Bedeutung der Lehrerbildung zu erkennen glaubte, riss die grüne Wissenschaftsministerin das Thema an sich und verkündete massiven Änderungsbedarf – einschließlich der Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ungeachtet der Tatsache, dass die SPD-Kultusministerin die noch von der Vorgängerregierung ausgehandelten Landeslehrerprüfungsordnungen unterzeichnet hatte, wurde nun eine Expertenkommission unter dem Vorsitz der ehemaligen grünen Bildungssenatorin von Berlin, Volkholz, einberufen. Schlimm war an dieser Expertenkommission auch, dass kein einziger baden-württembergischer Praktiker mit Stimmrecht der Kommission angehörte. Das ist aber auch wiederum in sich logisch, denn so ein fantastisches, über jede Niederung des Schulalltags erhabenes Gedankenkonstrukt wie das des Einheitslehrers auf Gymnasialniveau hätte es dann sicherlich nie gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Schließlich muss es der SPD dann aber gedämmert haben, dass es auf Dauer mit diesem Lehrerbildungs-Wolkenkuckuckshaus nicht gut gehen würde, und mangels eigener Orientierung im Bereich der Lehrerbildung zwangen Sie deshalb die Grünen wieder zum Ausgangspunkt – zu den christlich-liberalen Landeslehrerprüfungsordnungen – zurück. Das eigentliche Motto Ihrer Bildungspolitik im Lehrerbereich lautet deshalb: Zurück auf Los.

Vielleicht hat es sich zwischenzeitlich auch herumgesprochen, dass diese aktuell gültigen Prüfungsordnungen einen sehr geeigneten Rahmen für die Weiterentwicklung bilden, zumindest für eine differenzierte Weiterentwicklung: ein Studiengang Grundschullehramt, übrigens auch schon mit acht Semestern Regelstudienzeit, ein Studiengang Haupt-, Werkreal-, Realschullehramt, ein eigenständiger Studiengang Gym-

(Dr. Timm Kern)

nasiallehramt und ein neu konzipierter Studiengang Sonderpädagogik – allesamt mit einem ausgewogenen Verhältnis von Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Pädagogik sowie mit einem zu bestehenden Schulpraxissemester.

Sieht man sich nun die Eckpunkte an, die Grün-Rot für die Reform der Lehrerbildung vorgelegt hat, zeigt sich, dass allem groß angelegten Getöse zum Trotz keine wesentliche Änderung vorgenommen wurde. Die differenzierte Grundstruktur der Lehrämter bleibt erhalten.

Dass die Regelstudienzeiten teilweise verlängert wurden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings klammert Grün-Rot sich daraus ergebende mögliche Änderungen in der Lehrerbeförderungsordnung in unzulässiger Weise aus, wie wir Liberalen finden.

Auch die von Grün-Rot geradezu krampfhaft als Neuerung angegebene Umstellung auf Bachelor und Master ist in den christlich-liberalen Landeslehrerprüfungsordnungen bereits durch Modularisierung der Studienleistungen und ihre Bewertung durch europaweit gültige Credits angelegt.

Da Sie nun mit Ihren hochfliegenden Träumen bei der Lehrerbildung erst einmal grandios gescheitert sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, haben Sie nun – vielleicht aus der Not heraus – eine grundsätzlich richtige Entscheidung getroffen, nämlich die konkrete Ausgestaltung der Lehramtsstudiengänge denen zu überlassen, die sich mit Lehrerbildung auskennen: den Universitäten und den Pädagogischen Hochschulen selbst. Auch das ist eigentlich nichts Neues, denn die einzelnen Prüfungsordnungen entwickeln die Hochschulen eigenständig,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum haben Sie das früher nicht gemacht?)

und die Kooperation von PHs und Unis gibt es auch schon längst. Aber hier könnten nun in struktureller Hinsicht zukunftsträchtige Modelle entwickelt werden.

Wir Liberalen werden diesen Entwicklungsprozess mit Interesse beobachten und darüber wachen, dass dabei Qualität und nicht grünen Weltbildern zur Durchsetzung verholfen wird. Dies erscheint uns gerade in der Lehrerbildung, die bisher so unter Grün-Rot gelaufen ist, auch bitter nötig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Bauer.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Gute Schulen brauchen vor allem eines: hervorragend ausgebildete und hervorragend motivierte Lehrerinnen und Lehrer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben wir schon!)

Wir packen mit der Reform der Lehrerbildung dieses Thema mutig an und werden eine Reform auf die Beine stellen und in Gang setzen, an der die christlich-liberale Vorgängerregierung in der letzten Legislaturperiode gescheitert und bei der sie stecken geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir wollen unsere Lehrerinnen und Lehrer fit machen für die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts, und das ist insbesondere die Aufgabe, die Fachlichkeit und die Fähigkeit individuell zu fördern, die Schülerinnen und Schüler in ihrer Verschiedenheit und mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen zu verstehen und Unterrichtskonzepte aufzusetzen, die dieser Unterschiedlichkeit gerecht werden.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist ja wohl nichts Neues!)

Das ist die Herausforderung, der sich die Lehrerinnen und Lehrer im Land stellen müssen, und diese Aufgabe muss im Studium in einer neuen Weise fundiert und etabliert werden. Das ist die Aufgabe, der wir uns stellen, und sie wird Verbesserungen für Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten mit sich bringen.

In dem Ziel der Reform, die Qualität der Lehrerbildung für alle Schularten zu steigern, sind wir uns einig. Wir sind uns darin auch mit der Expertenkommission einig, die uns wertvolle Anregungen für die Umsetzung der Reform geliefert hat. Das gilt z. B. für die Anregung, dass das Thema Inklusion ein Grundbestandteil der Ausbildung für alle Schularten sein muss, für die Anregung, die Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten oder anderen Hochschulen viel enger und systematischer aufzusetzen, um das besondere Potenzial in Baden-Württemberg besser als bislang zu nutzen, und das gilt auch für die Empfehlung, die Fachdidaktik näher an die Fachwissenschaft heranzubringen und wissenschaftsbezogen aufzuwerten. Alle diese Empfehlungen sind notwendig und richtig und geben uns wichtige Hinweise für die Umsetzung der Reform.

Wir reden heute – Sie haben die Kommission noch einmal erwähnt – über die Weiterentwicklung der Kommissionsempfehlungen, die uns bereits seit März 2013 vorliegen. Der Antrag, über den wir heute sprechen, und die Antworten auf die darin gestellten Fragen sind alt. Inzwischen ist viel passiert.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Die Kritik ist ganz neu!)

Lassen Sie mich z. B. erwähnen, dass die Landesregierung im September letzten Jahres nicht nach Norwegen, sondern nach Finnland gefahren ist, wo es hervorragend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer und ein innovatives Konzept gibt, und in die Schweiz, wo eine Hochschulstruktur besteht, die in gewisser Weise der bei uns ähnelt. Wir haben wertvolle Anregungen mitgenommen und sie in die Eckpunkte übertragen, die wir im Dezember letzten Jahres beschlossen haben und mit denen wir unsere Conclusio aus den Empfehlungen, aus den Erfahrungen in Baden-Württemberg und aus der von Kultusministerium und Wissenschaftsministerium gemeinsam durchgeführten Reise gezogen haben.

Übrigens noch eine Bemerkung zum Thema Expertenkommission: Herr Abg. Dr. Kern, womöglich haben Sie die Emp-

(Ministerin Theresia Bauer)

fehlungen nicht gelesen, denn Sie finden darin an keiner Stelle das Wort „Einheitslehrer“.

(Zurufe der Abg. Sabine Kurtz CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Sie finden in dem Bericht der Kommission an keiner Stelle dieses Wort, denn der Kommissionsbericht hebt auf das Thema „Individuelle Förderung“ ab. Dies gilt für alle Lehrerinnen und Lehrer und für alle Schularten. In diesem Sinn hat sie in der Pressekonferenz erläutert, dass es Aufgaben gibt, die sich in der Tat allen Lehrerinnen und Lehrern gleichermaßen stellen. Aber der Duktus, die Philosophie der Kommission und auch unserer Reform ist die Stärkung der Fähigkeit, die Schüler in ihrer Unterschiedlichkeit individuell zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie hat den Begriff geprägt!)

Wir werden die Lehrerbildung auf Bachelor und Master umstellen, wie das die meisten Länder inzwischen getan haben. Mit dieser Umstellung werden wir zum Wintersemester 2015/2016 starten. Die Schüler von heute werden also rechtzeitig mitbekommen, wie man ab 2015/2016 in der neuen Struktur Lehramtsstudiengänge in Baden-Württemberg künftig belegen kann. Sie können sich sicher sein, liebe Frau Abg. Kurtz: Wir arbeiten intensiv, die entsprechenden gemeinsamen Arbeitsgruppen sind dabei, die Details zu durchleuchten und festzulegen, sodass wir rechtzeitig auch mit den Hochschulen die entsprechenden Vorgaben umsetzen können und zum Wintersemester 2015/2016 mit der Lehrerausbildung in der neuen Struktur starten können.

Wichtig ist uns, dass diese Reform von dem Gedanken der Kooperation getragen ist. Wir wollen das fachwissenschaftliche Fundament besser auf die Fachdidaktik und das bildungswissenschaftliche Wissen abstimmen. Diese Verbesserung, diese stärkere Berufsbezogenheit des Studiums wird im Bachelorstudium beginnen. Wir werden das Spannungsverhältnis einer fachwissenschaftlichen Schwerpunktsetzung im Bachelorstudium, die es erlaubt, sich erst nach dem Bachelorstudium definitiv zu entscheiden, ob man ein Studium „Master of Education“ anschließen oder einen fachwissenschaftlichen Weg weitergehen will, klug austarieren.

Dennoch wird es auch im Bachelorstudium bereits bildungswissenschaftliche Elemente geben, die stärker als heute auf das Thema „Herausforderungen und Bedarfe in der Schule“ zugeschnitten sein werden. Deswegen bin ich überzeugt davon, dass sowohl in der Bachelor- als auch in der Masterphase angehende Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg auf das, was sie in der Schule erwartet, künftig besser vorbereitet werden, als das heute der Fall ist.

Es wird in Baden-Württemberg aufgrund der besonderen Voraussetzungen auch Schools of Education geben, also eine institutionalisierte enge Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Das wird keine Einheitslösung für das Land sein, denn unsere Hochschullandschaft ist vielfältig, und die Voraussetzungen sind unterschiedlich. Auch bei diesem Punkt haben wir keine Probleme damit, dass wir in Baden-Württemberg unterschiedliche Wege der Realisierung unserer Reform wählen. Es wird keine Einheitslösung

geben, wohl aber eine einheitliche Philosophie, wie wir für alle Lehrerinnen und Lehrer die Ausbildung verbessern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich am Ende noch sagen: Wir freuen uns, dass unsere Reform durch eine zwischen allen Ländern und dem Bund vereinbarte „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ Rückenwind erfahren wird. Ab diesem Jahr werden sukzessive für die kommenden Jahre 500 Millionen € zur Verfügung gestellt, um die Reform der Lehrerbildung in den Ländern zu unterstützen. Wir werden diese Mittel zielgenau einsetzen, damit der Prozess der Umstellung in unseren Hochschulen die entsprechende Unterstützung erfährt. Ansonsten wird man durch kluge Kooperationen die Kräfte und die Stärken unserer Pädagogischen Hochschulen und unserer Universitäten und auch unserer Hochschulen für angewandte Wissenschaften – die zum Teil an der Ausbildung der Berufsschullehrer beteiligt sind – zusammenbringen und dadurch Synergien im Interesse aller herstellen.

Ich freue mich auf diese Reform. Ich bin zuversichtlich, dass sie einen großen Fortschritt bringen und den Stillstand, den es in diesem Bereich unter der alten Landesregierung gegeben hat, überwinden wird. Profitieren werden davon alle Schülerinnen und Schüler und insbesondere diejenigen, die in der Sekundarstufe I durch Studienzeitverlängerung, mehr Zeit für Fachlichkeit und auch mehr Zeit für Fachdidaktik und Bildungswissenschaften eine bessere Ausbildung erfahren werden. In diesem Sinn arbeiten wir, Grün-Rot, eng über die Häuser hinweg zusammen. Wir stehen in einem permanenten Kontakt zueinander. Unsere Arbeitsgruppen sind gemeinsam aufgebaut. Wir reisen nicht nur zusammen ins Ausland,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Nett!)

sondern wir arbeiten auch bei dieser Reform eng und vertrauensvoll zusammen. Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass wir im Sommer miteinander die nächsten Schritte bekannt geben können. Die Reform wird zum richtigen Zeitpunkt und wie vereinbart – zum Wintersemester 2015/2016 – in Kraft treten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Um auch dem nicht begründeten Einwand oder Verdacht entgegenzutreten, dass hier nur das Wissenschaftsministerium für das Thema „Weiterentwicklung der Lehrerbildung“ zuständig sei, werde ich die Ausführungen von Frau Kollegin Bauer gern um einige Aspekte ergänzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Korrigieren!)

Ich möchte eines ganz deutlich vorwegschicken. Wenn es zwischen dem Wissenschaftsministerium und dem Kultusministerium keine hervorragende Zusammenarbeit geben würde, wäre das gesamte Projekt „Weiterentwicklung der Lehrerbildung“ gefährdet.

(Minister Andreas Stoch)

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es passt kein Blatt zwischen euch!)

Denn es ist aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit, dass das Kultusministerium, das für die Lehrerbildung zuständig ist und auch die Ziele formulieren muss, mit dem Wissenschaftsministerium, das an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten die Voraussetzungen schaffen muss, zusammenarbeitet, damit ein großes Ganzes, ein gutes Ganzes entstehen kann. Nur durch ein enges und vertrauensvolles Zusammenspiel kann dies funktionieren. Und dieses Zusammenspiel kann ich hier für die Landesregierung versichern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Na prima!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Frau Kollegin Bauer hat bereits auf die Bedeutung des Lehrers, durch zahlreiche Studien belegt, hingewiesen. Gute Lehrkräfte vermitteln Kenntnisse, fördern soziale Interaktion und die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Schülerinnen und Schüler, und sie beeinflussen damit auch entscheidend die Lernmotivation der Kinder und Jugendlichen. Deswegen ist für diese Landesregierung die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ein zentraler Erfolgsfaktor für die Umsetzung unserer Bildungspolitik.

Für das Wissenschaftsministerium und für das Kultusministerium sind dabei die Aspekte der Qualitätssicherung bzw. der Qualitätssteigerung bei der Ausbildung unserer künftigen Lehrkräfte entscheidend. Insgesamt wollen wir damit alle Studiengänge stärker professionsbezogen ausrichten.

Aber – das ist eben auch eine Wahrheit – die moderne Gesellschaft entwickelt sich weiter, und auch unsere Schulen, die Herausforderungen an unseren Schulen entwickeln sich weiter. Steigende Heterogenität in den Klassen, individualisiertes Lernen, die Notwendigkeit individueller Förderung, die Inklusion und verbesserte Diagnosefähigkeiten sind einige der zentralen Herausforderungen. Diese müssen auch in der Lehrerbildung stärker berücksichtigt werden.

Die entsprechenden Kompetenzen wollen wir in der Lehrerbildung stärken, und uns geht es insgesamt darum, die bildungswissenschaftlichen, fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Kompetenzen der angehenden Lehrerinnen und Lehrer auszubauen und auf einem hohen Niveau zu sichern.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, für mich ist es dann ganz wichtig, dass wir uns auch mit den Qualitätskennziffern beschäftigen. Gestern Abend gab es im Weißen Saal des Neuen Schlosses einen äußerst interessanten Vortrag von Herrn Professor Pant vom IQB aus Berlin. Dabei ging es um die Frage, warum sich Baden-Württemberg über die Zeitstrecke der letzten 14 Jahre, was die Leistungskennziffern angeht, immer stärker negativ entwickelt hat. Da, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir alle, und zwar jenseits parteipolitischer Zugehörigkeit, eine offene und ehrliche Analyse der gesamten Struktur vornehmen. Wir müssen die einzelnen Faktoren – dazu gehören die Strukturen genauso wie die Qualität der Lehrerinnen und Lehrer – prüfen und genau schauen, wie wir Baden-Württemberg wieder dorthin bringen, wohin es gehört, nämlich an die Spitze der Länder in Deutschland und vor allem auch an die Spitze im internationalen Vergleich. Das

schulden wir der Zukunft dieses Landes und vor allem auch der Wirtschaftskraft dieses Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bei der Weiterentwicklung unserer Lehrerbildung geht es auch um strukturelle Aspekte. Wir haben uns entschieden, dass die Eigenständigkeit der Lehramtsstudiengänge – das wurde bereits angesprochen – in Baden-Württemberg mit ihren spezifischen Profilen erhalten bleibt. Deswegen verstehe ich auch manches von dem, was Sie als Kritik geäußert haben, überhaupt nicht.

Wir stärken im Bereich der Sekundarlehrerbildung deutlich den fachwissenschaftlichen Anteil, was insgesamt auch von allen Experten empfohlen wird. Wir wollen auch in der Gymnasiallehrerbildung den fachdidaktischen und pädagogischen Anteil deutlich verstärken, nachdem hier durchaus Defizite zu verzeichnen sind.

Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Kritisieren Sie doch nicht Dinge, die nicht zu kritisieren sind, sondern die nach Auffassung von uns allen einer qualitativen Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Baden-Württemberg dienen müssen.

Das gilt nicht zuletzt auch für das neue und wichtige Thema Inklusion. Auch hier geht diese Landesregierung einen sehr verantwortungsvollen Weg unter Beibehaltung des Ausbildungslehrgangs für Sonderpädagogen, aber gleichzeitig unter Beibehaltung der Forderung, dass alle Lehrkräfte in ihrer Lehramtsausbildung auch mit dem Thema Inklusion, mit dem Thema Sonderpädagogik konfrontiert worden sein müssen. Nur so gelingt es auch, die inklusive Grundverfassung an unseren Schulen zu schaffen. Es gibt im Bereich der Lehrerbildung wie auch darüber hinaus viel zu tun. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/3322 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes (UIG) – Drucksache 15/3515

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Rolland das Wort.

Abg. Gabi Rolland SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits der englische Philosoph Francis Bacon hat im 16. Jahrhundert gewusst: „Wissen ist Macht.“ Deswegen war es eine gute Sache, 2006 das Umweltinformationsgesetz in Baden-Württemberg einzuführen, um einen Teil genau dieses Wissens an die Bürgerinnen und Bürger, an die Vereine, an die Verbände abzugeben. Damit hat Baden-Württemberg das Bundesumweltinformationsgesetz umgesetzt und auch der stärkeren Nachfrage nach mehr Information Rechnung getragen. Ich denke, nach acht Jahren ist jetzt der richtige Zeitpunkt, einmal nachzufragen: Hat sich dieses Gesetz bewährt?

Der Diskussion über das Umweltinformationsgesetz sind europäische Vorgaben vorausgegangen, was Informationen über den Zustand der Umwelt angeht. Diese Informationen sind zu verbessern, und vor allem sollen auch die gewählten Gremien sowie die Behörden sehr viel stärker aktiv beteiligt werden, was Informationen über den Zustand der Umwelt angeht.

Baden-Württemberg hat sich auf den Weg gemacht. 2006 wurde das Gesetz, wie gesagt, eingeführt.

Wie hat sich das Ganze entwickelt? Ich danke dem Umweltminister für die umfassende Stellungnahme zu unserem Antrag. Es hat sich gezeigt: Die Umweltmeldestelle hat sich bewährt. 2009 gingen bei ihr 117 Meldungen ein. Diese Zahl ist bis 2012 auf 169 gestiegen. Da drängt sich die Frage auf: Was hat sich verändert? Gibt es Anzeichen, warum es zu dieser Zunahme gekommen ist? Ist sie zu erklären? Es wäre nett, wenn Sie, Herr Umweltminister, das nachher in Ihrer Stellungnahme sagen würden.

Erfreulich ist, dass diese Meldungen von Menschen gemacht wurden, die über einen hohen Sachverstand verfügen, die ein hohes Problembewusstsein zeigen und bürgerschaftlich sehr engagiert sind. Noch erfreulicher ist, dass die meisten dieser Meldungen zu sehr guten, zu von allen Beteiligten sehr akzeptierten Lösungen geführt haben.

Man kann als Fazit eigentlich sagen: Das Gesetz hat sich bewährt. Das Wissen bleibt nicht mehr auf diejenigen beschränkt, die ganz eng dran sind, die in den Behörden sitzen, die in den Gremien – bei uns im Landtag, im Gemeinderat, im Kreistag, in den Ortschaftsräten – sitzen. Vielmehr geht man hinaus damit, und das ist gut so.

Das Gesetz hat damit Entscheidungsprozesse gefördert. Auch die Stellen, die diese Informationen geben müssen, haben erkannt: Das ist eine Aufgabe, die uns immer wieder beschäftigen wird. Sie stellt sich also nicht nur für eine Interimszeit, sondern das wird eine Daueraufgabe sein.

Dabei muss allerdings auch immer deutlich gesagt werden: Durch das Informationsinteresse der Bevölkerung, der Verbände, der Vereine darf es nicht dazu kommen, dass eine Verwaltung in ihrer Gänze lahmgelegt wird. Vielmehr sollen die Verwaltungen nach wie vor genau die Aufgaben erfüllen, für die sie auch eingerichtet worden sind.

Dennoch zeigt sich, dass das Umweltinformationsgesetz weiterentwickelt werden muss. Der Zugang zu den Informationen muss aktiv gefördert und erleichtert werden, und die Transparenz muss erhöht werden.

Dies sollte durch eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Verbände, der Vereine passieren – aus unserer Sicht allerdings auch mit den Behörden, mit den Verwaltungen, die damit zu tun haben und die das Interesse, den Wissensdurst der Bevölkerung jeden Tag stillen sollen.

Deswegen wäre heute von unserer Seite die zweite Frage an den Umweltminister: Wie werden wir es bewerkstelligen, dieses Gesetz noch besser auszuformulieren als bisher?

Wir sind davon überzeugt, dass durch das Umweltinformationsgesetz die Umweltdaten gut bereitgestellt werden können und alle Beteiligten in den Prozessen damit auch kompetent ihr Interesse wahrnehmen können und sich an den Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Zum Schluss: Wilhelm Liebknecht hat 1872 gesagt:

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

„Wissen ist Macht – Macht ist Wissen.“ Die SPD-Fraktion hier im Landtag sagt: Baden-Württemberg ist mit dem Umweltinformationsgesetz auf einem guten Weg – vom Herrschaftswissen hin zur Information auf Augenhöhe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Lusche das Wort.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Honecker, Liebknecht:

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich weiß gar nicht, wie mir heute geschieht.

(Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich habe bei der Vorbereitung auf diese Debatte heute Morgen noch einmal die Homepage des Umweltministeriums besucht und folgenden schönen Satz gefunden:

Umweltschutz braucht den Bürger, und engagierte Bürgerinnen und Bürger benötigen einen leichten Zugang zu Umweltinformationen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: War das Marx?
– Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Sehr gut!)

– Sehr gut, Herr Kollege Raufelder. Denn das hat Tanja Gönner am 4. September 2009 gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Gabi Rolland SPD)

Wie bei so vielem finden sich die Anzeichen einer kontinuierlich guten Umweltpolitik schon vor der Regierungsübernahme durch Grün-Rot auf der Homepage des Umweltministeriums zu Recht wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Ulrich Lusche)

Denn der Zugang zu Umweltinformationen, die Bürgerbeteiligung ist keine Erfindung der grün-roten Landesregierung,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

sondern steht in der Kontinuität der baden-württembergischen Umweltpolitik unter unionsgeführten Regierungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern bin ich Ihnen, liebe Kollegin Rolland, auch dankbar, dass Sie aus der wohltuenden Perspektive der erfahrenen Praktikerin zu dem Schluss gekommen sind, dass sich das Gesetz bewährt hat, dass eine Fortentwicklung – also eine Entwicklung, nicht eine Revolution – angesagt ist und dass diese nicht dazu führen darf, dass die betroffenen Verwaltungen – u. a. die Umweltverwaltungen – lahmgelegt werden. Auch aus der Stellungnahme zum Antrag der SPD geht hervor, dass sich die bisherige Rechtslage bewährt hat.

Vor diesem Hintergrund ist mit einer gewissen Skepsis zu betrachten, was der Umweltminister als Novelle schon in die Anhörung gegeben hat und was er alles vorhat. Danach sollen die informationspflichtigen Stellen verpflichtet werden, den Zugang zu Umweltinformationen aktiv zu fördern, und umfassend behördlich beraten. Es ist von Weiterleitungsverpflichtungen die Rede. Gebühren sollen bei Anfragen, die keinen erheblichen Bearbeitungsaufwand verursachen – was immer das bedeutet –, nicht mehr erhoben werden.

Wir werden den betreffenden Gesetzentwurf im Ausschuss zu diskutieren haben. Ich kann Ihnen schon heute sagen: Wir haben dazu erhebliche Fragen. Denn das Ganze ist ein Gesamtkonstrukt, in dem neben dem berechtigten Interesse der Bürger nach Transparenz auch weitere berechnete Interessen abzuwägen sind. Die Behörden haben wir schon angesprochen. Diese werden zu Recht die Frage stellen: „Wenn wir so viel mehr machen müssen, bekommen wir dann auch mehr Personal und eine bessere finanzielle Ausstattung?“ Aber es geht beispielsweise auch darum, dass betroffene Unternehmen einen Anspruch darauf haben, dass mit ihren sensiblen Daten adäquat umgegangen wird.

All diese Fragen muss ein solches Gesetz, wenn es fortentwickelt wird, seriös beantworten. Wir haben – ich habe es angedeutet – erhebliche Fragen im Hinblick auf das, was das Umweltministerium auf den Weg gebracht hat. Aber die heutige Beratung Ihres Antrags ist nicht der Anlass, darüber schon im Einzelnen zu diskutieren. Da gibt es sehr viel zu diskutieren.

Nachdem Sie jetzt den Umweltminister zum Umweltinformationsgesetz gefragt haben, habe ich mir die Frage gestellt – insofern freue ich mich, dass der Innenminister da ist –, was auf diesem Spielfeld in dem von der SPD geführten Ressort vorgeht. Denn es geht nicht nur um die Umweltinformationen. Vielmehr haben wir im letzten Sommer auf Initiative der FDP/DVP im Landtag auch über ein allgemeines Informationsfreiheitsgesetz diskutiert. Jetzt habe ich wieder ein Zitat – diesmal aus dem betreffenden Plenarprotokoll –, nach dem Sie, Herr Innenminister, im letzten Sommer gesagt haben, wir könnten in Kürze damit rechnen, dass uns ein praktikabler, mit Augenmaß erstellter Gesetzentwurf vorgelegt werde.

Jetzt haben wir März. Mir ist nicht bekannt, dass ein solcher Entwurf vorliegt. Es gibt zwar eine Presseberichterstattung,

wonach Sie dem Kabinett Eckpunkte vorgestellt hätten. Das wurde über den stellvertretenden Ministerpräsidenten weiterverbreitet. Aber uns ist nicht bekannt, was diese Eckpunkte beinhalten.

Warum spreche ich das an? Bei diesem Gesetz besteht genauso wie beim Umweltinformationsgesetz nicht zuletzt ein Spannungsverhältnis zwischen dem, was leistbar ist, was an schützenswerten Interessen besteht, und – deswegen habe ich Ihre Aussage zitiert, Herr Innenminister – der Praktikabilität. Da würde uns, die wir auch diesem Vorhaben sehr skeptisch gegenüberstehen, sehr stark interessieren, was Ihre Lösungsansätze sind und ob sich die Herangehensweise dabei von der unterscheidet, die das Umweltministerium bei den Umweltinformationen praktiziert.

Insofern hat der Umweltminister die Gelegenheit, hier zu sagen, wie sich die Regierung das weitere Vorgehen vorstellt. Denn nur einen Bereich sektoral herauszugreifen und da voranzugehen, während der andere Bereich trotz gegenteiliger Ankündigung vor sich hinschlummert, halten wir nicht wirklich für zielführend.

Insofern: Danke für den SPD-Antrag und für die Stellungnahme dazu. Fazit: Die CDU hat ein erfolgreiches Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Behörden gut arbeiten konnten. Gerade auch deswegen sehen wir uns in der Pflicht, jede Weiterentwicklung dieser Gesetzeslage so zu begleiten, dass es nicht schlechter, sondern allenfalls besser wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Herr Präsident Drexler, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich bin der SPD-Fraktion sehr dankbar, dass sie diesen Antrag gestellt hat. Ein Gesetz, lieber Herr Kollege, macht noch lange keinen Sommer. Denn man muss das Gesetz und dessen Inhalte zum Bürger bringen. Das wird jetzt unsere Aufgabe und die Aufgabe des Umweltministeriums sein.

Deshalb freue ich mich auch über die ausführliche Stellungnahme und über einige Ansätze des Umweltministeriums, die es in Sachen Bürgerinformation verfolgen will. Die Auskunftspflicht allein reicht nicht aus, wenn die Menschen nicht einmal wissen, dass es solche Gesetze gibt. Ich bin mir ziemlich sicher: Wenn wir in Baden-Württemberg eine Umfrage in der Bevölkerung durchführen würden, ob ihr das Umweltinformationsgesetz bekannt ist, würde das Ergebnis wahrscheinlich ziemlich schlecht ausfallen. Das ist aber kein Vorwurf an die Landesregierung.

Deshalb ist der Ansatz wichtig, lokale Workshops zu veranstalten, beispielsweise auf lokaler Ebene den Menschen deutlich zu machen und Hilfestellung zu geben, was die Umweltinformation darstellt, welche positiven Folgen sie für die Bevölkerung hat und welche Informationen die Bevölkerung bekommen kann. Das ist, denke ich, ganz wichtig; denn die Umweltinformation ist ein Bürgerrecht. Das darf man nie vergessen.

(Daniel Renkonen)

Dieses Recht wollen wir Grünen auch sehr hochhalten und weiterentwickeln. Denn wir kennen die Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit immer wieder erhoben werden, die wir als Abgeordnete immer wieder mit auf den Weg bekommen, es gäbe behördliche Geheimniskrämerei und Intransparenz. Hier können wir sagen: „Ihr könnt euch informieren. In der Regel werdet ihr innerhalb eines Monats Antwort von der zuständigen Fachstelle bekommen.“ Dieses Recht bezieht sich auf verschiedenste Anliegen, von Bauten und Anlagen bis hin zu Auswirkungen von Straßenverkehrsmaßnahmen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Für uns Grüne sind allerdings auch folgende Punkte ganz entscheidend: Informationen müssen nachvollziehbar transportiert werden. Das darf nicht in einem verquastenen Behördendeutsch geschehen, sodass niemand die Informationen versteht. Auch die Nachvollziehbarkeit ist eine sehr wichtige Herausforderung für die Ministerien und die Verwaltungsbehörden insgesamt sowie die auskunftspflichtigen Stellen hier im Land.

Wichtig ist ferner der Internetzugang. Informationen müssen schnell erhältlich sein. Zu diesem Zweck hat Baden-Württemberg verschiedene Beteiligungsportale wie service-bw.de geschaffen.

Ferner sollte an dieser Stelle auch der Rechtsschutz erwähnt werden, den § 6 des Umweltinformationsgesetzes des Bundes allen, die Auskunft begehren, bietet. Sie haben, wenn ihre Anliegen im ersten Anlauf nicht zufriedenstellend oder gar nicht bearbeitet werden, innerhalb einer Frist von einem Monat die Möglichkeit, in dieser Sache noch einmal vorstellig zu werden. Niemand muss in diesem Land also das Gefühl haben, bei behördlichen Entscheidungen oder Informationen übergangen zu werden.

Uns Grünen ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Recht in noch stärkerem Maß ausschöpfen. Wir sehen hier, wie gesagt, noch Luft und Potenzial nach oben. Der Minister wird sicherlich gleich noch ausführlich darstellen, was für verschiedene Maßnahmen er plant. Wir freuen uns auf den weiteren Gesetzgebungsprozess und auf die weitere fachliche Begleitung und hoffen, dass dieses Umweltinformationsgesetz auch in der baden-württembergischen Öffentlichkeit viel Gehör findet.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auf Seite 79 des grün-roten Koalitionsvertrags wird ein Informationsfreiheitsgesetz angekündigt. Ich darf diesen Satz mit Erlaubnis des Präsidenten vorlesen:

In einem umfassenden Informationsfreiheitsgesetz werden wir gesetzliche Regelungen treffen, damit Bürgerinnen und Bürger unter Beachtung des Datenschutzes grundsätzlich freien Zugang zu den bei den öffentlichen Verwaltungen vorhandenen Informationen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das halten wir für etwas Gutes; denn Liberalismus setzt Wissen voraus. Aber wie so manches Gute haben Sie das wohl offensichtlich vergessen. Anders ist es leider nicht zu erklären, dass dieses Informationsfreiheitsgesetz von Ihnen bis heute nicht geliefert wurde.

Als gute Opposition, die wir sind, haben wir Sie im vergangenen Jahr daran erinnert. Wir haben im Februar vergangenen Jahres einen Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz eingebracht, und dieser Gesetzentwurf wurde am 12. Juni vergangenen Jahres von der grün-roten Mehrheit im Haus abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle muss man ganz klar sagen: Wir haben geliefert; Sie haben angekündigt. Der Ball liegt bei Ihnen. Eigentlich – gestatten Sie mir die Anmerkung – würde ich nachher lieber Herrn Minister Gall als Herrn Minister Untersteller zu diesem Thema hören.

Das, was jetzt kommen soll, ist eine abgespeckte Ökovariante für den Umweltbereich. Das ist einfach zu wenig. Sie selbst haben sich das Ziel gesetzt, ein Informationsfreiheitsgesetz zu schaffen. Es ist nicht nur so, dass Sie als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet sind.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Vielmehr verschlimmbessern Sie das gut funktionierende Landesumweltinformationsgesetz aus dem Jahr 2006, das von der schwarz-gelben Landesregierung entwickelt wurde. Sie betreiben eine reine Symbolpolitik. Es handelt sich um eine Alibiveranstaltung im Kleinen, weil Sie im Großen nicht liefern wollen oder nicht liefern können. Diese selektive Lösung halten wir für falsch.

Weil wir eine konstruktive Opposition sein möchten, mache ich Ihnen an dieser Stelle das Angebot: Legen Sie den Entwurf für ein gescheitertes Informationsfreiheitsgesetz vor, Herr Minister Gall, und dann haben Sie uns an Ihrer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten! Das Umweltinformationsrecht in Baden-Württemberg ist ein zentrales Element auf dem Weg zu mehr Transparenz und zu mehr Bürgerfreundlichkeit. Es ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern seit einigen Jahren – genau genommen seit dem Jahr 2006; darauf wurde vorhin hingewiesen – den freien Zugang zu Umweltinformationen bei öffentlichen Stellen und auch bei zahlreichen privaten Stellen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen.

Der Umfang des Informationsrechts ist weit ausgestaltet und bezieht sich auf sämtliche Umweltdaten, die bei den entsprechenden Stellen vorhanden sind. Zudem müssen Bürgerinnen und Bürger – auch das sehe ich als einen großen Vorteil an –

(Minister Franz Untersteller)

kein rechtliches Interesse darlegen, sondern können ihren Anspruch völlig frei geltend machen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Schon jetzt!)

In Baden-Württemberg besteht dieser Anspruch, wie gesagt, seit acht Jahren, seit dem Jahr 2006, und damals wurde dieses Umweltinformationsgesetz auf Landesebene, Herr Kollege Lusche, mit den Stimmen aller Fraktionen dieses Hohen Hauses verabschiedet. Deshalb habe ich kein Problem, ein solches Zitat wie das, das Sie vorhin hier eingebracht haben, weiterhin auf der Website des Umweltministeriums stehen zu lassen. So etwas beurteilt man nicht nach parteipolitischen Kriterien, sondern wenn man hinter einem solchen Gesetz steht – noch einmal: alle vier Fraktionen des Landtags haben es damals verabschiedet –, habe ich kein Problem damit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Im Übrigen: Herr Abg. Glück hat ja die Ausführungen zum Informationsfreiheitsgesetz im Koalitionsvertrag angesprochen. Gehen Sie einmal davon aus, dass zeitnah, sprich noch vor der Sommerpause, vom Innenministerium ein entsprechender Entwurf vorgelegt wird. Die Offenheit, die wir im Jahr 2006 bei den damaligen Oppositionsfraktionen gesehen haben, würde ich mir auch von den heutigen Oppositionsfraktionen wünschen, wenn der neue Gesetzentwurf beraten wird. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das ist eine Frage der Qualität!)

– Das ist es immer, Herr Kollege Lusche. Aber da brauchen Sie bei uns, glaube ich, keine Bedenken zu haben, um auch das einmal ganz selbstbewusst zu sagen.

Seit dem Jahr 2006 wurde die öffentliche Verwaltung mit einer Vielzahl unterschiedlichster Informationsanfragen konfrontiert und konnte dem Informationsinteresse von Bürgerinnen und Bürgern zum allergrößten Teil erfolgreich entsprechen. Die Behörden auf Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene haben aus meiner Sicht die Verpflichtung zur Informationserteilung als eine auf Dauer angelegte Kernaufgabe positiv angenommen und zeigen sich hierbei durchaus kompetent und engagiert.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: So ist es!)

Dabei berührt das Umweltinformationsrecht eine große Bandbreite des Verwaltungsbereichs. So sind auch – das gilt es deutlich zu machen – behördliche Entscheidungen außerhalb des Umweltinformationsrechts – ich nenne ein konkretes Beispiel: eine veterinärrechtliche Zulassung einer Tierversuchsanlage – Umweltinformationen im Sinne des Umweltinformationsgesetzes, unterliegen diesem und können somit zugänglich gemacht werden.

Zudem verpflichtet das Landesumweltinformationsgesetz die Behörden zu einer aktiven Informationspolitik. Die Öffentlichkeit ist in angemessenem Umfang aktiv und systematisch über den Zustand der Umwelt zu unterrichten.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Auch schon jetzt!)

Auch dieser Aufgabe kommen die Behörden des Landes mit großem Engagement nach.

(Beifall des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE – Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Kollegin Rolland hat den Anstieg der Zahl der Meldungen bei der Umweltmeldestelle in den letzten Jahren angesprochen. Ich nenne die Zahlen noch einmal. Wir hatten im Jahr 2009 117 Meldungen bei der Umweltmeldestelle, die in meinem Haus angesiedelt ist. Die Zahl hat sich dann auf 120 im Jahr 2010 und auf 169 im Jahr 2012 gesteigert. Wenn ich es richtig im Kopf habe, hatten wir im letzten Jahr eine weitere Steigerung auf 189 Meldungen.

Was ist der Grund für die Steigerungen? Ich interpretiere es so, dass das Interesse der Bevölkerung an Beteiligung und an den Prozessen, über die wir hier sprechen, gestiegen ist. Auch die Schwerpunktverteilung der Meldungen in den einzelnen Bereichen hat sich nicht verändert. Wir haben als einen großen Schwerpunkt nach wie vor Meldungen im Naturschutzbereich. Das hat sich im Verhältnis zu den anderen Themen wie Gewässerschutz, Luftreinhaltung usw. nicht verändert.

Ich möchte, was die Datenbereitstellung betrifft, noch etwas erwähnen: Die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz, die LUBW in Karlsruhe, veröffentlicht gemeinsam mit dem Umweltministerium seit mehreren Jahren im dreijährigen Turnus den Bericht „Umweltdaten Baden-Württemberg“, der insbesondere Angaben über die Umweltqualitäten, über die vorhandenen Umweltbelastungen enthält.

Aber, Herr Abg. Lusche, nichts ist so gut, als dass man es nicht noch besser machen kann. Die Welt dreht sich nun einmal weiter. Heute stehen wir vor anderen Anforderungen als im Jahr 2006. Das ist ein Grund, weshalb wir uns derzeit Gedanken machen über die Frage, wie wir das Umweltinformationsrecht sinnvoll weiterentwickeln können.

Zu dem Entwurf des Umweltverwaltungsgesetzes haben wir kürzlich die Verbändeanhörung abgeschlossen. Jetzt sind wir dabei, die eingegangenen Stellungnahmen ausführlich zu bewerten und auszuwerten und vielleicht das eine oder andere noch aufzunehmen. Mit diesem Gesetz wollen wir die Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung in Baden-Württemberg weiter stärken.

Mit dem Umweltverwaltungsgesetz sollen die bisherigen, über eine Vielzahl von Gesetzen verstreuten umweltrechtlichen Regelungen – es sind fünf, sechs Gesetze, die ich im Einzelnen nicht aufzählen möchte – zusammengeführt werden und durch eine – das will ich ausdrücklich betonen – bürgerfreundliche Regelungstechnik verständlicher gefasst und inhaltlich modernisiert werden.

Gerade im Umweltbereich erwarten und fordern die Menschen, wie wir alle wissen, eine möglichst frühzeitige Beteiligung. Deshalb wollen wir für besonders umweltbedeutsame Vorhaben – hier nenne ich vor allem Planfeststellungsverfahren, Verfahren, die der Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen – eine grundsätzliche Verpflichtung zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung einführen, und zwar eine, die nicht nur informiert, sondern einen echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht. Dabei ist mir wichtig, dass wir keine konkreten Vorgaben machen möchten, wie die Unternehmen diese frühzeitige Beteiligung letztendlich durchführen, sondern diese Frage der Ausgestaltung letztlich den Unternehmen selbst überlassen wollen.

(Minister Franz Untersteller)

Daher kann ich nicht die Problempunkte sehen, die Sie vorhin angesprochen haben. Ich glaube, dass wir hier einen guten Weg wählen werden, um das gestiegene Interesse an einer frühen Bürgerbeteiligung sachgerecht umzusetzen, ohne dass wir der Wirtschaft Mehrbelastungen aufbürden, die zu Problemen am Standort führen würden.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das sieht die Wirtschaft aber ganz anders!)

– Darüber können wir dann diskutieren, wenn wir den Gesetzentwurf vorgelegt haben. Nochmals: Es liegt bisher kein Gesetzentwurf vor. Ich bitte darum, nach seiner Vorlage im Detail über ihn zu diskutieren. Ich persönlich bin der Auffassung, dass wir hier keine Probleme schaffen werden. Sie können sicher sein, dass ich darauf persönlich ein großes Augenmerk lege.

Weil eine frühe Bürgerbeteiligung heute nun einmal so wichtig ist, wollen wir für diese besonders bedeutsamen Vorhaben diese frühzeitige Verpflichtung einführen. Sie soll sowohl für Vorhaben der öffentlichen Verwaltung als auch für privatwirtschaftliche Vorhaben gelten.

Des Weiteren wollen wir die Beteiligungsrechte der Umweltverbände und das Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger erweitern und den Informationszugang u. a. dadurch erleichtern, dass wir bei weniger umfangreichen Anfragen künftig auf eine Gebührenerhebung verzichten wollen.

Außerdem soll von Behörden ein offensiveres Informationsverhalten, beispielsweise durch Beratung und Hilfestellung, verlangt werden. Wenn eine angefragte Behörde nicht über die begehrten Informationen verfügt, so soll sie zukünftig verpflichtet sein, den Antrag an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Ferner soll die Pflicht zu regelmäßigen Veröffentlichungen eines Umweltzustandsberichts gesetzlich verankert werden.

Insgesamt versprechen wir uns davon eine neue Qualität des Informationsrechts, denn eine offene Informationspolitik steht in einem untrennbaren Zusammenhang mit einem der wichtigsten Projekte dieser Landesregierung, nämlich der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Bürgerbeteiligung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Antrag Drucksache 15/3515 ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Anspruch und Wirklichkeit: Die Gemeinschaftsschulen und ihre Schülerzahlen – Drucksachen 15/3524 (Geänderte Fassung) und 15/3913 – Ergänzende Stellungnahme (Geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für

die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die Begründung erteile ich Herrn Abg. Müller für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Gemeinschaftsschule ist umstritten. Die Streitfragen beziehen sich auf ganz unterschiedliche Gesichtspunkte: auf die Ziele, auf das Niveau, auf die Pädagogik, auf die Stellung der Gemeinschaftsschulen gegenüber anderen Schulen, auf die Stellung der Gemeinschaftsschulen gegenüber Schulstandorten und auch auf das Image. Dazu haben wir vor einiger Zeit bemerkenswerte Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap herausgegeben.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und kräftig dazu beigetragen!)

Worüber man nicht streiten sollte, sind Zahlen darüber, wie viele Schüler in die Gemeinschaftsschule gehen – also die Akzeptanz. Das ist der eigentliche Härtestest. Diese Zahlen kann man im Prinzip an drei unterschiedlichen Kriterien messen:

Kriterium Nummer 1 ist der Anspruch der Schule, eine Schule für alle Abschlüsse zu sein. Da geht es um eine optimale Größe.

Kriterium Nummer 2 ist die Sollvorgabe für eine Mindestgröße. Die Sollvorgabe heißt auf dem Papier: zweizügig und 40 Schüler.

Kriterium Nummer 3 ist der Vergleich zwischen der Prognose hinsichtlich der Zahl der Schüler, die eine Schule besuchen werden, und dem, was dann tatsächlich eingetreten ist.

Zum ersten Punkt: Eine Schule, die für alle Schüler alle Abschlüsse anbietet, muss eigentlich größer sein als andere Schulen, um diese verschiedenen Anforderungen abzudecken. Deswegen ist es sehr logisch, dass in Ländern, die schon eine gewisse Gemeinschafts- oder Gesamtschuleraufstellung haben, die Regel heißt: Eine solche Schule muss drei- bis vierzünftig sein. In Baden-Württemberg ist die Mindestgröße ein- bis zweizügig.

Wir haben nach der optimalen Betriebsgröße in Baden-Württemberg gefragt und dazu keine Antwort erhalten. Würde man die Messlatte der anderen Bundesländer an die Zahlen von Baden-Württemberg anlegen, würde es nur noch ganz wenige Gemeinschaftsschulen geben.

Zielsetzung Nummer 2 – Sollvorgabe: zweizügig und 40 Schüler –: Was ist die Realität? Es gab zwei Tranchen. Die erste Welle gab es im Jahr 2012, die zweite im Jahr 2013. Von den 41 Gemeinschaftsschulen, die im Jahr 2012 genehmigt wurden, blieben 14 unter dieser Zielgröße, der Mindestgröße. Von den 87 Schulen, die 2013 zu Gemeinschaftsschulen wurden, haben 45 – also die Hälfte – diese Mindestgröße nicht erreicht.

Dritter Punkt: Prognoseabweichungen. Sehenden Auges wurde die Mindestgröße unterschritten. Denn es gibt eine ganze Reihe von Schulen, bei denen schon bei der Genehmigung prognostiziert worden ist, dass es weniger als 40 Schüler sein würden. Um es konkret zu sagen: Bei der ersten Tranche ist bei 18 von 41 Schulen schon prognostiziert worden, dass sie

(Ulrich Müller)

bei weniger als 40 Schülern liegen würden. Da kann man sich wirklich fragen: Warum sind diese Gemeinschaftsschulen dann genehmigt worden? Bei der zweiten Tranche – im Jahr 2013 – ist bei 22 von 87 Schulen schon prognostiziert worden, dass sie unter der Sollgröße von 40 Schülern liegen würden.

Wenn man jetzt die Prognose auf der einen Seite mit den tatsächlichen Schülerzahlen auf der anderen Seite – genauer gesagt: den Anmeldezahlen; das waren die Zahlen, die im Sommer vorgelegen haben – vergleicht – jetzt fasse ich der Einfachheit halber einmal die beiden Tranchen zusammen; es sind zusammen 128 Schulen –, dann kann man feststellen: Von diesen 128 Schulen sind die Schülerzahlen für 40 unterschätzt, aber für 66 überschätzt worden. Für vier Schulen wurde Einzigigkeit prognostiziert. Sie sind aber zweizügig geworden; sie sind also etwas größer geworden. Aber bei 20 Schulen ist es genau umgekehrt: Zweizügigkeit ist prognostiziert worden, die Schulen wurden aber nur einzügig.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund muss man schon sagen: Es wundert uns nicht, dass Sie mit diesen Zahlen nicht herausrücken wollten. Wir mussten noch ein zweites Mal nachfassen, um die richtigen Zahlen zu bekommen. Es wundert uns nicht, dass das Statistische Landesamt die Schulstatistik 2013, die diese Zahlenreihe jetzt schulscharf fortführen könnte, nicht herausgibt. Und es wundert uns auch nicht, wie Sie mit diesen Abweichungen umgehen.

Ich darf die Stellungnahme zu Abschnitt I Ziffer 8 noch einmal vorlesen, in der wir gefragt hatten, worauf die Abweichungen zurückzuführen und was die Konsequenzen seien. Die Antwort der Regierung lautet wörtlich:

Der Begriff Prognose lässt erkennen, dass diese eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich des tatsächlichen Ergebnisses beinhaltet. Soweit die tatsächlichen Schüler- bzw. Anmeldezahlen von den prognostizierten Zahlen abweichen, ist

– jetzt kommt es –

die Prognose nicht eingetroffen.

Das war's. Aus einer falschen Prognose folgen also keinerlei Konsequenzen. Gibt es nicht so viele Schüler, wie vorhergesagt wurde oder wie man eigentlich haben sollte, geschieht gar nichts; die Gemeinschaftsschule bleibt bestehen. Daraus kann man einen Lehrsatz ableiten, wie in Baden-Württemberg eine Gemeinschaftsschule zustande kommt: Sie kommt nicht zustande, indem sie eine optimale Betriebsgröße hat,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

nicht, indem sie eine Mindestgröße hat,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

nicht, indem sie auf der Basis einer zutreffenden Prognose installiert worden ist;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

eine falsche Prognose genügt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Interessant ist auch der Trend, dass die negativen Abweichungen zwischen Soll und Ist in der zweiten Tranche größer waren als in der ersten und dass es nicht wenige Starterschulen gibt, die im zweiten Schuljahr ihres Bestehens bereits weniger Schüler haben als im ersten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss einen sorgen!)

Eine Rakete, meine Damen und Herren, haben Sie da wirklich nicht gezündet.

Zur Akzeptanz bei den Eltern noch ein paar lokale Einzelbeobachtungen – auch in Zahlen ausgedrückt –: Bisher gab es in Baden-Württemberg zur Gemeinschaftsschule zwei Bürgerentscheide, nämlich in Bad Saulgau und in Hirschberg; beide gingen zuungunsten der Gemeinschaftsschule aus.

In Leutkirch wurden Eltern befragt, welche Schule sie bevorzugen würden. 12 % nannten die Gemeinschaftsschule.

In Friedrichshafen wurde gefragt: „Könnten Sie sich vorstellen ...?“ – weich – und: „Schicken Sie Ihr Kind ...?“ – hart. Bei der harten Frage lag die Zustimmung bei zwischen 4,2 und 7,7 %.

In Laupheim wurde erst kürzlich gefragt: „Wenn es eine Gemeinschaftsschule mit den Klassenstufen 5 bis 10 gibt, kommt sie für Ihr Kind in Betracht?“ 7 % – 7 %! – antworteten mit Ja.

In Salem gab es kürzlich eine Unterschriftensammlung zum Erhalt der Realschule: 2 200 Eltern bzw. Bürger haben sich innerhalb weniger Tage für den Erhalt der Realschule ausgesprochen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Machen Sie das doch einmal in Konstanz und Oberhausen! Da explodieren die Anmeldezahlen, Herr Müller! Das ignorieren Sie immer! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo schicken Sie die Kinder hin?)

Es ist merkwürdig, dass bei der Freigabe der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung mit der Elternwahlfreiheit argumentiert wird, aber anschließend die Schulen, zwischen denen man wählen sollte, abgeschafft werden sollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ein Unsinn!)

Meine Damen und Herren, in Norddeutschland würde man, was den Start der Gemeinschaftsschule anbelangt, sagen: Sie kommt nicht in die Puschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sauber analysiert!)

Lassen Sie mich zum Schluss in aller Kürze noch etwas zu dem Beschlussteil unseres Antrags – Abschnitt II – sagen. Formal gesehen – aber nur formal – hat sich Ziffer 1 durch Zeitablauf erledigt. Bei Ziffer 2 halten wir am ersten Halbsatz, also der Forderung, dass bei der Gründung von Gemeinschaftsschulen Benachteiligungen anderer Schularten und Schulstandorte abgestellt werden sollen, fest. Auf den zweiten Halbsatz würden wir dann verzichten, wenn uns der Kultusminister heute zusagt, dass wir die Schulstatistik 2013 schulscharf

(Ulrich Müller)

für die Gemeinschaftsschulen bekommen. Andernfalls müssten wir einen erneuten Berichtsantrag stellen. Dann würden wir eines Tages eine ebenso mit harten Zahlen unterlegte Debatte führen können, wie wir dies heute auch tun.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fasse jetzt einmal zusammen, was Herr Müller gesagt hat: Baden-Württemberg braucht drei- bis vierzügige Schulen, damit überhaupt ein breites Spektrum angeboten werden kann.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gemeinschaftsschulen! Nicht alle Schularten! Nur Gemeinschaftsschulen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gemeinschaftsschulen!)

Sie sind es, die uns immer vorhalten, wir würden die Schulen im ländlichen Raum nicht unterstützen, wir würden nur noch große Schulstandorte fordern, wir wollten Schulen im Land schließen. Wenn wir das, was Sie uns jetzt vorgetragen haben, aufnehmen würden, dann hätte der ländliche Raum überhaupt keine Chance mehr, und wir könnten in den nächsten zehn Jahren sämtliche Schulen im ländlichen Raum schließen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! – Abg. Volker Schebesta CDU: Nur Gemeinschaftsschulen!)

Ihrer Aussage, Herr Müller, dass die Zahlen eine Abweichung von der Prognose mit sich bringen, widerspreche ich überhaupt nicht. Aber Sie haben unterschlagen, dass es genauso Abweichungen nach oben gab,

(Abg. Ulrich Müller CDU: Habe ich gesagt!)

dass es genügend Schulstandorte gab, die laut Prognose eigentlich gar keine Chance gehabt hätten und am Ende eine dreizügige Schule vorweisen; ich nenne das Beispiel Schemmerhofen. Es gibt Schulen, die im nächsten Jahr sechszügig starten; ich nenne Konstanz. Es gibt Gemeinschaftsschulen, die Schüler abweisen mussten, wie beispielsweise die Schule in Bammental. Die Liste ließe sich fortführen. Was Sie hier im Parlament ständig tun, nämlich dass Sie die Gemeinschaftsschule vor das Aus stellen, dass Sie die Gemeinschaftsschule schlechtreden, hat natürlich auch das zur Folge, was Sie beschrieben haben, dass nämlich die Eltern vor Ort verunsichert sind.

(Abg. Georg Wacker CDU: Die böse Opposition ist schuld!)

Daher: Beteiligen Sie sich endlich einmal konstruktiv an dieser Debatte, und versuchen Sie nicht immer nur, alles durch Ihre Äußerungen schlechtzureden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Georg Wacker CDU: Jetzt ist die Opposition schuld!)

Ich wünsche mir von Ihnen auch mehr Ehrlichkeit vor Ort. Ihre Kollegen ziehen im Land umher und besuchen Gemeinschaftsschulen. Zuletzt hat der Kollege Guido Wolf – er ist heute nicht da – die Gemeinschaftsschule in Aldingen besucht. Er hat sich vom Konzept überzeugt, sagte: „Das ist eine funktionierende Schule“ und zeigte sich begeistert davon, was die Schülerinnen und Schüler dort leisten. Sagen Sie doch den Eltern, dass Sie die Gemeinschaftsschulen nicht wollen. Sagen Sie, dass die Gemeinschaftsschule nach Ihrem Dafürhalten in Baden-Württemberg keine Chance hat. Und sagen Sie den Eltern, dass die Gemeinschaftsschule, wenn Sie regieren würden, nicht existieren würde. Ich glaube, das wäre ehrlich, und das wäre etwas, was Sie den Menschen draußen endlich einmal sagen sollten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ihnen wäre es doch lieber, es gäbe keine Opposition! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Wieso? Es gibt doch keine! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir sind Demokraten!)

Für uns hat die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg genau die Funktion, Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und auf die Entwicklung im ländlichen Raum eine Antwort zu geben. Schauen Sie einmal hin, wie viele Schulstandorte im ländlichen Raum dadurch steigende Schülerzahlen verzeichnen, tatsächlich ihre Schule vor Ort halten konnten, die den Schülerinnen und Schülern nun ein breites Angebot mit allen Schulabschlüssen bietet. Ich möchte Sie einmal fragen, wie Sie das in der Zukunft erreichen wollen.

Wenn Sie den Realschulen ehrlich sagen würden, dass Ihrer Ansicht nach die Realschule zukünftig auch den Hauptschulabschluss anbieten soll und dass dann Schülerinnen und Schüler dort auf den Hauptschulabschluss und auf die mittlere Reife vorbereitet werden sollen – wie an der Werkrealschule –, dann, meine Damen und Herren, glaube ich, verlieren Sie die Akzeptanz für Ihr Vorhaben. Denn das bedeutet, dass keine Förderung für alle Schülerinnen und Schüler gegeben ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie bitte?)

dass Sie die Gymnasialkinder an der Realschule außen vor lassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Quatsch! Sie werden zielgerichtet vorbereitet und nicht vernachlässigt!)

Die Realschule wird zu 20 % von eigentlichen Gymnasialschülern besucht. Dadurch, dass Sie den Schülerinnen und Schülern dort neben dem Erwerb der mittleren Reife nur den Hauptschulabschluss anbieten, geben Sie den Gymnasialkindern an der Realschule keine Chance, sich in dem Maß zu entwickeln, wie sie es könnten. Damit vernachlässigen Sie eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern der Realschule.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Sandra Boser)

Die Gemeinschaftsschule im Land zeigt uns, dass es funktioniert. Die Eltern sind von der Gemeinschaftsschule vor Ort überzeugt und wählen an den Standorten, an denen sich die Gemeinschaftsschule etabliert hat, diese Schule für ihre Kinder; sie sehen es als eine große Chance, dass für ihre Kinder ein entsprechendes Schulangebot vorgehalten wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Träumen Sie weiter!)

Ich glaube, dass wir auch in der Zukunft in Baden-Württemberg nur dann ein breites Angebot in der Fläche aufrechterhalten können, wenn wir auf die Schülerinnen und Schüler eingehen, wenn wir auf die Schulen eingehen und wenn wir die Schulstrukturen im ländlichen Raum aufrechterhalten können, sodass nach wie vor alle Bildungsabschlüsse erreichbar sind. Darauf, denke ich, ist nach wie vor die Gemeinschaftsschule die richtige Antwort.

Ich muss mir immer wieder anhören, was wir angeblich in der Bildungspolitik nicht erreicht haben. Ich hätte mich gefreut, wenn sich gestern Abend jemand Ihrer Kollegen – Frau Kurtz war da, aber ansonsten war niemand von der Opposition anwesend –

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

die Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs angehört hätte und den Auftrag, der aus dieser Studie heraus an das Bundesland Baden-Württemberg gerichtet wurde, mitgenommen hätte. Professor Pant sagt, dass Baden-Württemberg im Ländervergleich seit 2000 stetig an Leistung verloren hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

Setzen Sie sich damit auseinander. Seit 2000! Sie haben es in den vergangenen Jahren verbockt, ein Schulsystem auf die Beine zu stellen, das allen Schülerinnen und Schülern gerecht wird. Das müssen wir uns immer wieder anhören.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

In Baden-Württemberg gibt es keine Bildungsgerechtigkeit,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

die den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bietet, auf alle Bildungsabschlüsse hinzuarbeiten, und zwar nicht erst durch Brüche in der Schulbiografie, sondern im Rahmen ihrer Entwicklung.

Wir haben noch viele Bildungsaufgaben von Ihnen abzuarbeiten: regionale Schulentwicklung, Inklusion, Ganztagschule.

(Zuruf von der CDU: Dann macht doch endlich mal!)

– Wir machen das. Sie haben es nicht gemacht. Das muss ich jedes Mal am Ende meiner Rede betonen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Tun wir doch nicht so; eigentlich geht es doch heute nur oberflächlich um die Prognosen. Es ist doch wenig überraschend, dass Prognosen Unsicherheiten in sich bergen.

Übrigens ist mit Blick auf die Zahlen vielleicht an dieser Stelle das Fazit interessant, dass bei 80,5 % aller Gemeinschaftsschulen der ersten Tranche – diese sind 2012 gestartet; es gibt also jetzt schon zwei Anmeldejahrgänge – die realisierten Schülerzahlen der Prognose entsprechen oder die prognostizierten Werte sogar deutlich überschritten werden. Das ist für eine neue Schule eine bemerkenswerte Entwicklung. Das zeigt auch, dass die Eltern Vertrauen in die Gemeinschaftsschule haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Walter Heiler SPD: Genau!)

Aber eigentlich geht es heute doch um etwas ganz anderes. Es geht nämlich um Spalterei, und es geht um eine gesplattete CDU, eine CDU mit zwei Gesichtern. Sie können es nicht lassen, die Lehrerinnen und Lehrer der Gemeinschaftsschule gegen die anderer Schulen auszuspielen. Wenn Sie Ressourcen vergleichen, erwähnen Sie, Herr Müller, z. B. nicht, dass die höhere Ressourcenausstattung der Gemeinschaftsschulen auch etwas mit dem gebundenen Ganztagsbetrieb oder der notwendigen Inklusion zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Auch vergessen Sie immer wieder, dass Grüne und SPD das Gymnasium mit einer Poolstunde mehr ausgestattet und der Realschule sogar erstmals Poolstunden eingeräumt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da können Sie die ganze Heterogenität abbilden! Großartig!)

Sie hingegen setzen auf Rufmordmethoden. Ich muss das so hart formulieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt hören Sie aber auf!)

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus einem Artikel im „Südkurier“ die Aussage von Herrn Peter Singer, Rektor der Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar, zur Realschulumsfrage der CDU – Herr Müller hat dazu gerade wieder den Aufschlag gemacht –:

„Das ist Stimmungsmache gegen die Gemeinschaftsschule, Verunsicherung der Eltern, taktisch klug im Zeitraum der Beratungsgespräche der Viertklässler und der Informationsveranstaltungen der weiterführenden Schulen platziert“ ...

Oder ich zitiere Johannes Todt, Schulleiter der Gemeinschaftsschule in Mönchweiler:

„Ich halte so was für unlauter. Man kann z. B. nicht eine Schulart, die bislang nur in den Klassen 5 und 6 besteht, weil sie erst vor zwei Jahren eingeführt wurde, mit der Abschlussklasse 10 einer Realschule vergleichen. ...“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Schlimm, aber leider wohl auch treffend ist die Schlussfolgerung von Rektor Singer:

„Sie

– die CDU –

nehmen bewusst in Kauf, dass durch gelenkte Fragestellungen eine negative Stimmung gegen etwas Neues erzeugt wird. Diese Art Politik zu machen demoralisiert engagierte und motivierte Kollegen sowie die Schulleitungen aller Schularten.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Walter Heiler SPD: Ganz typisch! – Abg.
Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

Das kann ich nur unterstreichen. Ihre bildungspolitische Spalterei ist eine Belastung für unser Bildungssystem, eine Belastung für alle Schulen. Ich fordere Sie heute noch einmal nachdrücklich auf: Hören Sie mit Ihren CDU-Spalterparolen auf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie vereinheitlichen! Wir wollen erhalten! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Aber ich muss Ihnen leider auch sagen: Einige von Ihnen, die hier regelmäßig applaudieren – auch vorhin gerade wieder –, wenn es gegen die Gemeinschaftsschule geht, müssen sich schon die Frage gefallen lassen, warum sie dann eigentlich die Gemeinschaftsschule bei Besuchen vor Ort loben.

Auf der Homepage der Kollegin Gurr-Hirsch steht über ihren Besuch bei der Stettenfelsschule, einer Gemeinschaftsschule:

Jedes Kind ist entsprechend seinen Fähigkeiten gefordert. Dabei macht das Lernen jetzt sehr viel mehr Spaß als in der Grundschule.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen: Oi! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Weiter heißt es:

Sie

– Frau Gurr-Hirsch –

sieht in der Art, wie die Stettenfelsschule die neue Schulform praktiziert, das Leistungsprinzip nicht in Gefahr.

Gehen wir zur Website von Frau Kollegin Stolz über. Ich zitiere:

Mit viel Engagement bereitet Schulleiter Franz Högenauer den Einstieg in die Gemeinschaftsschule zum neuen Schuljahr vor. Die guten räumlichen Voraussetzungen der Schule in Dietenheim erleichtern neue Wege des Lernens. Die Gemeinschaftsschule soll den Schulstandort Dietenheim sichern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! Hey! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Frau Kollegin Kurtz informierte sich in der Ferdinand-Porsche-Schule, einer Gemeinschaftsschule in Weissach. Ich zitiere von ihrer Website:

Beeindruckend war für Sabine Kurtz MdL die Arbeitshaltung der Schülerinnen und Schüler und die gute Atmosphäre im Haus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! Jawohl! Hey! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! Er soll weitermachen!)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bitte erst nach dem Showteil.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gut.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Der Kollege Thomas Blenke äußert zur Gemeinschaftsschule Neubulach:

Die Schule in Neubulach hat sich sehr positiv entwickelt und ihr interessantes, eigenes Profil gefunden, ...

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Hey!)

Last, but not least gibt es Anerkennung und Lob von oberster Stelle. Ich zitiere:

„Ich habe den Eindruck, es gibt gut funktionierende und von motivierten Lehrern getragene Gemeinschaftsschulen.“ Mit diesen Worten hat Landtagspräsident Guido Wolf seinen Besuch in der Gemeinschaftsschule Aldingen bilanziert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen: Oi! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! Das war gut! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, Sie haben recht, wenn Sie die Arbeit der Gemeinschaftsschulen loben. Aber warum applaudieren Sie dann bei rufschädigenden Debatten, bei Debattenbeiträgen Ihrer Fraktion gegen die Gemeinschaftsschule? Ich kann die CDU nur auffordern, ihre Pannikpolitik und, Herr Röhm, ihr bildungspolitisches Chaos endlich zu beenden. Heute ist Ihre Chance.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Erklären Sie: „Jawohl, die Gemeinschaftsschulen machen eine tolle Arbeit. Sie sind eine Bereicherung für unser Land, gut für den Bildungserfolg, gut für Familien und gut für Baden-Württemberg.“

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Grünen und SPD: Jetzt kommt ihr wieder auf den Teppich!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gemeinschaftsschule wirft mehr neue Gerechtigkeitsprobleme auf, als sie löst.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Bravo!)

Eines dieser Gerechtigkeitsprobleme ist die Frage der Mindestgröße von Schulen. So haben in der Vergangenheit zahlreiche kleine Haupt- und Werkrealschulen ihren Betrieb aufgrund der insgesamt sinkenden Schülerzahlen aufgegeben; aber das wurde massiv verschärft durch mutwillige grün-rote Beschlüsse gegen das gegliederte Bildungswesen wie beispielsweise die überstürzte und nicht vorbereitete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Man könnte dies auch als das erste grün-rote Schulschließungsbeschleunigungsprogramm bezeichnen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Den Haupt- und Realschulen, die noch nicht aufgegeben haben, wird nun mithilfe Ihrer sogenannten regionalen Schulentwicklungsplanung der Hahn zugekehrt.

(Zurufe von den Grünen)

Was Sie nämlich „regionale Schulentwicklung“ nennen, ist in Wirklichkeit das zweite grün-rote Schulschließungsbeschleunigungsprogramm. Statt den Verantwortlichen vor Ort in einer Bildungsregion echte Entscheidungsrechte zu übertragen und sie ihr Schulangebot eigenständig gestalten zu lassen, wird die regionale Schulentwicklung ausgelöst, wenn weniger als 16 Schüler eines Jahrgangs an einer Schule angemeldet sind.

Zugegeben: Wenn eine Schule ein differenziertes Angebot vorhalten will, bedarf es sicherlich einer bestimmten Mindestgröße. Doch um ein möglichst differenziertes und damit für die Schülerbedürfnisse passendes Angebot organisatorisch auf die Beine zu stellen, muss man sich die ortsspezifischen Besonderheiten anschauen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann kommen Sie doch mal nach Tübingen!)

Dass man hier in Baden-Württemberg – anders als in Nordrhein-Westfalen – nicht eine Vier- bis Fünfüzigkeit für die Gemeinschaftsschulen vorgeschrieben hat, sondern nur Zweizügigkeit, und in den ersten Tranchen sogar ein- oder eineinhalbzügige Gemeinschaftsschulen zugelassen hat, zeigt übrigens, wie bedrückend wenig es Grün-Rot hierzulande auf den Inhalt ankommt. Bei Grün-Rot gilt das Motto: Je mehr Gemeinschaftsschulen in der grün-roten Abschlussbilanz 2016, desto besser.

Gleichzeitig projizieren Sie alle Hoffnungen und Erwartungen auf die Gemeinschaftsschule: Sie kann Hauptschule, sie kann Werkrealschule, sie kann Realschule, sie kann Gymnasium, sie ist die Inklusionsschule, die die Sonderschulen überflüssig macht, und das optimale Angebot für die Hochbegab-

ten; die beruflichen Schulen werden durch sie überflüssig, weil die Gemeinschaftsschule umfassende Berufsorientierung vermittelt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Bravo!)

Meine Damen und Herren, wenn man diese grüne, menschenunmögliche Raumkapsel auch nur in Ansätzen auf den Boden der Realität holen will, dann benötigt man eine ganz andere Schulgröße, als sie jetzt bei den allermeisten Gemeinschaftsschulen besteht. Nur so können die Lehrer arbeitsteilig vorgehen, sich spezialisieren und die Schüler individuell fördern.

Aber eine Vierzügigkeit als Vorgabe für die Gemeinschaftsschule hätte sich nicht mit der verlockenden Möglichkeit vertragen, die demografische Not der Kommunen auszunutzen, die zur Rettung ihres Schulstandorts bereit waren, einige Kröten zu schlucken.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Oh!)

So haben Sie eine Schulart beschlossen, über die keinerlei belastbare Erfahrungswerte vorlagen, für die es keinen Bildungsplan gab und kaum Lehrerfortbildungen vorhanden waren. Dafür gibt es aber – das ist sozusagen das ergänzende, heimliche Schulschließungsbeschleunigungsprogramm – jede Menge Privilegien, allen voran den Ganztagsbetrieb. Es folgen zusätzliche Lehrerwochenstunden für die individuelle Förderung,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sind Sie dagegen?)

ganz so, als würde es diese nur an der Gemeinschaftsschule geben. Es gibt zusätzliche Lehrerwochenstunden als Starthilfe über Jahre hinweg und außerdem einen Zuschlag für die Eigenschaft als Inklusionsschule, was keine andere Schule erhält. Zudem liegt der Klassenteiler bei 28 statt – wie anderswo – bei 30. Wieder haben wir ein neues Gerechtigkeitsproblem der grün-roten Gemeinschaftsschule.

Meine Damen und Herren, was könnte die Lösung sein? Im Grunde ist es ganz simpel. Nur wenn Grün-Rot der Gerechtigkeit auch tatsächlich eine Chance gibt, dann geben Sie Leistung und Qualität eine Chance. Nur wenn Grün-Rot Leistung und Qualität eine Chance gibt, geben Sie auch Ihrem Lieblingskind Gemeinschaftsschule eine Chance. Denn nur wenn sie wie jede andere Schulart auch eine Chance hat, sich unter fairen Bedingungen zu bewähren, hat sie eine Chance, langfristig Ansehen und Vertrauen zu gewinnen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Selbst das ist gerade einmal eine notwendige, aber noch lange keine hinreichende Bedingung, um eine erfolgreiche Schulart – wie beispielsweise die Realschule oder die beruflichen Schulen, die Grün-Rot derzeit leider demontiert – zu werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe manchmal das Gefühl: Und ewig grüßt das Murmeltier.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist mein Spruch! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Es ist für mich immer wieder erschreckend, bei den Redebeiträgen der Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP feststellen zu müssen, dass sie sich offensichtlich nicht mit der Realität in diesem Land auseinandersetzen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das sagt ein Jurist zu einem Lehrer! Sie standen noch nie vor einer Schulklasse!)

Für mich ist insbesondere erschreckend – Herr Kollege Müller, da darf ich Sie ganz konkret ansprechen –, zu sehen – auch im Hinblick auf all das, was ich den Zeitungen entnehme –, was in Oberschwaben an Diskussionen läuft. Dort wird so etwas Ähnliches wie ein – so sage ich einfach einmal – pseudoreligiöser Kreuzzug gegen die Gemeinschaftsschule geführt. Damit werden Sie der schulischen Wirklichkeit in Baden-Württemberg und vor allem den Kindern in diesem Land nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat mit Kreuzzug nichts zu tun!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, am meisten erschreckt mich, dass Sie keine Antworten auf eine Entwicklung haben, die bereits seit vielen Jahren vonstattengeht. Ich werde immer wieder darauf hinweisen, dass nicht allein der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung – wie es Kollege Kern immer wieder darzustellen versucht – diese Prozesse ausgelöst hat.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber massiv verstärkt! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Dazu möchte ich kurz zwei Zahlen anführen: 2001 hatten wir an den Hauptschulen in Baden-Württemberg noch 40 000 Schüler. Diese Zahl ging bis 2011 auf etwas über 23 000 zurück.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie bitte hinaus, wenn Sie sich unterhalten möchten, und machen Sie hier keine Querrufe. Hören Sie doch dem Minister zu. – Bitte, Herr Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Wenn in diesem Zeitraum die Zahl der weiterführenden Schulen – gerade im Haupt- und Werkrealschulbereich – um mehrere Hundert Standorte ausgedünnt wurde, dann können Sie doch nicht einfach so tun, als ob diese Prozesse erst im Jahr 2011 begonnen hätten. Sie haben schlicht und einfach weder in struktureller noch in pädagogischer Hinsicht irgendeine Antwort auf diese Änderungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Selbstverständlich!)

Zum Thema: Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere mit der Einführung der Gemeinschaftsschule verbundenen Erwartungen haben sich erfüllt. Das zeigt bereits die große Zahl der genehmigten Schulen. Das Konzept der Gemeinschaftsschule – Herr Kollege Fulst-Blei hat hierzu zahlreiche Zitate angeführt – hat sich in der Praxis bewährt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht das überhaupt aus? Das müssen Sie erst einmal darlegen! Es gibt 30 verschiedene!)

Die Gemeinschaftsschule ist die Schulart, die am besten auf die zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler eingestellt ist. Bereits im zweiten Jahr ihres Bestehens – davon reden wir im Moment – hat sich erfreulicherweise die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den fünften Klassen erheblich erhöht. Insbesondere die Schulen der ersten Tranche, Herr Kollege Müller, weisen größtenteils erheblich mehr Schüler auf als im ersten Anmeldejahr. Hier zeigt sich deutlich, dass die Gemeinschaftsschulen vor Ort an Vertrauen hinzugewinnen und vor allem Vertrauen der Eltern gewinnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es haben auch schon Schüler Gemeinschaftsschulen verlassen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wie in den ersten beiden Tranchen macht sich die Attraktivität erneut in dieser dritten Tranche über die Parteigrenzen hinweg bemerkbar. Deswegen bitte ich Sie, hier nicht ständig irgendwelche Rituale abzufeiern, sondern sich schlicht und einfach die Mühe zu machen, die Situation vor Ort in den Kommunen anzuschauen.

21 der 81 neuen Gemeinschaftsschulen befinden sich in Kommunen mit einem CDU-Bürgermeister.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Daran wird übrigens erfreulicherweise deutlich, dass die Gemeinschaftsschule als Faktor in der Schullandschaft in der Regel kein parteipolitisches Konfliktthema auf kommunaler Ebene ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mangels Alternativkonzept!)

Für die Genehmigung der Gemeinschaftsschulen – Herr Kollege Müller hat die Frage der Systematik hinsichtlich der Prognosen angesprochen – ist seit der dritten Tranche – deshalb ist es auch fehlerhaft, den Vorwurf bei der zweiten Tranche auf die aktuelle schulgesetzliche Regelung zu beziehen – die dauerhafte Mindestschülerzahl von 40 maßgeblich. Genau damit wird sichergestellt – was Sie kritisieren –, dass aufgrund der Größe einer Schule die optimalen Rahmenbedingungen für eine qualitätsvolle Arbeit in pädagogischer und fachlicher Hinsicht gegeben sind. Ebenso sind dadurch natürlich auch ein effizienterer Ressourceneinsatz und eine bessere Organisierbarkeit der Schulen gewährleistet. Die geforderte Schulmindestgröße sichert damit für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie für die Schulträger die notwendigen Anforderungen in pädagogischer, in fachlicher und auch in räumlicher Hinsicht.

(Minister Andreas Stoch)

In gewisser Weise widersprechen Sie sich ja auch. Auf der einen Seite nennen Sie Mindestgrößen hinsichtlich einer Drei-, Vier- oder Mehrzügigkeit, und auf der anderen Seite werfen Sie uns vor, den ländlichen Raum zu schwächen. Herr Müller, es muss doch deutlich werden, dass Sie sich hier in einem Widerspruch befinden.

Letztlich haben wir von Ihnen keine Antwort gehört, wie Sie auf diese Veränderungen – auch in den Elternwünschen hinsichtlich des Bildungsabschlusses – reagieren wollen. Sie haben keine Antwort. Sie torpedieren mit Ihren Argumenten aber die Gemeinschaftsschule. Letztlich verstricken Sie sich haltlos in Widersprüche.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ressourcenausstattung an den Gemeinschaftsschulen, die auch beim Kollegen Zimmermann immer wieder Thema ist,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

entspricht der Arbeitsweise und dem pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule. Die Schulen erhalten zur Umsetzung dieses anspruchsvollen pädagogischen Konzepts, vor allem auch des individualisierten Lernens – wir wollen gerade auf die Förderung der Schülerinnen und Schüler besonderen Wert legen –, eine zusätzliche Stundenzuweisung von derzeit vier Lehrerwochenstunden pro Klasse. Das ist kein Privileg, sondern aus meiner Sicht die notwendige Basis, um das gemeinsame Lernen in heterogenen Gruppen auf drei Niveaustufen tatsächlich umsetzen zu können.

Daneben erhalten die Gemeinschaftsschulen – Herr Kollege Fulst-Blei hat es erwähnt – als Ganztagschulen genauso wie andere Schulen, die Ganztagschulen sind, eine zusätzliche Zuweisung, um den Ganztagsbetrieb auszubilden und ebenso um Inklusion möglich zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Debatte über die Schülerzahlen an der Gemeinschaftsschule, über Mindestgrößen und optimale Betriebsgrößen lässt sich nicht losgelöst von einem zweiten wichtigen Projekt dieser Landesregierung, der regionalen Schulentwicklungsplanung, führen. Die Einführung der Gemeinschaftsschulen und die regionale Schulentwicklungsplanung sollen – das ist das ausdrückliche Anliegen dieser Landesregierung – zur Chancengerechtigkeit an unseren Schulen beitragen und sind die angemessene Antwort auf die demografische Entwicklung im Land.

Das, was von Ihnen hinterlassen wurde, war ein Prozess der Auszehrung des ländlichen Raums. Die regionale Schulentwicklung ist die einzige Chance, im ländlichen Raum weiterführende Schulen in hoher Qualität vorzuhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen ist klar formuliert: Unser Ziel ist es, allen Schülerinnen und Schülern in zumutbarer Erreichbarkeit den von ihnen gewünschten Bildungsabschluss entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten zu ermöglichen.

Wir wollen mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen verantwortlich umgehen und diese effizient im Sinne der Schü-

lerinnen und Schüler einsetzen. Aber es sind nicht nur die Ressourcenaspekte, die dafür sprechen, dass allgemeinbildende weiterführende Schulen stabil mindestens zweizügig sein sollen. Das gilt nicht nur, aber auch für die Gemeinschaftsschulen.

Bei der Frage, ab welcher Schülerzahl eine Schule stabil zweizügig ist, sind wir natürlich auf Prognosen angewiesen. Prognosen sind vor allem dann eine schwierige Sache, wenn schon die Prognosegrundlagen unsicher sind, beispielsweise weil man Neuland betritt. Das haben wir bei der Einführung der Gemeinschaftsschule ganz sicher getan. Wir haben aber auch die Erfahrungen aus den ersten drei Genehmigungsrounds genau ausgewertet und unsere Prognosegrundlagen verfeinert. Wir werden sie zukünftig weiter verfeinern.

Schon in der dritten Genehmigungsrunde der Gemeinschaftsschulen galt, was wir in einem Gesetzentwurf, den ich dem Hohen Haus in den nächsten Wochen vorlegen möchte, noch einmal deutlich formuliert haben. Für die Neueinrichtung allgemeinbildender weiterführender Schulen sind, wie bereits dargelegt, langfristig prognostiziert mindestens 40 Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen erforderlich. Für die Eingangsklassenstufe der allgemeinbildenden Gymnasien sowie für die gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschulen gilt das ambitionierte Ziel, bei Neueinrichtungen die Mindestschülerzahl 60 einzuhalten.

Vorhin wurde bereits der gestrige Vortrag über den IQB-Ländervergleich angesprochen. Da erschrecken mich manche Zahlen wirklich. Mich erschrecken etwa Zahlen, die ein Indikator dafür sein können, warum wir in den wichtigen Fächern Mathematik und Naturwissenschaften deutlich hinter andere Länder zurückgefallen sind. Mich erschreckt z. B. der Anteil an fachfremd unterrichtenden Lehrkräften in diesen Bereichen der Naturwissenschaften.

Wer die Augen davor verschließt, dass es hier auch um die Frage einer kritischen Größe, und zwar nach unten, geht, der verschließt die Augen vor der Wirklichkeit.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Wir brauchen auch aus Qualitätsgründen eine Strukturentwicklung unserer Schullandschaft, und die regionale Schulentwicklungsplanung ist, bezogen auf die Verhältnisse in Baden-Württemberg, die richtige Antwort darauf. Wir brauchen Mindestgrößen. Wir brauchen jedoch keine Mindestgrößen, die den ländlichen Raum auszehren würden und dort keine weiterführenden Schulen mehr zulassen würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ja wohl.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Minister, Sie haben Bezug auf den IQB-Vergleich genommen und dabei auch beschrie-

(Georg Wacker)

ben, dass offensichtlich zu viel fachfremder Unterricht erteilt wurde. Wie sehen Sie dies im Zusammenhang mit dem Umgang mit den Fächerverbünden? Sie wollen ja die bisherigen Fächerverbünde genau mit dieser Begründung auflösen. Gilt das dann auch konkret auf das Fach Biologie bezogen? Wie gehen Sie mit dem Fächerverbund um? Oder ist Biologie eine Ausnahme, was die Fachlichkeit betrifft?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Wacker, Sie wissen genau – ich unterstelle, dass Sie das besser wissen, als es Ihre Frage signalisiert –, dass das Thema „Auflösen der Fächerverbünde“ gerade mit dem Thema Fachlichkeit, insbesondere im Bereich der Lehrkräfte, zu tun hat und bei Fächerverbünden die Gefahr besteht, dass einzelne Bestandteile dessen, was man als Fächerverbund konzipiert hat, untergehen oder nicht ausreichend unterrichtet werden.

Die Frage, die Sie stellen und die sich in manchen Schlagzeilen wie „Landesregierung will Biologie abschaffen“ widerspiegelt, möchte ich auf das tatsächliche Maß reduzieren. Es geht im Bildungsplan an einer Stelle um einen Fächerverbund, der sich nach Aussage der Experten bewährt hat. Es ist der Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ in den Klassen 5 und 6 an Realschulen und Werkrealschulen. Dieser Fächerverbund könnte auch an den Gymnasien eingeführt werden, weil der dort verwendete phänomenologische Ansatz erfolgreich die Basis gelegt hat, um anschließend ab Klasse 7 wieder in den einzelnen Naturwissenschaften zu unterrichten.

Allein dies ist Gegenstand der Diskussion. Wenn Sie durch Ihre Fragestellung suggerieren, dass die Wichtigkeit und die Rolle der Biologie infrage gestellt werden, täuschen Sie sich, oder wenn Sie es besser wissen, täuschen Sie die Öffentlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Georg Wacker CDU: Es geht ja um die Gymnasien!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Anspruch, den ich vorhin formuliert habe, was die Mindestgrößen angeht, widerspricht auch nicht, dass von den genehmigten Gemeinschaftsschulen derzeit 14 noch keine Zweizügigkeit aufweisen. Ein Großteil dieser Schulen zeigt eine erfreuliche Schülerzahlentwicklung. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass diese Schulen – genau das streben wir an – mittel- und langfristig eine stabile Zweizügigkeit erreichen können. Hier von einem Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit zu sprechen geht an der Sache vorbei und wird auch der Arbeit der Schulen und der hervorragenden Arbeit der hochambitionierten Lehrerinnen und Lehrer vor Ort nicht gerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stellen sicher, dass bei jeder schulorganisatorischen Entscheidung auch die Interessen der umliegenden Gemeinden geltend gemacht und gewürdigt werden können. Wir sind mit dem Anspruch angetreten, dass die Genehmigung von Gemeinschaftsschulen in einem transparenten Verfahren und nach für alle nachvollziehbaren Kriterien erfolgt.

Auch hier können wir uns an der Wirklichkeit messen lassen. Wir alle haben in der Presse verfolgen können, dass nicht jede der Entscheidungen über Anträge zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule auf uneingeschränkte Zustimmung gestoßen ist. Einige Ablehnungen – gerade in der vergangenen drit-

ten Tranche – sind mir sehr schwergefallen, waren aber leider gerade im Hinblick auf die Schülerzahl unvermeidlich.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen von CDU und FDP/DVP, Sie müssen sich schon entscheiden: Entweder Sie werfen der Landesregierung vor, bei der Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen die eigenen Maßstäbe zu missachten mit der Folge, dass zu kleine Gemeinschaftsschulen genehmigt werden – so im Antrag der CDU, der Anlass für die heutige Debatte ist –, oder Sie bitten mich, in diesem oder jenem Fall ein Auge zuzudrücken

(Zuruf: Genau!)

und es insbesondere mit der Mindestgröße nicht so genau zu nehmen – so in einer Vielzahl von Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen der Opposition und in E-Mails und Briefen, mit denen sie sich für die Genehmigung von Anträgen aus den jeweiligen Wahlkreisen einsetzen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Was? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ross und Reiter nennen!)

Wer hier im Landtag ein transparentes und gerechtes Verfahren fordert – ich gehöre zu denen, die das tun –, darf für seinen Wahlkreis keine Gefälligkeiten erbitten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nennen Sie Ross und Reiter!)

– Ich werde Ihnen diese Namen gern nennen; aber nicht hier im Plenum. Dass wir uns nicht falsch verstehen: Jeder Abgeordnete hier im Hause hat auch die Interessen seines Wahlkreises wahrzunehmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann nennen Sie Ross und Reiter! Stellen Sie keine Behauptungen in den Raum! – Abg. Thomas Blenke CDU: Warum verweigern Sie sich dann den Gesprächen?)

Ich sehe es als wichtig an, dass die Kolleginnen und Kollegen dieser Aufgabe auch gerecht werden. Aber ich wollte auch auf den Widerspruch zwischen einer Ablehnung im Abstrakten und einer Befürwortung im Konkreten hinweisen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann müssen Sie konkret werden!)

wie es vom Kollegen Fulst-Blei mit entsprechenden Zitaten unterlegt wurde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber Sie sind nicht konkret!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

(Zurufe von der SPD: Oi!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Zimmermann, bitte.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, ich war zuvor fast ein bisschen beleidigt, da ich mit meiner Homepage von Ihrem Kollegen nicht aufgeführt wurde.

(Vereinzelt Heiterkeit – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Aber Sie können in der Zeitung nachlesen, dass ich in der Sitzung des Kultur- und Schulausschusses des Landkreises Esslingen Ihrem SPD-Parteikollegen Neumann beigespflichtet habe, der gesagt hat: Die Gemeinschaftsschulen sind entgegen den ursprünglichen Befürchtungen keine Gefahr für das berufliche Schulwesen. Dem musste ich zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Zimmermann, Sie sollen eine Frage stellen.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Stimmen Sie mit mir überein,

(Lachen bei der SPD)

dass die Gemeinschaftsschule, die Grün-Rot eingeführt hat, zumindest in meinem Wahlkreis nicht existent ist, weil es dort das Gymnasium, die Realschule und in wenigen Hundert Metern Entfernung die sogenannte Gemeinschaftsschule gibt? Die Schülerbewegungen entsprechen denen in früheren Jahren.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Was ist denn Ihre Frage, Herr Kollege?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ob er zustimmt!)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Ist die Gemeinschaftsschule, die Sie heute dort einführen, diejenige, die Grün-Rot vor drei Jahren eingeführt hat, ja oder nein?

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Können wir die Frage noch mal hören? – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Zimmermann, ich versuche, Ihre Frage zu beantworten. Die Gemeinschaftsschule, die es bei Ihnen gibt, ist nicht die Gemeinschaftsschule, vor der Sie Angst hatten, obwohl Sie gar keinen Grund hatten, vor ihr Angst zu haben.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Aber diese Gemeinschaftsschule ist eine Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit den Regelungen zur regionalen Schulentwicklung – das ist der Kern des Themas – schafft die Landesregierung für die Schulträger Planungssicherheit, und sie schafft für die Schüler und damit auch für deren Eltern Verlässlichkeit. Auch und gerade, wenn es um die Genehmigung neuer Gemeinschaftsschulen geht, wird die

Frage der Verlässlichkeit für die zukünftige Entwicklung eines Schulstandorts im Raum stehen.

Wir haben Parameter festgelegt, die eine stabile Zweizügigkeit sicherstellen. Diese Parameter gelten für die Gemeinschaftsschule und für die übrigen weiterführenden Schulen gleichermaßen. Wir legen Prognosekriterien zugrunde, die sich an den Zahlen des Statistischen Landesamts orientieren und die wir für jedermann transparent gemacht haben.

Herr Kollege Müller hat nach der Schulstatistik 2013 gefragt. Herr Kollege Müller, ich kann Ihnen deren Vorlage zusagen. Wir haben überhaupt keinen Grund, die Zahlen der Schulstatistik 2013 in irgendeiner Weise zu verstecken oder zu verheimlichen. Das sind öffentlich zugängliche Daten, und wir stellen Ihnen diese, sobald die entsprechenden Zahlen vorliegen, selbstverständlich zur Verfügung. Das ist überhaupt keine Frage.

Wir binden damit alle Betroffenen ein und lassen auch alle Betroffenen zu Wort kommen. Aber am Ende entscheidet die Schulverwaltung, auch um die immer wieder geforderte gleichmäßige Anwendung der Prognosegrundlagen bei der Prüfung der Anträge sicherzustellen.

Wie gesagt: Solche Entscheidungen fallen im einen oder anderen Fall, auch im Hinblick auf die kommunalpolitisch ausgetragenen Diskussionen, sehr schwer. Das ist es, was uns von den Vorgängerregierungen unterscheidet: Diese haben nicht entschieden, auch nicht in Zeiten, in denen klare und verlässliche Entscheidungen dringend notwendig gewesen wären.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Müller.

Abg. Ulrich Müller CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon eine merkwürdige Debatte gewesen, die wir jetzt geführt haben.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von den Grünen und der SPD: Jawohl! – Ganz genau!)

Ich hatte ganz bewusst versucht, einmal nicht die übliche Gemeinschaftsschuldebatte zu führen,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach nein!)

sondern mich auf einen Aspekt konzentriert, den man in Zahlen ausdrücken kann. Deswegen war ich auch so stocknüchtern.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie ist es denn sonst, wenn Sie nicht so nüchtern sind?)

Ich habe einen Aspekt thematisiert, der in Zahlen darstellbar ist, und zwar die Frage, auf welche Resonanz die Gemeinschaftsschule bislang denn trifft – in Bezug darauf, was die Eltern wollen, was die Sollvorgaben sind und was die Prognosen sind. Da habe ich nur die Fakten zugrunde gelegt, die sich in den vorliegenden beiden Stellungnahmen finden – wir haben die gewünschten Informationen erst in einem zweiten Anlauf erhalten –, und habe diese ausgewertet. Dazu gibt es

(Ulrich Müller)

von Ihrer Seite herzlich wenig an Kommentaren und an Resonanz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gar keine!)

Diese Fakten können Sie nicht bestreiten. Sie lauten, in einem Satz zusammengefasst: Die Resonanz liegt weiter unter dem, was Sie wollen, was der Anspruch dieser Schule ist und was Sie sich erhofft haben. Das ist der Tatbestand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deshalb gibt es auch den Zwang!)

Jetzt erzählen Sie alles Mögliche, und dann etikettieren Sie. Allein in der heutigen Debatte haben wir so interessante Formulierungen gehört wie die zum „Murmeltier“. Also, ich habe nicht gemurmelt, das muss ich wirklich sagen.

(Heiterkeit der Abg. Sabine Kurtz CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war Schebesta!)

Ich habe vielmehr Fakten auf den Tisch gelegt, zu denen Ihnen nichts eingefallen ist. Murmeln Sie doch einmal zu den Fakten!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Dann sprechen Sie von „Spaltern“. Sie müssen in Gottes Namen schon damit leben, dass es neben Ihrer Ideologie auch noch etwas anderes gibt;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

Sie müssen damit leben, dass es Wünsche von Eltern, Lehrern, Schulen gibt, die sich an uns wenden.

(Zuruf: Genau!)

So verstehe ich auch meinen Job. Wenn Sie, Herr Minister, meinen, Sie müssten es nun so darstellen, als würde ich einen Kreuzzug mit quasireligiösen Zügen führen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

dann kann ich Ihnen nur sagen: Ich schalte mich in Diskussionen vor Ort ein, wenn dies gewünscht wird. So wird beispielsweise ganz konkret von der Realschule Salem gewünscht, dass ich dies tue.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil Grün-Rot sie ruiniert!)

Das hat nichts mit einem Kreuzzug zu tun, sondern es hat mit der unmöglichen Politik dieser Landesregierung zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Drehen Sie uns auch bitte nicht das Wort im Mund herum. Es war ein absolut bemerkenswerter Vorgang, dass Sie gesagt haben, wir würden dafür plädieren, dass es im ländlichen Raum nur noch drei- und vierzügige Schulen gibt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das haben Sie doch gesagt!)

– Entschuldigung, ich habe gesagt: Wenn Sie nach Ihrem Konzept vorgehen würden, dann müssten Sie so verfahren wie andere Bundesländer und müssten bei Gemeinschaftsschulen größere Schulen verlangen, was automatisch zu einer geringeren Zahl von Schulstandorten führen würde. Das habe ich Ihnen vorgehalten. Ich halte dies übrigens jedem Bürgermeister vor Ort vor, indem ich sage: Die Gründung einer Gemeinschaftsschule bewirkt keine Lösung des Standortproblems, sondern eine Verschärfung des Standortproblems.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ein Schwachsinn! – Weitere Zurufe – Lebhaftes Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Nur zu; das werden Sie noch merken. Sie werden es auch im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung merken. Sie merken es schon jetzt durch die Konkurrenz, die entsteht, wenn immer neue Schultypen hinzukommen,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich glaube, Sie haben die regionale Schulentwicklungsplanung nicht verstanden!)

und Sie werden es auch dann merken, wenn es um die Frage der Ressourcen geht. Denn irgendwann werden Sie angesichts des Anspruchs, auch noch eine gymnasiale Oberstufe aufzusetzen, hierzu bereits in den Eingangsklassen etwas tun müssen. Dazu brauchen Sie Räume, Sie brauchen Lehrer,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gar keine Frage!)

und dann wird diese Geschichte verdammt teuer. Das ist Ihr Problem und nicht unseres.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war eben ein gutes Schlusswort!)

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Zimmermann soll noch einmal ans Rednerpult!)

Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Über Abschnitt II Ziffer 1 wird vonseiten der CDU-Fraktion, wenn ich es richtig mitbekommen habe, auf eine Abstimmung verzichtet.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Über Abschnitt II Ziffer 2, zweiter Teil des Satzes – dort heißt es: „über die Schulgrößen und Standortentwicklungen zu berichten, nachdem die Schulstatistik Ende 2013 vorliegt“ –, braucht ebenfalls nicht abgestimmt zu werden, da hierzu eine Zusage des Ministers gegeben wurde.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Somit müssen wir nur noch über den ersten Satzteil von Abschnitt II Ziffer 2 abstimmen: „dass Benachteiligungen zulasten anderer Schularten und Schulstandorte abgestellt werden“. Sie halten an der Abstimmung fest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Georg Wacker CDU: Sehr richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, das ist der entscheidende Punkt! Deswegen wollen wir abstimmen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Darüber müssen wir abstimmen!)

– Gut. – Wer diesem Satzteil zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Benachteiligungspartei!)

Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt. Bleiben Sie aber bitte noch sitzen; ich habe noch einige Mitteilungen zu machen, die Sie möglicherweise interessieren.

Für die Mitglieder des Ständigen Ausschusses und des Ausschusses für Integration gebe ich folgende Hinweise:

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses findet zehn Minuten nach Ende der Plenarsitzung, also um 13:10 Uhr, im Königin-Olga-Bau, Raum 425, statt.

Die Sitzung des Ausschusses für Integration beginnt 20 Minuten nach Beendigung der Plenarsitzung, also um 13:20 Uhr, und findet im Königin-Olga-Bau, Raum 433, statt.

Bevor ich die Sitzung schließe, noch zwei Hinweise auf Veranstaltungen:

Unmittelbar im Anschluss an diese Plenarsitzung wird um 13:00 Uhr im Rahmen einer kleinen Feier der Rittersaal in „Sophie-Scholl-Saal“ umbenannt.

(Vereinzelt Beifall)

Bei dieser Gelegenheit wird auch eine Sophie-Scholl-Büste enthüllt. Diese Veranstaltung findet im fünften Stock des Königin-Olga-Baus statt.

Heute Abend um 18:00 Uhr wird hier im Plenarsaal die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag unter dem Titel „Typisch weiblich?! Wählen – und gewählt werden“ durchgeführt.

Zu beiden Veranstaltungen lade ich Sie herzlich ein. Im Anschluss ist jeweils ein Stehempfang mit Imbiss geplant.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 26. März, um 10:00 Uhr statt.

Ich bedanke mich, wünsche Ihnen einen schönen Tag und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:58 Uhr